Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin
Ausgabe Februar 2009

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Deutschland und die Bundeswehr

Michael Schulze von Glaßer
Die Bundeswehr im Kampf an der Heimatfront 1

Tobias Pflüger
Militarismus und Antimilitarismus heute 11

Israel-Palästina

Claudia Haydt
Stoppt Krieg und Massaker in Gaza! 14

NATO und neuer Kalter Krieg

Jürgen Wagner
Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco 17

China

Andreas Seifert
Beijinger Täubchen:
Über das chinesische Verteidigungsweißbuch 24

NATO-Gipfel

Christoph Marischka
NATO in Baden Baden:
Länderübergreifender Ausnahmezustand im April 28

Editorial:

Nach der fünfstündigen Demonstration gegen die alljährliche Sicherheitskonferenz in München hat man Hunger. Wir sind in den erstbesten Imbiss gegangen und dort setzte sich ein alter Mann zu uns an den Tisch. Woher wir kommen, fragte er und wir antworteten, wir hätten gegen die NATO demonstriert. „Sehr gut“, meinte er, und fragte dann noch rhetorisch: „Um welche Sicherheit geht es da eigentlich, um deren Sicherheit oder um unsere?“

Um welche Sicherheit es der NATO geht, haben wir in den letzten Monaten intensiv aufgearbeitet. Zunächst im Vorfeld unseres November-Kongresses „Kein Frieden mit der NATO“ und seitdem für eine umfangreiche Broschüre mit demselben Titel, in der neben den Kongress-Beiträgen viele weitere Artikel Aspekte der Geschichte, Gegenwart und Zukunft der NATO aufgreifen. Dabei waren wir selbst an einigen Stellen erstaunt, wie präsent das Kriegsbündnis in Deutschland ist und welch prägende Rolle es auch bei der Militarisierung der EU gespielt hat.

Diese Aufarbeitung, begleitet von zahllosen Bündnistreffen und Mobilisierungsveranstaltungen zum NATO-Gipfel im April in Straßburg, Kehl und Baden-Baden, war ein echter Kraftakt, und einige Themen mussten darunter auch etwas leiden. So dauerte es lange bis wir zum Gaza-Krieg Stellung beziehen konnten und wichtige Entwicklungen in der DR Kongo blieben diesmal von unserer Seite unkommentiert. Wir hatten deshalb auch mit einer recht dünnen Ausgabe des Februar-AUSDRUCK gerechnet. Umso zufriedener sind wir, dass wir es trotzdem wieder geschafft haben, ein wie wir meinen vielseitiges Heft für unsere Mitglieder zusammengestellt zu haben. Auch hier geht es um die NATO, um ihre Rohstoffstrategie und die Sicherheitsmaßnahmen, welche die Region zwischen Straßburg und Baden-Baden anlässlich des NATO-Jubiläums in den Ausnahmezustand versetzen werden. Daneben bietet diese Ausgabe aber auch Beiträge zum neuen Weißbuch der chinesischen Regierung, zu Geschichte und Gegenwart des Antimilitarismus und einen ausführlichen und plastischen Artikel zu Werbestrategien der Bundeswehr. Viel Spaß beim Lesen wünscht:

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro (ab 2010: 25 € bzw. 40€).

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Tobias Pflüger; Militarismus und Antimilitarismus heute, in: Antifaschistische Linke Berlin/dielinke.SDS (Hg.): Ich war, ich bin, ich werde sein - Luxemburg und Liebknecht für das 21. Jahrhundert, Berlin 2009, S. 45-54; Δ Christoph Marischka; NATO in Baden-Baden, in: Telepolis, 10.2.2009.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger, Claudia Haydt, Jürgen Wagner, Christoph Marischka und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Michael Schulze von Glaßer ist IMI-Mitglied, freier Journalist und Student der Politikwissenschaft.

Abo-Supplement zu dieser Ausgabe:

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Die Bundeswehr im Kampf an der Heimatfront

Der Kampf um die „Hearts & Minds“ der deutschen Bevölkerung und um neue RekrutInnen für weltweite Militärinterventionen.

von Michael Schulze von Glaßer

„Gut ausgebildete, gleichermaßen leistungsfähige wie leistungswillige Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“, heißt es im aktuellen „Weißbuch 2006 – zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ des Bundesministeriums der Verteidigung.1 Die Bundeswehr hat momentan etwa 366.600 Angehörige, von denen 117.300 im „zivilen“ Bereich der Bundeswehr tätig sind. Den größten Teil der Bundeswehrangehörigen bilden Soldatinnen und Soldaten, die zeitlich begrenzt bei der Armee Dienst tun – also Zeitsoldaten (129.500) und Wehrdienstleistende (58.900). Der Personalstand der Armee ist also keineswegs konstant, sondern die Anzahl der ZeitsoldatInnen und Wehrdienstleistenden schwankt permanent. Immer gefährlichere Auslandseinsätze schrecken potentielle ZeitsoldatInnen ab, weiter ihren Dienst an der Waffe zu tun. Geburtenschwache Jahrgänge, die abnehmende Zahl für den Kriegsdienst „tauglicher“ Jugendlicher und die große Konkurrenz mit der Privatwirtschaft um insbesondere junge AkademikerInnen machen es der Bundeswehr ebenfalls nicht leicht, ihre Truppenstärke im Soll zu halten.

Im Weißbuch 2006 wird der jährliche Bedarf der Bundeswehr an neuem Personal trotz eines generellen Personalabbaus mit jährlich 20.000 jungen Frauen und Männern beziffert. Um die „Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“[2] sicherzustellen, beschreitet die Armee seit einigen Jahren neue Wege. Mit Sattelschleppern reist sie auf der Suche nach neuen SoldatInnen durch die Republik, auf jugendgerechten-Websites wirbt sie für eine „Karriere mit Zukunft“ und in (Jugend-)Medien schaltet sie ganzseitige Werbeanzeigen. Auslandseinsätze und das Bestreben die Armee auch im Inland einzusetzen, treffen in der Bevölkerung immer noch auf große Ablehnung. Rekrutierungsveranstaltungen der Armee sind daher auch immer Werbeveranstaltungen zur Sympathiegewinnung.

Einen ausführlichen Überblick über die Bundeswehr-Werbemaßnahmen liefert diese Studie. Sie ist aufgeteilt in bundeswehreigene Werbeveranstaltungen, eigene Rekrutierungsmedien und Werbung in öffentlichen Medien. Rekrutierungsveranstaltungen in Arbeitsämtern und Bildungsstätten (besonders Universitäten und Schulen) werden nur am Rande behandelt, da diese Themen in der Studie „Sozialabbau und andere Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr“, herausgegeben von der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“, ausführlich behandelt werden.[3] Den Schluss bildet ein zusammenfassendes Fazit mit einer Beurteilung der heutigen Bundeswehr-PR.

1. Bundeswehr-Tross auf Nachwuchs- und Stimmenfang

Eigene Veranstaltung und Aktionen in Armeeliegenschaften und vor allem im öffentlichen Raum sind für die Bundeswehr enorm wichtig. Die Armee kann sich auf ihren Veranstaltungen nach Belieben präsentieren: Kein Aufwand scheint zu groß, keine Kosten zu hoch. So organisiert die Armee nicht nur Veranstaltungen in Fußgängerzonen, sondern auch Sportfeste, Konzerte und Messestände.

1.1 „KarriereTreff Bundeswehr“

Seit August 2006 tourt der „KarriereTreff“ der Bundeswehr wie ein Zirkus durch die Bundesrepublik. Bis dahin hatten die drei Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe in eigenen Ausstellungen getrennt voneinander geworben. Der „KarriereTreff“ diene dazu, sich als Arbeitgeber darzustellen, heißt es dazu auf einer Website der Armee.4

Das Zentrum des rollenden Informationszentrums besteht aus dem „KarriereTruck“, einem großen, in zivilem Blau lackierten Mercedes-Sattelschlepper mit begehbarem Auflieger. „Sichern Sie sich einen von 20.000 Arbeitsplätzen“, steht in großen Lettern auf dem Auflieger geschrieben. Über dem Eingang prangt ein Wortspiel: „Entschieden gut. Gut entschieden.“ Dahinter das zentrale Motto der Veranstaltungen: „Bundeswehr: Karriere mit Zukunft“. In dem Truck befinden sich Broschüren und anderes Werbematerial zum Mitnehmen – sogar DVDs der Luftwaffe. An modernen Touch-Screen-Monitoren können sich die potentiellen RekrutInnen über Jobs bei der Armee informieren. Zudem geben SoldatInnen und WehrdienstberaterInnen den meist jungen Besucherinnen und Besuchern Auskünfte.

Direkt neben dem „KarriereTruck“ befindet sich meist der „KinoTruck“. In ihm können sich bis zu 32 ZuschauerInnen dank modernster Multimediatechnik 3D-Armeefilmen ansehen.

Da die Bundeswehr mit ihrem „KarriereTreff“ bewusst junge Leute ansprechen will, sind fast immer auch die Bundeswehr-Kletterwand „TopFit“, das Bundeswehr-Quiz „Auf Zack!“ und Segways, einachsige Funsportvehikel, mit auf Tour. Ein High-Tech-Flugsimulator lässt an einen Jahrmarkt erinnern, mit dem Unterschied, dass hier für die Armee geworben wird. Wer nicht im Bundeswehr-Simulator durchgeschüttelt werden will, kann auf dem „Motorrad der Feldjäger“ Platz nehmen, das die Armee oft im Schlepptau hat. Eine Tafel neben der silberfarbenen BMW-Maschine weist die Motorleistung aus – daneben wird die Laufbahn der „EskortenfahrerIn“ geschildert. Eine mobile Bühne gehört ebenfalls zum Repertoire des „KarriereTreffs“, hier treten beispielsweise jugendgerechte – und teilweise sogar etwas bekanntere - Musikgruppen auf.[5] Solch eine „Road-Show“ – so nennt es die Armee – benötigt natürlich auch viel Personal: Rund 30 SoldatInnen – davon einige erfahrene Wehrdienstberater und Jugendoffiziere – sind bei jedem Treff dabei.

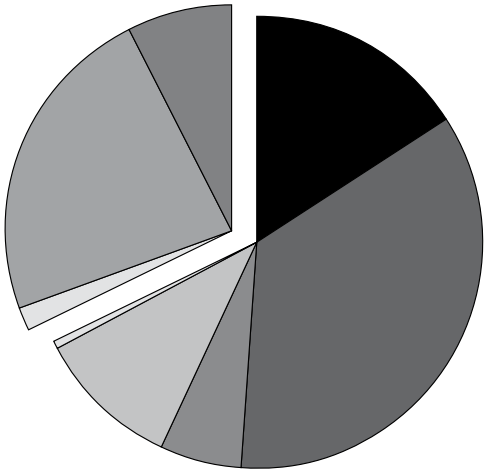
Das ist jedoch noch längst nicht alles. Um die Militär-Show noch erfolgreicher zu gestalten, werden zu jedem Einsatz Bundeswehrfahrzeuge bestellt.[6] Beispielsweise landete beim ersten „KarriereTreff“ 2008 ein UH-1D Militärhubschrauber auf dem Domplatz im westfälischen Münster. In Osnabrück soll die Armee ein Brückenbaufahrzeug dabei gehabt haben. Am 22. Mai 2008 lockten „Fuchs“-Spürpanzer und Sanitätsunimog die Leute zum „KarriereTreff“ im ostwestfälischen Gütersloh. Schon im vergangenen Jahr sorgten Panzer vom Typ „Wiesel“, Patriot-Luftabwehrraketen und anderes militärisches Großgerät bei den „KarriereTreffs“ für viele interessierte Besucherinnen und Besucher.[7]

Die Ausrüstung des Karrieretreffs zeigt, dass vor allem sport- und technikbegeisterte Jugendliche angesprochen werden sollen. Mit dem jahrmarktähnlichen Auftreten will die Bundeswehr ihr eigentliches Ansinnen verschleiern. Hier geht es nicht

Personalbestand der Bundeswehr

Ziviles Personal: 117.300

Beamte: 25.500
Beschäftige: 85.500
Auszubildende: 5.300



Militärisches Personal: 249.300

Berufssoldaten: 58.500
Zeitsoldaten: 129.500
Freiwillig länger dienende Wehrpflichtige: 21.600
Grundwehrdienstleistende: 37.300
Reservisten: 2.400

Stand 2006

um eine Aufklärung über die Chancen und Risiken des Soldatenbesuchs oder um eine Diskussion über den Sinn und Zweck von Auslands- oder Innlandseinsätzen der Bundeswehr – hier geht es um das Ködern von Jugendlichen. Auf solche Vorwürfe reagiert die Armee empört: „Jeder Arbeitgeber stellt sich so gut wie möglich dar", erklärte Pressesprecher Major Kai Gudenoge beim „KarriereTreff" in Münster. Auch die Bundesregierung weist den Vorwurf des „Köderns" zurück. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag heißt es: „Der Einsatz von Exponaten erfolgt zur authentischen Darstellung entsprechender Arbeitsplätze der Streitkräfte".[8] Die Zielgruppe - laut Armee alle Männer und Frauen im „wehrfähigem Alter", d.h. ab 17 Jahre - scheint sich trotzdem vor allem wegen der ausgestellten Technik für die Bundeswehr zu begeistern und von ihr angezogen zu werden und vergisst dabei schnell, dass es sich um todbringende Waffensysteme handelt. Auch Kinder begeistern sich an den Waffensystemen und werden von den Olivgrünen zum Platznehmen ermuntert.[9]

Der „KarriereTreff" der Bundeswehr tourte 2006 - dem Jahr der Indienststellung - durch fünfzehn Städte. 2008 wurden wie schon 2007 vierzig Städte bereist. Gezielt werden dabei lokale Ereignisse aufgegriffen. So nutzte die Armee das Landesturnfest in Gütersloh, um sich gleich neben den Sporteinrichtungen zu präsentieren. Tausende – meist minderjährige – SportlerInnen wurden von den olivgrünen Häschern mit Militärbroschüren ausgestattet und durften im Spürpanzer Probe sitzen. Je nach Einsatzort sind für die Werbeveranstaltungen ein bis sechs Tage eingeplant. Nicht immer aber dauert der „KarriereTreff" so lang, wie es die Bundeswehr zuvor ankündigt, Proteste von AntimilitaristInnen und Friedensgruppen verderben der Armee oftmals die Show. Feldjäger sichern die „KarriereTreff's" daher bei vielen Einsätzen ab. Das Hausrecht besitzt die Bundeswehr aber meist nur in ihren Sattelschleppern und anderen Gerätschaften – vom Ort des Geschehens können die SoldatInnen die DemonstrantInnen meist nicht verweisen.

Die Bundeswehr scheut für diese Werbemaßnahmen weder Kosten noch Mühen: Die durchschnittlichen Ausgaben pro Einsatz belaufen sich laut Regierungsauskunft auf etwa 31.200 Euro. Für den Transport, Auf- und Abbau sowie für die Eventmodule werden 14.700 Euro kalkuliert. Betrieb, Bewachung und Events schlagen mit 15.100 Euro zu Buche. Unterbringung und Platzmiete kosten durchschnittlich 1.400 Euro. Gesamtkosten für den „KarriereTreff" der Bundeswehr 2008: 1,3 Mio. Euro.[10]

1.2 „Bw-Olympix"

Seit 2002 veranstaltet die Armee alle zwei Jahre in der Sportschule der Bundeswehr im westfälischen Warendorf die „Bundeswehr-Olympix".[11] Rund 1.200 junge Menschen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren nahmen an den Wettkämpfen 2008 teil. Unter der Schirmherrschaft des deutschen Verteidigungsministers Franz Josef Jung traten die rund 240 Teams in den vier Disziplinen Beachvolleyball, Beachhandball, Minisoccer und Streetball gegeneinander an. Die Teilnahme war wie immer kostenlos – Anreise, Verpflegung, Unterbringung und Rahmenprogramm zahlte die Armee. Für viele Jugendliche ist, gerade in Zeiten zunehmender Armut, das Gratis-Event ein willkommener Freizeitspaß. Doch bei den „Bw-Olympix" (Motto: „Meet&Compete") geht es nicht nur um sportlichen Wettkampf: „Wir wollen mit den Jugendlichen über den Sport ins Gespräch kommen" erklärte Pressesprecher Oberstleutnant Jürgen Mertins bei den „Bw-Olympix '08", die vom 30. Mai bis 1. Juni 2008 stattfanden. Er bedauert zudem, dass einige Jugendliche noch nie einen Soldaten in Uniform gesehen hätten. Dies sei auch der Grund, weshalb sich zwischen die Wettkampfstätten Kampfpanzer, Hubschrauber und andere militärische Gerätschaften einreihen, so der Oberstleutnant. Neben dem Sport konnten sich die Jugendlichen in diesem wie auch in den vergangenen Jahren beim Wehrdienstberater über eine „Karriere" bei der Armee informieren oder gleich in den ausgestellten Kampfpanzer vom Typ „Leopard 2" einsteigen, dessen Granatenmunition vor dem Panzer aufgereiht stand. Auch ein Spähpanzer vom Typ „Fennek" wurde wie die anderen Ausstellungsstücke mit voller Ausrüstung – samt geladenem Granatwerfer und funktionstüchtiger Aufklärungsdrohne – eigens für das „Sportevent" nach Warendorf gekarrt. Die Panzerbesatzungen standen für Fragen bereit und erklärten den jungen Menschen ausdauernd die komplizierte Technik der teuren Armeefahrzeuge. Neben den Panzern wurden Sanitätsfahrzeuge, Truppentransporter und Fahrzeuge der Militärpolizei ausgestellt. Auch ein UH-1D Helikopter stand auf dem Bundeswehrgelände. Die Marine präsentierte sich in einem eigenen Infobus und einem Marine-Hubschrauber-Flugsimulator. Auch die Eliteeinheit SEK-Marine bzw. die dazugehörigen Kampfschwimmer stellten auf dem Gelände aus. Bei einer Übung im armeeeigenen Schwimmbecken zeigten Marinetaucher ihr Können. Bei der Vorführung in Warendorf planschten die Taucher indes nur um eine Seeminenattrappe. Bei den „Bw-Olympix" wie auch bei anderen öffentlichen Veranstaltungen stellt sich die Bundeswehr gerne in defensiver und beschützender Funktion dar, aktive Kampfeinsätze, wie beispielsweise der in Afghanistan, werden nicht thematisiert. Stattdessen sorgte am Abend die Live-Band „Funky Craps" bei den „Bw-Olympix '08"

Bundeswehr Karriere Treff in Gütersloh 2008

für einen zivilen Anstrich. Bei der Modenschau „Dance Factory“ wurde am Folgeabend die neueste Tarnkleidung präsentiert. Auch die „BigBand der Bundeswehr“ war anwesend. Tagsüber standen zwischen den Wettkämpfen deutsche SpitzensportlerInnen, die zugleich Armeeangehörige sind – wie beispielsweise die Fußball-Nationalspielerin Kerstin Stegemann – für Gespräche zur Verfügung. Die Armee ließ sich das Werbe-Wochenende mit zivilem Touch einiges kosten, die Regierung veranschlagt die Veranstaltung mit 300.000 Euro – also etwa 270 Euro pro TeilnehmerIn.[12] Bei den diesjährigen „Bw-Olympix“ gab es auch wieder einiges zu gewinnen: „Mit der Luftwaffe fliegt ihr nach Sardinien. In einer Transall geht’s auf die italienische Insel, wo ihr das taktische Ausbildungskommando der Luftwaffe kennenlernt. Highlight des Aufenthalts ist die Teilnahme an der Übung ‚Überleben auf See’, bei der ihr z. B. lernt, euch aus dem Wasser in eine Rettungsinsel zu bergen“, heißt es auf der Website des Events.[13]

In den Jahren 2005 und 2007 ohne „Bw-Olympix“ veranstaltete die Bundeswehr das „Bw-Beachen“.[14] Ausscheidungswettkämpfe in Wilhelmshaven und München führten einige Jugendliche zum Finale nach Warendorf. „Bw-Beachen“ ist zwar kleiner als die Bundeswehr-Olympiade, aber nicht weniger werbebehaftet. Auch hier winkten 2007 ein Trip nach Sardinien und ein Aufenthalt im Marinestützpunkt Kiel.

Für alle Jugendsportevents der Armee gilt übrigens: Teilnahme nur mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dennoch mochte der Pressesprecher der „Bw-Olympix ’08“ nicht von Ausländerfeindlichkeit bei der Armee sprechen. Nur Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit dürfen in die Bundeswehr eintreten. Dass dieses Kriterium schon auf die jungen TeilnehmerInnen der Bundeswehr-Sportveranstaltungen angewandt wird, verdeutlicht, dass es der Armee vor allem um Nachwuchsgewinnung geht.

1.3 „Bw-Adventure-Games“

Die „Bundeswehr-Adventure-Games“ wurden bisher viermal durchgeführt und sind grundsätzlich anders konzipiert als die Jugendsportveranstaltungen der Bundeswehr.[15] Die TeilnehmerInnenzahl ist sehr begrenzt. 2007 durften beispielsweise nur 30 Jugendliche teilnehmen. InteressentInnen mussten Mitglieder in der Community der Website „treff.bundeswehr.de“ sein. Seit 2007 besteht zudem eine Kooperation mit dem Jugendmagazin BRAVO, das seitdem eine Hälfte der TeilnehmerInnen stellt. Das Spektakel dauerte je nach Jahr bis zu fünf Tage und wird jeweils an einem anderen Standort durchgeführt, 2008 sogar in Italien. Die Jugendlichen, die mindestens 16 Jahre alt sein müssen, erlebten dabei ein intensives und für junge Menschen sicherlich beeindruckendes Programm: von simulierten Fallschirmsprüngen bis hin zu Rettungsübungen – Lagerfeuerromantik inklusive.

1.4 „Bw-Musix“

22 Orchester mit über 1.300 Musikerinnen und Musikern im Alter von 14 bis 24 Jahren nahmen im Rahmen der internationalen Musik-Expo „My Music“ an dem diesjährigen „Bw-Musix“ in Friedrichshafen teil. Die vom Militärmusikdienst der Bundeswehr und dem Jugendmarketing der Armee organisierte Veranstaltung fand nach 2003 (Dillingen) und 2007 (Würzburg) schon zum dritten Mal statt.[16] Die Orchester traten in mehreren Kategorien gegeneinander an und wurden von vier Militärmusikern bewertet. Es lockten Preise im Wert von 9.000 Euro. Über die Motive der Bundeswehr den Wettbewerb durchzuführen, schreibt die Armee in ihrer Pressemitteilung nach der diesjährigen Veranstaltung erstaunlich offen: „Aus Sicht der Bundeswehr sind natürlich auch die Öffentlichkeits- und Nachwuchsarbeit Gründe für diesen Wettbewerb: ‚Wir wollen unaufdringlich mitteilen, dass die Bundeswehr berufliche Möglichkeiten in vielen Bereichen bietet – vor allem auch im Militärmusikdienst der Bundeswehr’“.[17] Die Armee beabsichtigt den Wettbewerb auch im Jahr 2009 in gleichem Rahmen durchzuführen.

1.5 „Bw-BigBand“

„Am 3. Juni 1971 wurde das Orchester als neue musikalische Geheimwaffe im Bankettsaal des Bonner Hotels Tulpenfeld der Öffentlichkeit vorgestellt“, ist auf der Website der „BigBand der Bundeswehr“ zu lesen.[18] Die in weiten Teilen der Bevölkerung unpopuläre Militär-Marschmusik war nicht mehr zeitgemäß, daher wurde vom damaligen Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt die Aufstellung eines modernen Bundeswehrorchesters angeregt. Seitdem tourt die „Bw-BigBand“ durch Deutschland und Europa, hatte schon zahlreiche Fernsehauftritte und spielte auch schon bei öffentlichen Großveranstaltungen. Ein Höhepunkt im Jahr 2008 war der Auftritt bei der Late-Night-Show „TV total“. Vom 8. bis 11. Dezember musizierte die Bundeswehr „BigBand“ in der Show des Entertainers Stefan Raab und erreichte so Millionen meist Jugendliche ZuschauerInnen.[19] Raab warb in der Sendung für die Musik-CD der Band und witzelte mit dem Bandleader.

Gespielt wird bei der Bundeswehr „BigBand“ vieles: Rock, Swing, Pop-Musik. Mittlerweile besteht die Bundeswehr-Musikgruppe aus 22 Musikern und 10 Technikern, Oberstleutnant Christoph Lieder gibt heute den Takt an. 70 Auftritte sind für das Jahr 2008 geplant. Wenn die Truppe nicht gerade in ihrer Heimatkaserne in Euskirchen (NRW) stationiert ist, ist sie mit ihrem BigBand-Sattelschlepper und Tourbus unterwegs: „Unser Technik-Team ist in der Lage, innerhalb von drei Stunden am Konzertort acht Tonnen technisches Equipment und elektronisches Gerät auf der Bühne aufzubauen“. Im Tross mit dabei

ist meist auch ein Infotruck – ähnlich dem „KarriereTruck“ -, in dem Wehrdienstberatung durchgeführt wird und allerlei Werbematerial ausliegt. An Verkaufsständen werden neben Fan-Artikeln der „Bundeswehr BigBand“ auch Bundeswehr-Teddybären, der so genannten „Joint Bears Task Force“ in Tarnuniform angeboten. Eine Verniedlichung des Soldatentums finden Bundeswehr-KritikerInnen.[20] Ebenfalls im Schlepptau sind weitere Militärfahrzeuge – beispielsweise Bundeswehr Sanitäts- und Logistikfahrzeuge – und die Feldjäger. Letztere kommen bei den Auftritten der Armee „BigBand“ auch in „Zivil“ zum Einsatz, um mögliche Proteste zu unterbinden und auszuspionieren.[21]

Der Einsatz der „BigBand“ ist mehr auf Sympathiegewinnung als auf die Rekrutierung neuer SoldatInnen ausgelegt, denn zu den ZuhörerInnen gehören vor allem Menschen mittleren Alters und meist nur wenige potentielle RekrutInnen. Den Rekrutierungs-Part übernehmen die mitgereisten Wehrdienstberater im „Infotruck“ der Bundeswehr, die bei den Konzerten meist dabei sind. Um Sympathien zu gewinnen, spielt die Kapelle fast immer für einen wohltätigen Zweck. Mal sammelt die Bundeswehr Spenden für ein gemeinnütziges Projekt im Ausland[22], mal für eine hilfsbedürftige Schule vor Ort[23]. Dass die „BigBand“ für einen guten Zweck musiziert, ist sicherlich lobenswert – der Erfolg solcher Veranstaltungen stellt die gute Absicht jedoch in Frage. So berichteten die örtlichen Medien nach dem „BigBand“-Konzert in Münster am 8. August 2008, dass 2.800 Euro Spenden eingesammelt wurden.[24] Die Kosten der Veranstaltungen gehen aber wohl weit darüber hinaus, immerhin sind zahlreiche Personen eingebunden, die Technik muss bezahlt werden. Hinzu kommt die ganze Logistik – besonders die schweren Fahrzeuge. So geht es der Bundeswehr wohl doch in erster Linie nur ums Aufpolieren des eigenen Images als um das Sammeln von Spenden.

1.6 „Bundeswehr-Messemarketing“

Auch auf Messen lässt sich die Bundeswehr immer öfter blicken. Auf insgesamt 41 Fachmessen präsentierte sich die Armee 2008 – dabei scheint das Thema unwichtig. Egal ob beim Kasseler Frühlingsfest, dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie oder der Messe „Heim und Handwerk“ in München – die Bundeswehr ist immer zur Stelle.[25] Fraglich ist, warum die Messeleitungen einen vollkommen themenfremden Aussteller überhaupt zulassen. Immerhin musste die Armee vor Jahren ihren Stand auf der Leipziger Buchmesse räumen.[26] Dort hatte sie gleich neben den Kinder- und Jugendbüchern einen Riesenstand. Erst der massive Protest von SchriftstellerInnen und VerlegerInnen sowie des Deutschen PEN-Zentrums bewegte die Messeleitung dazu, die Armee der Buchmesse zu verweisen.

Es geht der Armee bei ihren Messeständen neben dem Anwerben einfacher RekrutInnen aber auch um qualifizierte Fachkräfte. Die Olivgrünen sind auf Jugendmessen wie der Berliner „YOU“ oder der Computerspiele-Messe „Games Convention“ in Leipzig vertreten, aber auch auf der „Fachmesse der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensivmedizin“ im Dezember in Hamburg. Der Bundeswehr werden 2010 laut Eigenangaben rund 400 ÄrztInnen fehlen.[27]

Nicht zuletzt geht es der Bundeswehr aber vor allem darum, präsent zu sein und sich ins öffentliche Bewusstsein zu drängen. Daher ist die Armee 2008 nicht nur auf zahlreichen Fachmessen, sondern auch auf unzähligen Jobmessen mit kleineren Ständen vertreten – dabei sein ist alles.

Wie beim „KarriereTreff“ wartet die Bundeswehr auch bei Messen mit moderner Technik auf: Flachbildschirme zieren die Messestände, auf denen beispielsweise Aufnahmen vom Kampfflugzeug „Eurofighter“ gezeigt werden. Meist sind auch Jugendoffiziere mit im Gepäck und bereit, mit jungen MessebesucherInnen zu sprechen. Auch auf Messen dient der Bundeswehr Technik als Köder. Auf der „Jobmesse Münsterland 2008“ lockte am 30./31. August abermals das „Motorrad der Feldjäger“. Der Messestand der Bundeswehr war mit Abstand der größte – etwa acht Mal größer als die anderen Stände. Genug Platz also für ein umfangreiches Angebot von Werbematerialien und zur Durchführung von Wehrdienstberatungen. Gleich mehrere MilitärpolizistInnen sorgten auf dem Messestand in Münster für Ordnung. Wie massiv die Bundeswehr ihre PR betreibt, zeigte sich im westfälischen Münster besonders gut. Nicht einmal einen Monat später, am 20./21. September, war die Armee dort auf der nächsten Messe – einer Jobmesse vor allem für AbiturientInnen, StudentInnen und junge Berufstätige.[28]

Das Zentrum für Nachwuchsgewinnung (ZNwG) setzt für das Messe- und Eventmarketing jedoch nicht nur einen Messestand, sondern auch einen Infotruck ein. Der Lastwagen hat – ähnlich dem „KarriereTreff“-LKW – einen begehbaren Auflieger, in dem Beratungen durchgeführt werden können und Broschüren ausliegen. Auch eines der acht Infomobile steht für den Einsatz auf Messen zur Verfügung.

Teddybären als Rekrutierungshelfer

611 Einsätze hatten Infotrucks, Infomobile und Messestand im Jahr 2008 deutschlandweit.[29]

1.7 Bundeswehr auf Nachwuchs- und Stimmenfang

Die deutsche Armee hat mittlerweile eine Vielzahl unterschiedlicher Werbemaßnahmen entwickelt, um zum einen neue RekrutInnen zu werben und zum anderen Sympathien in der Bevölkerung (zurück-)zu gewinnen. Die Spannweite reicht von – in diesem Artikel nicht näher berücksichtigten – Wehrdienstberatungen und Werbeveranstaltungen in Arbeitsämtern, an Schulen und Universitäten über Jugendsportveranstaltungen bis hin zu Einsätzen der „Bundeswehr BigBand“. Hinzu kommen öffentliche Auftritte bei städtischen Veranstaltungen[30], öffentliche Gelöbnisse[31] und der in vielen Kasernen jährlich stattfindende „Tag der offenen Tür“. Zudem musiziert nicht nur die „Bw-BigBand“ für mehr Sympathien in der Gesellschaft, sondern auch andere Armee-Orchester, wie beispielsweise das Heeresmusikkorps, das Luftwaffenmusikkorps und das Marinemusikkorps.[32] Auch am „Girl’s Day“ - einem Aktionstag der Wirtschaft und verschiedener Bundesministerien, um Frauen und Mädchen „Männerberufe“ nahe zubringen – beteiligt die Bundeswehr sich jedes Jahr und lädt die Jugendlichen in ihre Liegenschaften ein. Jährlich finden über tausend Reklameeinsätze in der ganzen Bundesrepublik statt.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass beinahe alle Einsätze der Zusammenarbeit mit zivilen Stellen bedürfen. Ob dies

nun die Messeleitung ist, die der Armee einen großen Stand gewährt, die lokale Arbeitsagentur, die den Olivgrünen einen Raum zur Verfügung stellt oder die Stadt, die dem „KarriereTreff“ für einige Tage den örtlichen Marktplatz überlässt. Es bedarf also nicht nur der Kritik an der Bundeswehr, sondern auch an den mit ihr kooperierenden öffentlichen Stellen.

Die Bundeswehr zeichnet sich bei ihren Reklameeinsätzen vor allem durch ihr unverschämtes Verhalten aus. Absichtlich werden Minderjährige umworben und ihnen ein unkritisches Bild von der Armee präsentiert. Über Sport- und Abenteuerveranstaltungen werden die jungen Menschen für die Bundeswehr begeistert, um später an der Waffe zu dienen. Währenddessen wird auch bei älteren Menschen um Sympathien geworben.

Nicht nur in Afghanistan tobt der Kampf um die „hearts & minds“ der Bevölkerung - wie es im Militärjargon heißt.

2. Bundeswehr-Medien als Rekrutierungsbasis

Neben eigenen Veranstaltungen hat die Bundeswehr gleich mehrere eigens für die Rekrutierung junger Menschen entwickelte Medien. Diese Medien bilden das Rückgrat der Bundeswehr-Rekrutierungsmissionen, auf Internet-Websites werden weitreichende aber unkritische Informationen geboten – selbst Online-Bewerbungen auf einen Job bei der Armee sind möglich. Moderne Medien stehen zum Download auf den Rekrutierungsportalen bereit. Für jüngere Menschen gibt die Armee eigens die Zeitung „infopost“ heraus, in der sie für den Dienst an der Waffe wirbt. Die Bundeswehr betätigt sich im Zeitalter der Informationsgesellschaft auch im medialen Kampf um neue RekrutInnen – eine nähere Betrachtung bringt dumpfe Propaganda an den Tag.

2.1 „www.treff.bundeswehr.de“

Der Indizierung der Bundeswehr-Werbe-Homepage treff-Punkt-Bundeswehr konnte die Armee im Jahr 2002 entgehen, nachdem einige PädagogInnen und PublizistInnen beim Jugendministerium einen Verbotsantrag wegen Verharmlosung des Kriegshandwerks gestellt hatten. Judith Gerlach vom Bundesministerium wiegelte damals gegenüber dem Online-Magazin „www.heise.de“ ab: „[D]ie Ernsthaftigkeit des Soldatenberufes wird bei allen Textinformationen und in den Videoclips deutlich betont“.[33] Die bunte Website, die sich an Jugendliche von 14 bis 17 Jahren wendet, bietet ein reichhaltiges Entertainmentangebot. Unter der Rubrik treff.info werden auf Jugendliche zugeschnittene Meldungen rund um die Armee geliefert – vor allem euphorische Erlebnisberichte, aber auch Interviews mit begeisternden einfachen Soldatinnen und Soldaten. Videos von Panzern und Flugzeugen sowie Datenblätter von Maschinengranatwerfern und anderem Kriegsgerät können sich die jungen Menschen unter treff.media runterladen. Wallpaper mit Militärgerät, Handy-Klingeltöne und Logos, Stundenpläne und Kalender stehen zudem zum Download bereit. Auch die „infopost“, Poster und Flyer können kostenlos bestellt werden. Für weitere Informationen gibt es die Unterrubrik Buchtipps, wo militär-freundliche Bücher angepriesen werden. In der Rubrik treff.aktiv können die Jugendlichen Online-Computerspiele spielen: „[Das Bundesministerium für Verteidigung] verfolgt den konzeptionellen Ansatz, dass Computerspiele hier ein gutes Mittel sind, um Erstinformationen zur Bundeswehr mit eher spielerischen Aspekten und Unterhaltung zu verbinden. Unter den vier eingestellten Spielen ist kein Spiel, das aktiv militärisches Handwerk oder Ausrüstungsgegenstände der Bundeswehr aufgreift. Dies ist bewusst so geschehen. Es kommt bei diesen Spielen auf Merkfähigkeit, Schnelligkeit, Geschick und auch Allgemeinwissen an. Dies entspricht auch den Internet-Nutzungsgewohnheiten dieser jüngeren Jugendlichen. Die Spiele werden von der Zielgruppe besonders gut angenommen“, erklärte 2002 das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.[34] Heute stehen auf der Website bereits 11 Spiele zur Auswahl, aber schon damals wurde militärische Ausrüstung spielerisch verwendet. „Luna-Mission“ heißt ein Spiel, in dem der Spieler per Maus eine Bundeswehr-Aufklärungsdrohne vom Typ Luna über ein Areal steuern und dabei feindliche Einheiten erspähen muss. Die Drohne ist unter anderem auch in Afghanistan im Einsatz. Weiter bietet treff.aktiv Gewinnspiele, Foren und eine Pinwand an: „Du willst ein Referat über Bundeswehr, Sicherheitspolitik oder NATO schreiben? Du brauchst unsere Hilfe? Hier findest du deine Informationen“, heißt es auf der Online-Pinnwand. Detaillierte Informationen zum Soldaten-Beruf finden sich in der vorletzten Rubrik: treff.inside. Hier wird der Beruf des Soldaten/der Soldatin beschönigend erklärt: „Wenn junge Männer und Frauen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren befragt werden, welche negativen Seiten sie denn mit der Bundeswehr verbinden, wird oft an erster Stelle die ‚Abneigung gegen Befehl und Gehorsam’ genannt […] Verkannt wird hierbei jedoch, welchen Wandel der Soldatenberuf in der Vergangenheit durchlebt hat. So ist vielfach nicht bekannt, welche umfangreichen Beteiligungsrechte schon der junge Soldat vom ersten Tag seines Dienstes an hat. Gerade die Bundeswehr hat aus der Vergangenheit früherer Armeen in Deutschland gelernt. Die Bundeswehr ist als Armee in einer Demokratie selbstverständlich an die Wesenszüge unserer freiheitlichen Staatsform gebunden.“ Doch treff.bundeswehr ist nicht nur ein offenes Werbeportal, sondern auch eine Online-Community. Mitgliedern stehen mehr Funktionen auf der Website offen. Unter my.treff kann sich jedeR nach der Registrierung zudem mit FreundInnen über die Armee austauschen und von zahlreichen Angeboten – beispielsweise Bundeswehr-Freizeitaktivitäten wie den „Bw-Adventure Games“ – profitieren. Dazu müssen die jungen Menschen neben Name und Adresse auch „Staatsangehörigkeit“, „Geburtsdatum“, derzeitige Tätigkeit, angestrebter oder erreichter Schulabschluss, usw. angeben – eben alle wichtigen Information, die die Armee zur Rekrutierung benötigt. Wer Lust hat, kann an Werktagen auch live am Bildschirm mit WehrdienstberaterInnen chatten.

2.2 „www.bundeswehr-karriere.de“

An ältere Jugendliche bis 25 Jahre wendet sich die Website bundeswehr-karriere. Gleich auf der ersten Seite muss sich der User/die Userin zwischen militärischer und „ziviler“ „Karriere“ entscheiden. Die nachfolgenden Seiten sind auf die Zielgruppe ausgerichtet und weniger bunt und reißerisch als die treff.Bundeswehr-Website. Das Ziel ist jedoch gleich: die Nachwuchsgewinnung.

Der Klick auf die „Militärische Karriere“ führt auf eine Rekrutierungs-Website für die bewaffneten Einheiten der Bundeswehr. In der Rubrik „Ihre Bundeswehr“ kann sich die Zielgruppe über die Armee informieren. „Ihre Karriere“ zeigt die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten nach bisherigem Bildungsabschluss aufgeteilt. Ein Terminkalender macht im Bereich „Ihre Bewerbung“ auf Wehrdienstberatungen, Messestände und andere Armee-Veranstaltungen aufmerksam. Hier finden die potentiellen RekrutInnen auch Online-Eignungstests. In der letzten Rubrik „Für Sie online“ finden sich Broschüren und Videos zur Bundeswehrausbildung zum Download. Zudem wird ein „Chat am Mittwoch“ angeboten, bei dem jede Woche ein anderer „Experte“/eine andere „Expertin“ – SoldatInnen der Bundeswehr - zum live-Chat zur Verfügung stehen.

Der Klick auf „Zivile Karriere“ führt zu lächelnden Feuerwehrmännern und Frauen der Armee. Dabei gilt jedoch: auch für eine

scheinbar „zivile Karriere“ muss die Soldatenlaufbahn beschritten werden. Die richtige Unterscheidung zwischen „zivil“ und „militärisch“ verschleiert die Armee. Es darf nicht vergessen werden, dass die Bundeswehr ohne die scheinbar „zivilen“ Berufe nicht funktionieren kann – die „zivilen“ Bundeswehrkräfte halten den Apparat am laufen. Auch auf der Website der „zivilen Karriere“ finden sich Informationen zum „Arbeitgeber Bundeswehr“, den „Tätigkeitsfeldern“ so wie den „Standort“ der Ausbildungseinrichtungen. Für Ungeduldige ist hier sogar eine Online-Bewerbung möglich. Die Armee-Website bietet außerdem eine ständig aktualisierte „Stellenbörse“.

2.3 „infopost“

Die „infopost“ ist das kostenlose Jugendmagazin der Bundeswehr und erscheint vierteljährlich.[35] Die Zeitung hat das Ziel der Nachwuchsgewinnung und richtet sich daher an junge Menschen zwischen 14 und 20 Jahren: „Alles was wir tun, gilt dem Ziel die Anzahl von jungen Leuten die wir pro Jahr brauchen an die Bundeswehr mit werblichen Mitteln heranzuführen“, drückt es der leitende Redakteur Franz-Theo Reiß aus. Dabei setzt die Bundeswehr auf Vollfarbdruck, ein Jugendliche ansprechendes Layout, ein Poster in der Mitte des Heftes und natürlich für junge Menschen aufbereitete Themen. Diese richten sich nach Auskunft des leitenden Redakteurs zum einen nach den Wünschen der jungen LeserInnen, zum andern nach dem Bedarf der verschiedenen Armee-Gattungen an neuen RekrutInnen. Verteilt wird die „infopost“ auf Bundeswehr-Veranstaltungen aller Art – Messeständen, Wehrdienstberatungen, BigBand-Konzerten usw. –, wobei ein großer Teil der Auflage auch als Abonnement an die jungen Menschen verschickt wird. Um die „infopost“ kostenlos abonnieren zu können, darf man nicht älter als 20 Jahre alt sein und muss eine Bestellkarte ausfüllen. Neben Adresse und Unterschrift - die wohl bei jedem Zeitungs-Abonnement zu übermitteln sind – müssen die jungen Menschen auch „Angestrebter oder erreichter Schulabschluss“, das voraussichtliche Ende der Ausbildungszeit, „Staatsangehörigkeit“ und andere rekrutierungsrelevante Angaben machen. Zudem erklären sich die Jugendlichen durch das Ausfüllen der Bestellkarte bereit, dass ihre Angaben gespeichert werden, damit ihnen „gelegentlich neue Informationen zur Nachwuchswerbung“ zugeschickt werden können. Um neue „infopost“-AbonnentInnen zu gewinnen, setzt das Bundeswehr-Jugendmarketing auf „infopost“-Werbung in zivilen Jugendmedien: „Um über die Möglichkeiten der Binnenwerbung hinaus zu gehen, gehen wir auch […] manchmal in BRAVO[36] oder […] in den SPIESSER[37] um die Leute auf die infopost aufmerksam zu machen“, so Franz-Theo Reiß. Als weiterer Abonnement-Anreiz dienen Gewinnspiele.

Auf den von FriedensaktivistInnen oft hervorgebrachten Vorwurf, in der „infopost“ werde die Bundeswehr beschönigend dargestellt, reagierte Chefredakteur Franz-Theo Reiß gelassen: „Logisch, das ist doch selbstverständlich, die ‚infopost’ ist eine ‚Kundenzeitschrift’. In einer Broschüre von Audi steht auch nicht, dass das Auto in zwei Jahren durchrostet. […] Wir betrachten die Bundeswehr nicht kritisch sondern sind Nachwuchswerber“. Dementsprechend fallen die Artikel in der 20-seitigen Bundeswehr-Jugendzeitschrift aus. Sie beschäftigen sich mit allen Themenbereichen, von der Bundeswehr-Logistik[38] über militärische Flugsicherung[39] und Militärpolizei[40] bis hin zum Such- und Rettungsdienst (Search and Rescue - SAR) der Marine[41]. Auch Truppenübungen[42] und Auslandseinsätze[43] sind Themen. Die Bundeswehr verschweigt ihre militärischen Tätigkeiten nicht, auch wenn sie sich in der „infopost“ lieber friedlich-zivil gibt. Der Inhalt ist natürlich einseitig aufgezogen. Im Artikel „LUZ, Eloka und Patrouille – Ein Tag in der afghanischen Provinz Kunduz“ wird kein Wort über die 30 bisher in Afghanistan gefallenen deutschen SoldatInnen verloren. Ebenso wenig werden der psychische Druck und die Möglichkeit einen anderen Menschen töten zu müssen thematisiert. Stattdessen präsentiert der Autor – ein Stabsfeldwebel - den scheinbaren Alltag eines Logistik-Soldaten, der Militärflugzeuge entlädt, einer jungen Militärpolizistin, die gleich sieben Sprachen sprechen kann und täglich um das Feldlager joggt und eines Bundeswehr-Hundeführers samt Schäferhund „Nelson“. Neben solch fadenscheinigen Reportagen finden sich in der „infopost“ auch Berichte von Bundeswehr-Events wie dem „Bw-Olympix“ oder dem „Girl’s Day“. Nach Auskunft des Pressesprechers der „Bundeswehr-Olympix 2008“ wüssten die jungen TeilnehmerInnen vor allem durch die „infopost“ von dem Jugendsportevent. In der Zeitschrift werden auch die Auftritte der „Bundeswehr-BigBand“ und die Aufenthaltsorte der „KarriereTreff’s“ beworben. Abgerundet wird die „infopost“ durch Rätsel, LeserInnenbriefe und ein Editorial. Sogar ein Maskottchen – „Helmi“, ein gezeichneter Bundeswehr-Helm mit Augen, Händen und zwei Armee-Stiefeln – hat die „infopost“.

Seit 1977 erscheint die Bundeswehr „infopost“. Die Jugendzeitung der Armee hat eine Auflage von rund 250.000 Exemplaren. Es gibt eine feste Redaktion, die der Bundeswehrangehörige Franz-Theo Reiß leitet, aber auch viele freie MitarbeiterInnen. Die „infopost“ wird vom Verteidigungsministerium aus den Töpfen der Nachwuchsgewinnung finanziert – das Budget der „infopost“ beträgt wahrscheinlich mehrere Hunderttausend Euro.[44]

2.4 Bundeswehr-Medien als Rekrutierungsbasis

Die Bundeswehr scheut nicht davor zurück, auch ihre militärische Tätigkeit anzusprechen. Dabei zeigen die Bundeswehr und das Verteidigungsministerium ihr wahres Gesicht: Sie vertuschen und beschönigen wissentlich und das ohne Skrupel. Gerade die „infopost“ als gedrucktes Magazin weckt die Erwartung nach objektiver Berichterstattung – das Gegenteil ist der Fall. Die Zeitung entpuppt sich als größeres Hochglanz-Propaganda-Flugblatt.

Auch die 42-seitige Hochglanzbroschüre „Arbeitgeber Bundeswehr“ informiert zwar über die Gehälter eines Soldaten, die verschiedenen Laufbahnen und die Sozialleistungen bei der Armee, nicht aber über die Risiken des Soldatenberufs.[45]

Die Bundeswehr ist kein „normaler“ Arbeitgeber. Das gesundheitliche Risiko ist weit höher als bei anderen Berufen. Zudem wird nie darüber aufgeklärt, dass die potentiellen RekrutInnen im Ernstfall töten müssen. Die Armee zeigt bei der Aufklärung über Risiken als SoldatIn ihre mangelnde Verantwortung. Schon 14-jährigen wird ein verklärtes, vollkommen unkritisches Bild von der Armee und von Einsätzen (im Ausland) präsentiert. Da die Realität in der Bundeswehr für junge Menschen oft nicht attraktiv ist, werden die Jugendlichen über ihre Technikbegeisterung und moderne Entertainmentangebote geködert. Die Armee schafft sich durch ihre Reklamemedien eine Art Gegenöffentlichkeit. Die Bundeswehr-Realität ist nicht kunterbunt wie die „treff.bundeswehr“-Website oder zivil „blau“ wie die „bundeswehr-karriere“-Website, sondern schmutzig und olivgrün.

3. Militainment: Bundeswehr-PR in (Jugend-)Medien

„Die Bundeswehr wird um junge Männer ebenso kämpfen müssen wie um junge Frauen“[46], prognostiziert Ansgar Graw die zukünftige Gewinnung neuer SoldatInnen. Der politische Korrespondent der Tageszeitung DIE WELT fordert die Bundeswehr in seinem Kommentar in dem Militärfachblatt Strategie & Technik dazu auf, „offensiver in die Schulen [zu] gehen“. Neben Veranstaltungen mit Bundeswehr-Angehörigen gelangt die Armee heute vor allem

durch Werbeanzeigen in SchülerInnen- und Jugendzeitungen in die Klassenräume und Kinderzimmer der Republik. Die Kooperation zwischen Armee und Medien ist umfassend. Die aggressive Strategie der um Nachwuchs und Sympathie ringenden Bundeswehr scheint auch vor Minderjährigen nicht Halt zu machen. Egal ob in Zeitungen, im Radio oder Kino – die Bundeswehr ist überall vertreten.

3.1 Beispiel: SPIESSER

Der SPIESSER ist eine kostenlose Jugendzeitschrift aus Dresden und wurde 1994 gegründet. Seit September 2007 erscheint der SPIESSER bundesweit an über 19.000 Schulen, Jugendeinrichtungen, Berufsinformationszentren und anderen Orten, an denen sich Jugendliche aufhalten. Die Zeitschrift richtet sich an Jugendliche im Alter von 14 – 22 Jahren und hat eine Gesamtauflage von mittlerweile 1 Million Exemplaren.[47] Damit gehört der SPIESSER zu einem der auflagenstärksten Jugendmedien in Deutschland. Dies weiß anscheinend auch die Bundeswehr und hat mehrfach Werbeanzeigen geschaltet.

Erstmals erschien im SPIESSER vom Juni 2007 – damals noch mit einer Auflage von rund 300.000 Exemplaren – eine ganzseitige Anzeige der Bundeswehr.[48] Unter der bunten Überschrift „Gratis abonnieren & iPod gewinnen" warb die Armee für ein kostenloses Abonnement der „infopost".

In der nächsten Ausgabe des SPIESSER warb die Bundeswehr nicht für die „infopost", sondern ohne Umwege für die „Karriere in der Bundeswehr".[49] Neben mehreren Fregatten und Marine-Soldaten ist auch ein Marine-Hubschrauber zu sehen. Den Vordergrund bildet ein Bundeswehr-Matrose. „Eines vorweg: Unsere Auswahlkriterien sind genauso anspruchsvoll wie die späteren Einsätze. Wir suchen junge Frauen und Männer, die absolute Leistung bringen und Verantwortung übernehmen. Sie gehören dazu? Dann bewerben Sie sich jetzt", heißt es in der Anzeige.

Eine ähnliche Bundeswehr-Anzeige folgte im November 2007.[50] Text und Layout blieben erhalten, nur die Bilder zeigten diesmal nicht die Marine, sondern einen CH-53 Transporthubschrauber mit ISAF-Aufschrift[51] in einer kargen Landschaft – wohl Afghanistan – und ein Geländefahrzeug mit KFOR-Schriftzug.[52] Im Vordergrund diesmal eine Soldatin und ein Soldat des Heeres. Die Werbung zielt explizit auf einen Einsatz der potentiellen RekrutInnen im Ausland ab.

Für das kostenlose Abonnement der „infopost" mit iPod-Gewinnmöglichkeit warb die Bundeswehr abermals im April[53] und November[54] 2008.

Die letzten beiden Bundeswehr-Werbeanzeigen umfassten im Gegensatz zu den vorherigen aber nur eine halbe Seite – werden der Armee die Anzeigen zu teuer? Immerhin ergibt ein Blick in die Anzeigenpreisliste des SPIESSER, dass die Bundeswehr für die bisherigen Anzeigen weit über 100.000 Euro bezahlt haben muss. Teure Bundeswehr-Werbung für junge Menschen ist allerdings nicht nur im SPIESSER zu finden.

3.2 Beispiel: BRAVO

„Mit BRAVO setzen Sie auf den unangefochtenen Marktführer im Jugendmarkt und auf das Original unter den Jugendzeitschriften"[55] heißt es auf einer Website des Bauer-Verlags, der die BRAVO herausgibt. Als Kernleserschaft von „Europas größte[r] Jugendzeitschrift" werden Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 Jahren angegeben. Die verkaufte Auflage der wöchentlich erscheinenden Jugendzeitung beträgt über 470.000 Exemplare – anders als der SPIESSER ist die BRAVO kein kostenloses Blatt. Nach Auskunft des leitenden Redakteurs der „infopost" wurde auch in der BRAVO-Printausgabe für das Bundeswehr-Rekrutierungsblatt geworben. Auch im Online-Auftritt der BRAVO prangen Bundeswehr-Pop-Ups,[56] die auf die Rekrutierungswebsite www.treff.bundeswehr.de aufmerksam machen. Ein Spielkonsolen-Gewinnspiel soll die meist minderjährigen UserInnen zum Klick auf die Anzeige verführen.

Die Kooperation zwischen BRAVO und Bundeswehr geht jedoch weit über Werbeanzeigen hinaus. Im letzten Jahr veranstaltete die Armee gemeinsam mit der BRAVO die „Bundeswehr-Adventure Games 2007".[57] Die BRAVO berichtete in ihrem Onlineauftritt als „Special" über die „Bw-Adventure Games": „'Dass die Bundeswehr so coole Aktionen macht, wusste ich nicht', berichtet die 18-jährige Claudia aus Nürnberg. ‚Die Leute hier waren alle sehr nett, und wir hatten super Betreuer. Ich würde treff.bundeswehr in jedem Fall weiterempfehlen und mich auch sofort noch mal zu so einem coolen Event anmelden'".[58] Unter dem BRAVO-Artikel prangt ein Link, der direkt auf die Bundeswehr-Rekrutierungswebsite www.treff.bundeswehr.de führt. Auch die Bundeswehr berichtet auf ihrem Reklame-Portal in einem vor Superlativen strotzenden Artikel über die „Adventure Games 2007". Auch für die „Bw-Adventure Games 2008" kooperierte das größte deutsche Jugendmagazin mit der Bundeswehr. Neben einem Artikel auf der Internetseite der BRAVO, der zur Teilnahme ermuntern sollte, stellte die BRAVO der Bundeswehr für ihr neuerliches Abenteuerspiel auch eine Umfrage zur Verfügung. Nachdem die zehn relativ unpersönlichen Fragen beantwortet sind, gibt es die Möglichkeit sich gleich online für das Spektakel zu bewerben. Vom 27. bis 31. Juli 2008 wurden von der Armee im Rahmen der „Bw-Adventure Games" 20 Jugendliche aus der treff.bundeswehr-Community und der BRAVO-BewerberInnen zum taktischen Ausbildungskommando der Luftwaffe nach Sardinien (Italien) gebracht. Die Nachberichterstattung klang auf www.bravo.de verlockend:

„Die Adventure Games sind ein cooler Event: Teams von Jugendlichen treten gegeneinander an und müssen ihre Fitness und ihr Durchhaltevermögen unter Beweis stellen. In diesem Jahr waren die Adventure Games aber besonders cool, denn: Der Veranstaltungsort lag auf der sonnigen Mittelmeerinsel Sardinien, beim Ausbildungskommando der deutschen Luftwaffe!"

Stünde über den Bundeswehr-Artikeln und der Online-Befragung nicht das leicht zu übersehende englische-Wort „PROMOTION", man würde denken, es handele sich um einen redaktionellen Artikel der BRAVO. Wer die einseitigen Artikel letztendlich geschrieben hat, ist nicht ersichtlich. Die nachbereitende Mitteilung der Bundeswehr zu den „Bw-Adventure Games 2008" findet sich aber fast wortwörtlich auf der Website der BRAVO. Bei der engen Kooperation zwischen dem Jugendmagazin BRAVO und der deutschen Bundeswehr handelt es sich aber mit Sicherheit um eine einseitige Werbepartnerschaft: Die Bundeswehr wirbt in der BRAVO nicht nur mit Anzeigen, sondern auch mit scheinbar redaktionellen Artikeln, die sich von anderen BRAVO-online-Artikeln sowohl im Layout als auch im Stil nicht unterscheiden. Dabei fließt sicherlich eine Menge (Steuer-)Geld. Die BRAVO wollte trotz mehrmaliger Nachfrage zur Kooperation mit der Bundeswehr keine Antworten geben.

3.3 Bundeswehr im Fernsehen

Im April 2002 nahm der Fernsehsender „Bundeswehr TV" den Sendebetrieb auf. Seitdem strahlt der Sender Nachrichten, Magazine, Dokumentationen, Spielfilme und Sport aus – allerdings nur verschlüsselt. So kann der Sender nur in Bundeswehrstandorten im In- und Ausland gesehen werden. Ein Verbot hindert das „Unternehmensfernsehen" daran, in die Wohnzimmer der deutschen Bevölkerung zu gelangen. Die Bundeswehr hat jedoch zahlreiche andere Wege gefunden, sich ins Gedächtnis der ZuschauerInnen zu rufen.

In der oben bereits genannten Studie „Sozialabbau und andere Rekrutierungs-

Bundeswehrwerbung im Rahmen des Online-Angebots der BRAVO

strategien der Bundeswehr“ der Informationsstelle Militarisierung (IMI) nennt Heiko Humburg in seinem Artikel „In Zeiten der Jugendarbeitslosigkeit und ‚Hartz IV’: PR-Strategien der Bundeswehr“ einige interessante Beispiele: „In Zusammenarbeit mit der Bundeswehr entstand auch die TV-Serie ‚Sonja wird eingezogen’, die 2006 auf RTL ausgestrahlt wurde. Die Moderatorin Sonja Zietlow segelte darin auf der Gorch Fock, sprang Fallschirm und robbte mit Scharfschützen und KSK-Soldaten durch den Schmutz. Der 50. Geburtstag der Bundeswehr war der willkommene Anlass, Schaffen und Wirken der Truppe einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und nebenbei um den dringend benötigten Nachwuchs zu werben. RTL hält sich zur Frage, wer ‚Sonja wird eingezogen’ finanzierte, bedeckt. Weder das Produktionsbudget noch die Aufteilung unter den Kooperationspartnern werden genannt. Fest steht nur, dass die Bundeswehr das Gerät stellte.“[59]

In der Serie „Die Rettungsflieger“ des öffentlich-rechtlichen Senders ZDF ist die Bundeswehr Co-Produzentin: „Auf der Homepage zur Sendung kann man sich ausführlich über die Bundeswehr informieren. Unter der Überschrift ‚Es wirkt nicht nur echt – es ist auch echt’ ist nachzulesen, dass die Orte, an denen die Serie gedreht wird, echte Einsatzzentralen, Hubschrauberlandeplätze etc. der Bundeswehr sind. Zudem kann man auf der vom ZDF und der Bundeswehr gemeinsam gestalteten Internetseite erfahren, dass die Darstellungen so authentisch sind, weil die Bundeswehr direkt am Drehbuch mitschreibt und die Piloten der Hubschrauber echte Bundeswehrpiloten sind. Neben der Verbesserung des Images der Bundeswehr im Allgemeinen dient auch diese Sendung der Rekrutierung von Nachwuchs. Auf einer Extraseite können sich Interessierte informieren, wie man Rettungsflieger bei der Bundeswehr werden kann.“[60]

Doch die Bundeswehr beteiligt sich nicht nur an Fernsehserien, sondern auch an Dokumentationen. In der Populärwissenschaftlichen Sendung „Galileo“ des Senders ProSieben wurde am 29. September 2008 die Ausbildung einer begeisterten jungen Soldatin begleitet: „’Seit ich 12 Jahre alt bin, will ich zur Bundeswehr. Als Sanitätsfeldwebel kann ich in einem Team arbeiten, oft im Freien und beides ist mir total wichtig. Vor Auslandsaufenthalten fürchte ich mich auch nicht“, heißt es dazu unter anderem auf der Website zur Sendung.[61] Neben dem Text führt ein Link direkt zur Bundeswehr-Website. Auch an anderen Dokumentationen war die Bundeswehr tatkräftig beteiligt. Auf dem – ebenfalls zur „ProSiebenSat1 Media AG“ gehörenden – Nachrichtensender N24 lief am 13. November 2008 die Dokumentation „Panzertechnik Extrem – Der Leopard“, in der zahlreiche Bundeswehrangehörige begeistert über den Kampfpanzer der Bundeswehr berichteten und ihn als Weltbesten priesen. Für eine am 22. November 2008 ausgestrahlte Dokumentation begleitete „N24 Reporter Mick Locher […] erstmalig und exklusiv längere Zeit die Elite-Soldaten der Bundeswehr - die Kampfschwimmer.“ In der Dokumentation über das Sondereinsatzkommando (SEK)-Marine (M) sollen „eindrucksvolle Bilder geheimer Welten“ gelungen sein. Weiter heißt es in der Dokumentations-Beschreibung des Nachrichtensenders: „Ein Arbeitsalltag wie kein anderer: Von Eckernförde aus operieren sie weltweit - zu Wasser, zu Land und in der Luft. Voraussetzung sind Nerven aus Stahl, Intelligenz, Kondition und ein starker Wille.“[62] Am 2. Dezember 2008 strahlte N24 eine Reportage „Mission in Afghanistan – Einsatz am Hindukusch“ aus. „Seit Jahren helfen ca. 3.000 deutsche Soldaten unter schwierigsten Bedingungen beim Wiederaufbau des Landes. 25 Soldaten sind bereits ums Leben gekommen […] Als erster deutscher TV-Sender durfte N24 einen scharfen ‚Medevac-Einsatz“ – einen Rettungsflug – der deutschen Hubschraubercrew filmen’, heißt es dazu auf der N24-Wesbsite.[63] Von der Bundeswehr gerettet wurde ein kleines afghanisches Kind, das von einem Auto angefahren wurde. Vom eigentlichen Afghanistan-Einsatz – den häufigen Anschlägen auf die deutschen Streitkräfte und den nur langsam voranschreitenden Aufbaumaßnahmen, war wenig zu sehen und zu hören. Ebenfalls involviert war die Bundeswehr in eine Dokumentation über „Simulatoren“, die am 16. November 2008 beim Fernsehsender 3Sat ausgestrahlt wurde: „Der Eurofighter ist das modernste Kampfflugzeug der Welt.“ In der Dokumentation präsentiert die Armee ihre Flugsimulatoren und erzählt von ihrem Einsatzgerät, dem Eurofighter. Auf der 3Sat-Website zur Dokumentation finden sich passende Links zur Luftwaffe und Armee.[64]

Inwieweit die Bundeswehr an den Kosten und der Produktion solcher Dokumentationen beteiligt ist, lässt sich meist nicht nachvollziehen. In allen Fällen sind solche Beteiligungen immer eine willkommene PR für die Bundeswehr – eine einfache Methode, um in die Wohnzimmer der Republik zu kommen und sich positiv ins Gedächtnis der Menschen zu rufen.

3.4 Bundeswehr in anderen Medien

Auch in anderen Printmedien wirbt die Armee. Hier sei beispielsweise das Informationsheft der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) für das Wintersemester 2008/2009 und das Sommersemester 2009 genannt, in denen die Bundeswehr ganzseitig für ein „Studium mit Gehalt“ an einer Bundeswehr-Universität wirbt. Auch im Studien- und Berufswahlbuch 2005/2006 der Bundesagentur für Arbeit warb die Armee auf zwei Seiten mit „7 gute[n] Gründe[n], Offizier zu werden“. Im Berufswahlbuch 2007/2008 wirbt die Armee für ein „Studium mit Gehalt“ an einer Bundeswehr-Universität – über eine herausnehmbare Postkarte kann die Interessentin/der Interessent weitere Informationen anfordern.

Ein weiterer Höhepunkt der Bundeswehr-Werbung in Printmedien ist die Kooperation mit der Wochenzeitung DIE ZEIT. Dort ist die Armee im Online-Angebot schon „Partner“ im Ressort „ZEIT Campus“, was bedeutet, dass die Bundeswehr eine dauerhafte Anzeige geschaltet hat. Auch die Rückseite einer ZEIT-Beilage - „Chancen“ - vom 2. Oktober 2008 soll mit einer Bun-

deswehr-Anzeige gespickt gewesen sein. Zudem bestätigte die Redaktion der ZEIT Campus, dass die Bundeswehr im Frühjahr 2008 eine Anzeige in der Printausgabe des Studentenmagazins hatte. Die Bundeswehr wirbt in der ZEIT natürlich zielgruppengerecht für eine höhere Laufbahn und ein Studium an einer Bundeswehr-Universität – nicht für die „infopost" oder den „treff. bundeswehr" wie im SPIESSER oder der BRAVO.

Die Bundeswehr wirbt auch verstärkt im Radio – beispielsweise auf dem Radiosender Einslive des Westdeutschen-Rundfunk (WDR), dem Sender mit der jüngsten Hörerschaft in NRW. Auch im Radio Fritz, dem Jugendsender vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), und dem Lokalsender „Antenne Münster" soll die Bundeswehr schon seit einiger Zeit für sich werben. In einem Spot wird beispielsweise für eine Ausbildung zum Pilot/zur Pilotin mit nebenher laufendem Studium an einer Bundeswehr-Universität geworben.

Selbst im Kino buhlt die Bundeswehr in Werbespots um Sympathien und neue RekrutInnen. Mit einem professionellen Spot wirbt die Armee für eine „Karriere" als PilotIn bei den drei Teilstreitkräften bei nebenher laufendem Studium. „Zwei erstklassige Ausbildungen – Zwei anspruchsvolle Berufe – Zwei mal 37.000 PS – Wenn das kein Karriereschub ist…", heißt es in dem Werbespot, während ein zweistrahliger „Eurofighter"-Kampfjet beim Start mit Nachbrenner gezeigt wird. Der Spot dauert etwa 40 Sekunden – am Ende wird noch vor dem Bundeswehr-Logo samt „Karriere mit Zukunft"-Slogan auf die Rekrutierungswebsite „www.bundeswehr-karriere.de" aufmerksam gemacht.

Des Weiteren war die Bundeswehr auch am Kinofilm „Mörderischer Frieden", der im November 2007 anlief, beteiligt. Dazu schreibt Heiko Humburg in seinem Artikel: „Der Film spielt während des NATO-Krieges im Kosovo und die Protagonisten sind Bundeswehrsoldaten. Er handelt vorgeblich von den ganz alltäglichen und menschlichen Problemen im Auslandseinsatz. Spiegel-online urteilte jedoch: ‚Die Bundeswehr-Recken in ‚Mörderischer Frieden' hingegen verstehen es nicht nur, sich schadlos durchs osteuropäische Tohuwabohu zu schlagen, sondern stiften dann auch noch wunderbar symbolträchtig ein bisschen Frieden zwischen den Menschen. Am Ende knattert dann besinnlich ein Heeres-Hubschrauber. Ein Eingreifmärchen, wie es sich die PR-Abteilung der Bundeswehr nicht schöner hätte ausdenken können.' Nicht hätte ausdenken können, ist hier jedoch die falsche Wortwahl, da der Regisseur Rudolf Schweiger bei diesem Projekt sowohl von der Bundeswehr, als auch vom Arbeitsbereich 3 (Medien) des Presse- und Informationsstabes des Verteidigungsministeriums unterstützt wurde."[65]

3.5 Militainment: Bundeswehr-PR in (Jugend-) Medien

Die deutsche Armee positioniert immer häufiger Werbung in zivilen Massenmedien – insbesondere Jugendmedien. Dabei schreckt Sie nicht davor zurück, auch offensiv um die Gunst Minderjähriger zu buhlen. Mit Mp3-Player- oder Spielkonsolen-Gewinnspielen verführt die Armee die jungen LeserInnen zu einem Abo der „infopost". Lachende SoldatInnen und die auf viele Jugendliche anziehend wirkende Militärtechnik zeichnen ein vollkommen falsches Bild vom Dienst an der Waffe, insbesondere vom Einsatz im Ausland. Oftmals wird ein kostenloses Studium an einer Bundeswehr-Hochschule als Anreiz für Jugendliche beworben – und zugleich die Realität verschwiegen. Kein Wort von lebensgefährlichen Auslandseinsätzen und dem Einsatz von Waffengewalt gegen andere Menschen.

Natürlich muss die Bundeswehr der Großteil der Kritik treffen. Doch auch die BetreiberInnen von (Jugend-)Medien stehen in der Verantwortung, ihr junges Publikum vor der militärischen Propaganda zu schützen. Profitinteressen dürfen der Moral und Verantwortung gegenüber den jungen Menschen nicht weichen. Dies hat wohl insbesondere der SPIESSER verkannt und mit der Veröffentlichung der zahlreichen Bundeswehr-Anzeigen sein eigenes Redaktionsstatut hintergangen. So heißt es in Artikel 1: „[...] Die Redaktion lehnt Gewalt als Mittel zum Erreichen sozialer, politischer oder gesellschaftlicher Ziele ab".[66] Die Auswahl der Werbepartner ist in Artikel 3 geregelt: „Werbe- und Kooperationspartner müssen zum inhaltlichen Anspruch und den Redaktionsprinzipien (§1) von SPIESSER passen. Werbung für Produkte und Dienstleistungen, die sich ausschließlich an volljährige Leser richtet (Beispiel: Alkohol- und Zigarettenwerbung), werden im SPIESSER nicht veröffentlicht."[67]

Auf Nachfrage wollte der SPIESSER zu den Vorwürfen keine Stellung nehmen. Dabei hatte die Armee immerhin schon zahlreiche Werbeanzeigen im Heft.

Auch die KinobetreiberInnen und RadiostationenbetreiberInnen stehen in der Pflicht, nicht für die Armee zu rekrutieren. Das WDR (Einslive) versuchte sich auf Anfrage aus der Affäre zu ziehen und verwies auf die verantwortliche Düsseldorfer Werbeagentur Zenithmedia GmbH. Dass die Bundeswehr-Werbung umstritten ist, scheint ihnen bewusst zu sein. Zenithmedia wiederum reagierte nicht auf mehrmalige Anfragen. Auch die SPIESSER-Redaktion hat auf bereits im Juli 2008 gestellte Fragen bezüglich der Armee-Werbung erst nach unzähligen Mails und Telefonaten im Oktober reagiert und verlauten lassen, dass sie zum Thema „Bundeswehr-Werbung im SPIESSER" keine Stellungnahme abgibt.

Ob durch das kostspielige Bundeswehr-Marketing neue RekrutInnen für die Armee gewonnen werden, bleibt indes nur Spekulation, die Armee hält sich bezüglich ihrer Marketing-Strategie und deren Erfolge sehr bedeckt. Allein der Effekt auf alle erreichten Jugendlichen – dass die Bundeswehr überhaupt ins Bewusstsein der jungen Menschen gerufen wird – ist jedoch nicht zu unterschätzen. Immerhin fehlt es der Armee heute oft an Popularität. Da lohnt es sich, früh ein positives Bild der Armee in den Köpfen junger Menschen zu verankern – die Verantwortung gegenüber den jungen Menschen ein realistisches Bild zu zeichnen bleibt auf der Strecke.

4. Fazit: Bundeswehr im Werbefeldzug

Neben den drei oben behandelten Anwerb-Strategien lässt sich auch ein Unterschied in der Methode der Anwerbung erkennen. Für Kinder und Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren hat die Bundeswehr ihr „treff.Bundeswehr"-Konzept entwickelt. Dazu gehören neben der bunt gestalteten treff.Bundeswehr-Website vor allem die „infopost" aber auch Veranstaltungen wie die „Bw-Adventure-Games" und „Bw-Musix". An ältere Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre richtet sich das „bundeswehr-karriere"-Konzept. Hierzu gehören neben der Website www.bundeswehr-karriere.de der „KarriereTreff" und die „Messestände". Das „Bundeswehr-Karriere"-Konzept ist auf ältere Jugendliche zugeschnitten, die Veranstaltungen, Flyer und Websites sind weniger bunt konzipiert und beschäftigen sich direkt mit dem Arbeitgeber Bundeswehr. Spiele und andere Entertainment Angebote werden weniger angeboten. Das deutsche Militär hat also ein Konzept für 14 – 20 Jährige und ein Reklamekonzept für die bis zu 25 Jährigen. Beide Konzepte sind natürlich nicht strikt voneinander getrennt sondern greifen Hand in Hand. Schon dieser Aufwand der zwei Konzepte zeigt, dass die Bundeswehr keine Kosten und Mühen für ihre Reklame scheut.

Die Werbemaßnahmen der Bundeswehr zur Nachwuchs- und Sympathiegewinnung sind schon heute enorm. In Zukunft werden diese Aktivitäten – durch die ange-

strebte zunehmende Beteiligung Deutschlands an Auslandseinsätzen und dem Ziel einiger Politikerinnen und Politiker, die Bundeswehr auch im Inland einzusetzen – wohl noch ausgeweitet, da der Bedarf an frischen Soldatinnen und Soldaten weiter Bestand haben wird. Zukunftsweisend für die deutsche Rekrutierungsstrategie scheint die US-Armee zu sein. Diese betreibt schon seit Jahrzehnten eine aggressive Werbestrategie, um junge Leute vom Eintritt in die Armee zu bewegen. Mit der Zunahme umstrittener Militäreinsätze steigt auch die Zahl der Armee-Reklameeinsätze. Daher müssen sich antimilitaristische Aktivitäten und Proteste der Friedensbewegung nicht nur gegen die Einsätze der Bundeswehr, sondern auch gegen die Rekrutierungs- und Sympathieeinsätze richten. Wer die Rekrutierung neuer Soldatinnen und Soldaten verhindert, verhindert die „Grundvoraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr".[68]

Anmerkungen

[1] BMVg (2006): Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr; Seite 154.
[2] ebd.
[3] Schürkes, J./ Humburg, H./ Wagner, J. (2008): Sozialabbau und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr, Dossier der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden; URL: imi-online.de
[4] www.streitkraeftebasis.de
[5] www.treff.bundeswehr.de
[6] Kleine Anfrage der Linksfraktion: Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit und Reklameeinsätze der Bundeswehr, BT-Drucksache 16/7925, 25.01.08.
[7] Kleine Anfrage der Linksfraktion: Reklametätigkeit der Bundeswehr BT-Drucksache 16/4532, 02.03.07.
[8] Kleine Anfrage der Linksfraktion: Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit und Reklameeinsätze der Bundeswehr, BT-Drucksache 16/7925, 25.01.08.
[9] Beispielsweise für den „Fuchs"-Spürpanzer beim „KarriereTreff" 2008 in Gütersloh.
[10] Kleine Anfrage der Linksfraktion: Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit und Reklameeinsätze der Bundeswehr, BT-Drucksache 16/7925, 25.01.08.
[11] www.streitkraeftebasis.de und www.bw-olympix.de
[12] Kleine Anfrage der Linksfraktion: Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit und Reklameeinsätze der Bundeswehr, BT-Drucksache 16/7925, 25.01.08.
[13] www.bw-olympix.de
[14] www.bw-beachen.de
[15] www.treff.bundeswehr.de
[16] www.treff.bundeswehr.de
[17] Ebd.
[18] www.bigband-bw.de
[19] Thomas Wagner (2008): „Militainment total", in: Junge Welt, 13.12.08.
[20] In einer Pressemitteilung von AntimilitaristInnen zum Anlass des BigBand Konzerts am 7. August 2008 in Rheine.
[21] Beispielsweise am 8. August 2008 in Münster.
[22] Beim Konzert im westfälischen Rheine am 7. August 2008 sammelten die Armee-Musiker im Rahmen des „EmsFestival" für ein gemeinnütziges Projekt in der litauischen Partnerstadt Trakai.
[23] Beim Konzert im westfälischen Münster am 8. August 2008 sammelten die Armee-Musiker Spenden für die Westfälische Schule für Musik – SpenderInnen bekamen einen „Bundeswehr – BigBand"-Aufkleber auf die Kleidung geklebt.
[24] Wolfgang Halberscheidt (2008): „Misstöne beim Bundeswehr-Konzert: Friedensaktivisten protestieren gegen ‚Propaganda-Show'", in: Online-Stadtmagazin echo-Münster – www.echo-muenster.de
[25] Kleine Anfrage der Linksfraktion: Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit und Reklameeinsätze der Bundeswehr, BT-Drucksache 16/7925, 25.01.08.
[26] Otto Köhler (2008): „Hochamt für den Krieg", in: Tageszeitung jungeWelt, 20. Februar 2008.
[27] Frank Brendle (2007): „Hartz Y", in: Tageszeitung jungeWelt, 30. April 2007.
[28] HORIZON-Messe – Halle Münsterland.
[29] Kleine Anfrage der Linksfraktion: Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit und Reklameeinsätze der Bundeswehr, BT-Drucksache 16/7925, 25.01.08.
[30] Am 28. August 2008 nahm die Bundeswehr mit einem ihrer Fahrschul-LKW am Münsteraner „Tag der Verkehrssicherheit" teil.
[31] Für 2008 plante die Bundeswehr 137 Gelöbnisse außerhalb militärischer Liegenschaften.
[32] www.militaermusik.bundeswehr.de
[33] Ekkehard Jänicke (2002): „Ministerium verteidigt Bundeswehr-Konzept für Jugend-Websites", in: www.heise.de, 25. August 2002.
[34] Ebd.
[35] www.treff.bundeswehr.de
[36] BRAVO ist mit einer Auflage von wöchentlich rund 450.000 Exemplaren die größte Jugendzeitschrift im deutschsprachigen Raum.
[37] SPIESSER ist ein kostenloses Jugend- vor allem SchülerInnenmagazin, das seit September 2007 bundesweit mit einer Auflage von rund 1 Million Exemplaren erscheint.
[38] infopost 4/2007 „Logistik kommt von Logik".
[39] infopost 1/2008 „Militärische Flugsicherung: Fluglotsen gesucht".
[40] infopost 2/2008 „Feldjäger der Bundeswehr – Sicherheit rund um die Uhr".
[41] infopost 3/2008 „SAR-Meet – Marine feiert [50] jahre Such- und Rettungsdienst".
[42] infopost 4/2007 „Operation ‚Böser Wolf'".
[43] infopost 3/2008 „LUZ, Eloka und Patrouille – Ein Tag in der nordafghanischen Provinz Kunduz".
[44] Nach Aussagen des leitenden Redakteurs Franz-Theo Reiß kostet eine Zeitung 20 Cent. Bei einer durchschnittlichen Auflage von 250.000 Exemplaren entstehen für vier Ausgaben pro Jahr 200.000 Euro. Hinzu kommt die Bezahlung von freien Redakteuren, Kosten für Werbeanzeigen in der BRAVO und im SPIESSER, usw. Franz-Theo Reiß merkte jedoch an, dass die „infopost" natürlich auch auf vorhandene Bundeswehr-Ressourcen zurückgreift um Kosten zu sparen.
[45] Bundeswehr Broschüre: „Entschieden gut. Gut entschieden: Arbeitgeber Bundeswehr".
[46] Strategie & Technik – Juli 2008 Vorwort von Ansgar Graw.
[47] www.media.spiesser.de
[48] SPIESSER #114 – Juni 2007, S.37.
[49] SPIESSER #115 – September 2007, S.27.
[50] SPIESSER #116 – November 2007, S.27.
[51] ISAF (International Security Assistance Force) ist die Bezeichnung der Militärmission in Afghanistan unter NATO-Führung und deutscher Beteiligung.
[52] KFOR (Kosovo Force) ist Bezeichnung der Militärmission im Kosovo unter NATO-Führung und deutscher Beteiligung.
[53] SPIESSER #118 – April 2008, Spezial „Technik zum Anbeißen", S.9.
[54] SPIESSER #121 – November 2008, S. 32.
[55] www.bauermedia.com
[56] www.bravo.de
[57] www.terrwv.bundeswehr.de und www.bravo.de
[58] www.bravo.de
[59] Heiko Humburg - „In Zeiten der Jugendarbeitslosigkeit und ‚Hartz IV': Pr-Strategien der Bundeswehr"; in IMI-Studie „Sozialabbau und andere Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr".
[60] Ebd.
[61] www.prosieben.de
[62] www.n24.de
[63] Ebd.
[64] www.3sat.de
[65] IMI-Studie „Sozialabbau und andere Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr" – Heiko Humburg: „In Zeiten der Jugendarbeitslosigkeit und ‚Hartz IV': Pr-Strategien der Bundeswehr" – www.imi-online.de
[66] www.spiesser.de, letzter Zugriff am 15. Oktober 2008.
[67] Ebd.
[68] BMVg (2006): „Weißbuch 2006 – zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr".

Alle Bilder: Michael Schulze von Glaßer

Militarismus und Antimilitarismus heute

Immer zuerst und zentral gegen die „eigene“ Regierung!

von Tobias Pflüger

Obwohl mittlerweile mehr als hundert Jahre seit der Veröffentlichung von Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung (1907)“ vergangen sind, ist sein Werk bedrückend aktuell, sowohl was seine politischen als auch analytischen Kernaussagen anbelangt. Für Liebknecht erfüllt die „Armee der kapitalistischen Gesellschaftsordnung [...] einen doppelten Zweck.“ Sie ist nicht nur das zentrale Mittel zur Durchsetzung kapitalistischer Expansionsbestrebungen, sondern Liebknecht hat wie kaum ein anderer auch auf ihre Funktion zur Aufrechterhaltung der Ausbeutungsstrukturen innerhalb der kapitalistischen Staaten aufmerksam gemacht.

Aufgrund der zentralen Bedeutung des Militärs gab sich Liebknecht keinen Illusionen hin, dass jeglicher Widerstand vonseiten der Herrschenden mit brutaler Repression beantwortet würde: „Natürlich ist diese Empfindlichkeit gegen den Antimilitarismus ebenso international wie der Kapitalismus und wie der Militarismus; und die Reaktionen gegen die antimilitaristische Betätigung sind allenthalben, wie in andern Zusammenhang gezeigt, schroff und brutal.“ Liebknecht musste dies selbst schmerzlich am eigenen Leib erfahren: Unmittelbar nach dem Erscheinen von „Militarismus und Antimilitarismus“ wurde er des Hochverrats für schuldig befunden und anschließend achtzehn Monate inhaftiert. Liebknecht blieb jedoch bei seiner bis heute wichtigen Haltung, dass Antimilitarismus und Antikapitalismus zwei Seiten derselben Medaille sind, weshalb es in der Kriegsfrage zu keinerlei Kompromissen kommen kann und darf. Aus diesem Grund stimmte er am 2. Dezember 1914 auch als einziger Abgeordneter gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Nicht zuletzt aus Respekt davor, dass Liebknecht (wie auch Rosa Luxemburg) seine konsequente Haltung im Januar 1919 mit dem Leben bezahlen musste, sollten wir dafür sorgen, dass seine politischen und analytischen Überlegungen zu Militarismus und Antimilitarismus nicht in Vergessenheit geraten und in unsere heutige Arbeit einfließen.

Die Doppelfunktion des Militärs: Raub im Äußeren...

„Sie [die Armee] ist zuvörderst eine nationale Einrichtung, bestimmt zum Angriff nach außen oder zum Schutz gegen eine Gefährdung von außen, kurzum bestimmt für internationale Verwicklungen oder, um ein militärisches Schlagwort zu gebrauchen, gegen den äußeren Feind.“ Liebknecht sah dabei in den ökonomischen Rivalitäten der kapitalistischen Mächte die wichtigste Triebfeder von Kriegen und Konflikten: „Wir wissen, daß diese Spannung eine notwendige Folge der sich verschärfenden wirtschaftlichen Konkurrenz Englands und Deutschlands auf dem Weltmarkte ist, also eine direkte Folge der zügellosen kapitalistischen Entwicklung und internationalen Konkurrenz.“

Auch heute sind ähnliche Tendenzen zu beobachten. Neue Akteure sind auf den Plan getreten, die die westliche Dominanz mittlerweile teils offen in Frage stellen. Als Resultat beobachten wir derzeit eine massive Verschärfung der Konflikte zwischen den NATO-Staaten und Russland (sowie China). Um für diese Auseinandersetzung buchstäblich gerüstet zu sein, wird die NATO derzeit für diesen von vielen Kommentatoren bereits als Neuer Kalter Krieg bezeichneten Konflikt in Stellung gebracht: NATO-Raketenschild, Expansion in den postsowjetischen Raum, globale Interventionsausrichtung, etc.

Nicht nur um sich die für diese Auseinandersetzung notwendigen Ressourcen zu verschaffen, sondern auch um die Profitinteressen ihrer Konzerne zu bedienen, setzen die westlichen Staaten – auch dies hat sich leider nicht verändert – auf offenen Raub oder um eine heute geläufigere Formulierung zu wählen, auf „Akkumulation durch Enteignung“ (David Harvey). Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak: Auf brutalste Weise werden mehr und mehr Länder angegriffen und im Zuge der anschließend als „Stabilisierungseinsätze“ getarnten Kolonialbesatzungen schamlos ausgeplündert – unter fadenscheinigen Begründungen und auf Kosten unzähliger Opfer. Liebknecht geißelte bereits vor mehr als 100 Jahren eine solche Kolonialpolitik, „die unter der Vorspiegelung, Christentum und Zivilisation zu verbreiten oder die nationale Ehre zu wahren, zum Profit der kapitalistischen Kolonialinteressen mit frommem Augenaufschlag wuchert und betrügt, Wehrlose mordet und notzüchtigt, den Besitz Wehrloser sengt und brennt, Hab und Gut Wehrloser raubt und plündert, Christentum und Zivilisation höhnt und schändet.“

Präziser lässt sich auch heute kaum beschreiben, was die „humanitären“ Interventionen des Westens in Wirklichkeit anrichten: Im Irak marschierten die USA (unterstützt von zahlreichen weiteren Ländern) unter einer – offensichtlich an den Haaren herbeigezogenen – Begründung ein und versuchen nun auf Biegen und Brechen mit dem in Washington geschriebenen irakischen Ölgesetz eine der größten Enteignungsaktionen der jüngeren Geschichte durchzudrücken. Bereits im Juni 2003 kündigte der damalige US-Verwalter des Irak, Paul Bremer, eine „Schocktherapie“ an, in deren Folge die irakische Wirtschaft mit verschiedensten Erlassen entlang neoliberaler Vorgaben umgekrempelt wurde. Seither wird versucht, alles was nicht niet und nagelfest ist, zu privatisieren. Weit über Hunderttausend US-Soldaten (und bis zu 200.000 Söldner) sichern diesen Raub ab, der unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 500.000 und 1 Million irakischen Menschen das Leben gekostet hat. Das Land wird auch in Zukunft eine US-Kolonie bleiben.

Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung hat der neue US-Präsident Barack Obama keineswegs die Absicht, die amerikanischen Truppen aus dem Irak komplett abzuziehen. Vielmehr will er auch künftig US-Truppen im Land stationiert lassen: „Dies [die versprochene Truppenreduzierung] würde im Sommer 2010 abgeschlossen sein. [...] Nach dieser Restrukturierung würden wir eine Kerntruppe (residual force) für bestimmte Aufgaben im Irak belassen: für das Vorgehen gegen die Reste von Al-Kaida; den Schutz unserer Dienstleister und Diplomaten; und die Ausbildung und die Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte, so lange, bis die Iraker Fortschritte machen.“ Über die genaue Größe dieser „Kerntruppe“, die man auch als „Restbesatzung“ bezeichnen könnte, schweigt sich Obama zwar aus. Lediglich bei einer Senatsanhörung machte er vage Andeutungen, dass er dabei etwa 30.000 Soldaten im Auge hat. Sein Verteidigungsminister Robert Gates ließ im Dezember 2008 in einem Interview mit der Washington Post die Katze aus dem Sack: 40.000 US-Soldaten sollen „für Jahrzehnte“ im Irak stationiert bleiben. Auch von einem

Rückzug der bis zu 200.000 im Irak operierenden Söldner, die meisten davon sind als Subunternehmer des Pentagon unterwegs, ist nirgends die Rede. So bleibt von dem vollmundig versprochenen Abzug aus dem Irak in der Praxis kaum mehr etwas übrig.

Nicht besser sieht es in Afghanistan aus, wo mittlerweile mehr als 50.000 NATO-Soldaten, 4.500 davon aus Deutschland, stationiert sind. Auch sie sichern eine nach der Militärintervention Ende 2001 installierte Marionettenregierung ab, die seither willfährig wirtschaftsliberale „Reformen" einleitet. Gleichzeitig verschwindet ein Großteil der westlichen Hilfsgelder – so sie denn nicht sofort zur Bekämpfung des Widerstands zweckentfremdet werden - direkt in die Taschen westlicher Konzerne: „Afghanistan Inc." nennt die afghanische Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa die traurige Realität des westlichen „Wiederaufbaus" ihres Landes. Als Resultat hat sich die humanitäre Lage in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert: 61% der Bevölkerung sind chronisch unterernährt, 68% verfügen über keinen Zugang zu Trinkwasser. Dies verschafft dem Widerstand regen Zulauf, darauf reagiert die NATO mit einer weiteren Eskalation ihrer Kriegsführung. Mit einem Stabilisierungseinsatz hat der NATO-Krieg beileibe nichts mehr gemein, selbst die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik räumt ein, mittlerweile stehe der „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung" im Zentrum der Planungen.

Auch die verschiedenen EU-Interventionen in der Demokratischen Republik Kongo zielen auf den Raub der zahlreichen Rohstoffe des Landes. Ganz offen wurde von der EU-Kommission und insbesondere von dem belgischen EU-Entwicklungskommissar Louis Michel der kongolesische Autokrat Joseph Kabila bei den Wahlen 2006 unterstützt. Um sicherzustellen, dass er auch wirklich als Sieger hervorging, wurde eine mehr als 2000 Mann starke EU-Truppe entsandt. Die „Absicherung der freien Wahlen", wie seinerzeit die Bundeswehr den Zweck des Einsatzes beschrieb, war dabei der Vorwand, um die europäische Position im Kampf um die Rohstoffe des Landes gegenüber anderen Konkurrenten zu verbessern, wie Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stützle unverhohlen einräumte: „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! [...] Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht."

Im Kongo sind mittlerweile nahezu alle Bodenschätze und Reichtümer des Landes mithilfe des Präsidenten Kablia für ein Butterbrot an ausländische Konzerne verscherbelt worden. Allerdings ging der Löwenanteil davon bislang an den EU-Konzernen vorbei, wie Manfred Eisele, bis 1998 General bei der Bundeswehr und heute Beigeordneter des Generalsekretärs der Uno für die Planung und Unterstützung von Uno-Einsätzen, bemängelt. Nun, nachdem sich die EU militärisch so stark in dem Land engagiert habe, müssten die Konzessionen „gerechter" verteilt werden: „Langfristig werden sicherlich auch europäische Interessen an der Lieferung von Rohstoffen aus einem stabilen Kongo auf der Tagesordnung stehen. [...] ‚Phelps Dodge' zum Beispiel hat womöglich den größten Reibach gemacht, als sie sich unmittelbar von Kabila eine Konzession zum Abbau der größten Kupferreserven der Welt für nicht mal ‚nen Appel und ein Ei geben ließen. [...] Dafür dürfen sie so viel abbauen, wie 50 Jahre lang für die Sicherung des Staatshaushaltes des Kongo nötig wäre. Das wird vor internationalen Gremien neu zu verhandeln sein." Auch die jüngsten Debatten um eine neuerliche Entsendung von EU-Soldaten in den Ostkongo sind auch im Kontext der Konkurrenz um die dortigen Rohstoffvorkommen zu sehen. Es geht darum, wer wie viel vom Kuchen abbekommt, wodurch aber die kongolesische Bevölkerung weiterhin bettelarm bleiben wird.

Wie unmittelbar der Zusammenhang zwischen kapitalistisch-neoliberaler Weltwirtschaftsordnung und Militäreinsätzen ist, zeigt ein letztes Beispiel: Als Somalia in den 80er Jahren durch Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Übernahme neoliberaler Politiken gezwungen wurde, brach der Staat in der Folge zusammen. Staatsangestellte konnten nicht mehr entlohnt werden, weshalb u.a. die Küstenwache entlassen wurde. Dies hatte zur Folge, dass vor allem europäische Fischfangflotten die Region leer fischten und den somalischen Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Aus diesen zwei Gruppen – ehemalige Angestellte der Küstenwache und verarmte Fischer – setzt sich ein Großteil der nun in den Blick der Öffentlichkeit geratenen Piraten zusammen, die am Horn von Afrika Schiffe aufbringen (und damit aus westlicher Sicht den freien Warenverkehr gefährden). Anstatt aber die Ursachen des Phänomens anzugehen, entsendete die Europäische Union Ende 2008 im Rahmen der ATALANTA Mission Kriegsschiffe in die Region, um das Problem wortwörtlich zu bekämpfen: „Die Debatte über die Reaktion auf die Piraterie am Horn von Afrika in Deutschland ist leider wieder ein Ausdruck des militarisierten Denkens und Handelns deutscher Politiker. Anstatt sich mit den wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Piraterie zu befassen, geht es ausschließlich um die militärische Absicherung deutscher und europäischer Wirtschaftsinteressen", so Wolfgang Heinrich, Experte des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) für das Horn von Afrika.

... und Repression im Inneren

Die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung hat von den Kriegen der Obrigkeit nichts Positives zu erwarten, im Gegenteil – auch hieran ließ Liebknecht keine Zweifel aufkommen: „Das Proletariat der gesamten Welt hat von jener Politik, die den Militarismus nach außen notwendig macht, keinen Nutzen zu erwarten, seine Interessen widersprechen ihr sogar auf das allerschärfste. Jene Politik dient mittelbar oder unmittelbar den Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen des Kapitalismus. Sie sucht der regellos-wilden Produktion und der sinnlos-mörderischen Konkurrenz des Kapitalismus mit [mehr] oder weniger Geschick über die Welt hinaus den Weg zu bereiten."

Nicht zuletzt hat dieser Militarismus auch gravierende soziale Folgen im Inneren. Während die Sozialleistungen in den letzten Jahren in nahezu allen westlichen Staaten massiv zurückgefahren werden, erleben wir gleichzeitig einen regelrechten Rüstungsboom. So ist zwar die genaue Bestimmung der US-"Verteidigungs"ausgaben eine Wissenschaft für sich, da zahlreiche Posten wie etwa die Kosten für die Kriege im Irak und in Afghanistan (aber auch vieles andere), überhaupt nicht im offiziellen Etat aufgeführt werden. Allein der offizielle Haushalt hat aber mit 547 Mrd. Dollar im Jahr 2007 mittlerweile gigantische Dimensionen angenommen. Ähnlich verhält es sich in der Europäischen Union, deren Mitgliedstaaten inzwischen über 200 Mrd. Euro für Rüstung ausgeben, mit steigender Tendenz. Dazu kommt, dass der bisher zivile EU-Haushalt immer mehr zum Steinbruch für die Waffenträume von Militärs und Rüstungslobbyisten wird. So wird etwa das zunehmend militärisch relevante Galileo-Satellitensystem aus dem EU-Agrar- und Transporthaushalt bezahlt. Und diese Entwicklung schreitet mit „Lichtgeschwindigkeit" (Solana) voran. 2007 wurden die ersten EU-Schlachtgruppen (Battlegroups) in Dienst gestellt. Dazu kommt die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe im

Umfang von 60.000 Mann, berücksichtigt man die hierfür notwendige Reserve bedeutet die eine Gesamtgröße von etwa 180.000 Soldaten.

Da auch in Deutschland immer mehr Menschen im Zuge der Agenda 2010 verarmen und gerade Jugendliche angeben, sie müssten sich bei der Bundeswehr verpflichten, um die Kriege der Reichen zu führen, da sie keine andere Perspektive auf dem zivilen Arbeitsmarkt sehen, wächst das innenpolitische Konfliktpotenzial massiv an. So besteht eine zweite zentrale Funktion des Militärs darin, falls erforderlich, politische Unruhen im Keim zu ersticken, wie schon Liebknecht betonte: „Der Militarismus ist aber nicht nur Wehr und Waffe gegen den äußeren Feind, seiner harrt eine zweite Aufgabe, die mit der schärferen Zuspitzung der Klassengegensätze und mit dem Anwachsen des proletarischen Klassenbewusstseins immer näher in den Vordergrund rückt, die äußere Form des Militarismus und seinen inneren Charakter immer mehr bestimmend: die Aufgabe des Schutzes der herrschenden Gesellschaftsordnung, einer Stütze des Kapitalismus und aller Reaktion gegenüber dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse."

Hierin besteht also die „doppelte Funktion" des Militärs: es soll die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sowohl im Äußeren, aber eben auch im Inneren durchzusetzen und absichern. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten", war schon das Credo der Monarchisten im 19. Jahrhundert und auch heute werden Panzer gegen demokratische Proteste aufgefahren wie etwa beim G8-Gipfel in Heiligendamm. Ein Beitrag in der Zeitschrift „griephan global security" (Herbst 2007), die gegenwärtig versucht, sich als Zentralorgan an der Schnittstelle zwischen Sicherheitspolitik und Wirtschaft zu etablieren, bringt die diesbezüglichen Gedankengänge der Herrschenden überdeutlich auf den Punkt: „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das ‚Länderrisiko' im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern."

Doch die Kriegspolitik der Herrschenden hat gerade hier in Deutschland abgewirtschaftet, immer größere Teile der Bevölkerung lehnen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Es ist davon auszugehen, dass bei künftigen Kriegen die Diskrepanz zwischen politischer Klasse und Bevölkerung immer größer werden wird. Es kommt nun darauf an, diese Abneigung gegen Militäreinsätze in einen generellen Widerstand gegen Krieg und Kapitalismus umzumünzen. Denn nur dann kann gegen die kommenden Kriege Erfolg versprechend gehandelt werden.

Antimilitarismus und Antikapitalismus: Zwei Seiten derselben Medaille

„Das letzte Ziel des Antimilitarismus ist die Beseitigung des Militarismus, das heißt: Beseitigung des Heeres in jeder Form", so Liebknecht, der immer wieder die besondere Bedeutung des Antimilitarismus betont hat, den er als untrennbaren und zentralen Bestandteil des Antikapitalismus erachtete: „Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten." Hierbei handelt es sich um eine zentrale Aussage. Die Zustimmung zu Kriegseinsätzen war schon im ersten Weltkrieg der entscheidende Grund für den Bruch in der Sozialdemokratie und für die Gründung von USPD, Spartakusbund und KPD. Auch heute gilt, wer sich für Kriegseinsätze ausspricht, kann nicht glaubhaft für sich reklamieren, politisch links zu stehen.

Gerne wird auch der Versuchung erlegen, die „Schuld" an Krisen und Konflikten anderen in die Schuhe zu schieben: wie schnell ist man etwa in Deutschland bereit, alle Probleme der Welt auf die Politik der Vereinigten Staaten zurückzuführen, die eigene Regierung aber geflissentlich von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Auch hier bleiben Liebknechts eindeutigen Aussagen von bleibender Bedeutung. Im Mai 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, erschien sein berühmtes Flugblatt, in dem er den Gegner für die hierzulande lebenden Menschen klar und deutlich benannte: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht."

Dies - immer zuerst und zentral gegen die „eigene" Regierung - ist ein grundlegender Ansatz, den es bei allen politischen Aktivitäten zu bedenken gilt.

Es gibt ein Recht und eine Pflicht zur Kriegsdienstverweigerung!

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten schikken immer mehr Truppen in Auslandseinsätze. Regelungen für Soldaten, die im Einsatz den Kriegsdienst verweigern wollen, gibt es allerdings nicht, weder EU-weit noch in den meisten Mitgliedsstaaten. Dies ist eines der Ergebnisse einer öffentlichen Anhörung, die am 22.1.09 im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlamentes zur Kriegsdienstverweigerung stattfand.

Der Experte Andreas Speck von War Resisters' International (WRI) legte detailliert die desaströse Lage bzgl. Kriegsdienstverweigerung insbesondere von Berufssoldaten in den EU-Mitgliedstaaten dar. So gibt es nur in den Mitgliedsstaaten Niederlande, Deutschland und Großbritannien überhaupt das Recht für Berufssoldaten zu verweigern. Alle anderen 24 EU-Mitgliedsstaaten kennen dieses Grundrecht nicht. Dies widerspricht der Resolution der Menschenrechtskommission der UN, die 1998 zum Schluss gekommen ist, „dass im Militärdienst stehende Personen dazu gelangen können, diesen Dienst aus Gewissensgründen zu verweigern."

Es gibt nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht zur Kriegsdienstverweigerung. Es müssen diejenigen unterstützt werden, die sich in den EU-Staaten nicht an Kriegen beteiligen wollen, ob dies eindeutig illegale Kriege wie der Irak- und Afghanistankrieg sind oder die immer häufigeren Militäreinsätze der EU.

Um dieses Anliegen zu unterstützen, wurde nun eine umfangreiche Studie zur Kriegsdienstverweigerung in der EU und den EU-Kandidatenländern in englisch mit deutscher Einleitung und Zusammenfassung publiziert, die kostenlos (gegen Porto) auch in größeren Stückzahlen unter folgender Adresse bezogen werden kann:

Regionalbüro Tobias Pflüger, Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen, Tel.: 07071-7956981, mail@tobias-pflueger.de

Kein Frieden nach dem Krieg in Gaza?

von Claudia Haydt

Nach mehr als drei Wochen Krieg in Gaza ist die Bilanz verheerend. Etwa 1.400 Menschen hat dieser Krieg das Leben gekostet. 13 der Toten waren israelische Staatsbürger, zehn davon Soldaten. Die ganz überwiegende Anzahl der Opfer waren Palästinenser. 5.500 Menschen wurden verwundet und verstümmelt. Der Anteil der Zivilisten wird, je nach Quelle, mit 40 bis 90 Prozent angegeben. Die UN sprach in einer ersten Bilanz von 22.000 zerstörten Gebäuden. 50.000 Menschen wurden durch die Kämpfe vertrieben. Es deutet alles darauf hin, dass dieses jüngste Kapitel im Nahostkonflikt eine Friedenslösung weiter erschwert. Das offizielle Kriegsziel, Schwächung der Hamas, wurde bestenfalls teilweise erreicht. Der Konflikt hat zwar die Infrastruktur der Hamas geschwächt, nicht aber deren Rückhalt in der Bevölkerung.

Politische Lösung wir schwieriger

„Am Tag nach dem Krieg werden wir vor den gleichen Problemen stehen wie heute, zusätzlich werden wir jedoch mit zahlreichen trauernden Familien, verkrüppelten Menschen, sowie Bergen von Schutt und Zerstörung konfrontiert sein“, so äußerte sich Adam Keller, der Sprecher der israelischen Friedensorganisation Gush-Shalom, wenige Stunden nach den ersten Bombardements der israelischen Luftwaffe auf Gaza. Heute, zwei Wochen nach dem Beginn der Feuerpause, die Hamas und Israel je unabhängig von einander erklärt haben, zeigt sich wie recht Adam Keller mit seiner Prognose hatte. Der Wahlkampf in Israel verschärft sowohl die Rhetorik als auch die militärische Praxis der israelischen Regierung gegenüber den Menschen im Gazastreifen. Im Dezember hatte es die regierende Kadima Partei mit ihrer Kriegsrhetorik geschafft, gegen die Likud-Partei unter Führung von Benjamin Netanjahu knapp in Führung zu gehen. Diesen Vorsprung erhoffte sich die Kadima Spitzenkandidatin Tzipi Livni durch „entschlossenes“ militärisches Vorgehen gegen den Gazastreifen auszubauen. Verteidigungsminister Ehud Barak forderte sogar einen „Krieg bis zum bitteren Ende“. Gemessen an Meinungsumfragen ging diese Rechnung kurzfristig auf. Doch kaum stagnierten die Umfragewerte nach Beginn des Waffenstillstandes wieder, verschärfte sich die Rhetorik von Neuem. Die Abriegelung des Gazastreifens wurde kaum gelockert und auf vereinzelten Raketenbeschuss wurde durch das israelische Militär bewusst sehr hart reagiert. Den Preis für diese Politik der Macht bezahlt die Bevölkerung in Gaza und in Israel. Der Krieg stärkt die Hardliner auf allen Seiten und lässt eine Verhandlungslösung in immer weitere Ferne rücken.

Reichweite von Raketen aus dem Gaza-Streifen, Karte: Wikepedia

Eine politische Lösung ist nötig und möglich. Im Juni wurde eine Waffenruhe zwischen Hamas und der israelischen Regierung vereinbart und weitestgehend eingehalten. Das bestätigt auch der israelische Think-Tank „Intelligence and Terrorism Information Center“, der dem Mitte-Rechts-Spektrum zugeordnet wird, in einem detaillierten Report.[1] Dabei wird auch klar, dass die vereinzelten Brüche des Waffenstillstands nicht auf Hamas-Milizen, sondern auf „abtrünnige“ Splittergruppen zurückzuführen waren. Als im November die israelische Armee durch wiederholte gezielte Angriffe auf die Tunnelinfrastruktur an der Grenze Gazas den Waffenstillstand brach und den Konflikt wieder anfachte, nahm auch der Beschuss auf israelisches Territorium mit Kassam- und einzelnen Grad-Raketen zu. Am 19. Dezember 2008 kündigte die Hamas-Führung den Waffenstillstand dann auf. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits etwa einen Monat lang kein Treibstoff und keine Hilfsgüter mehr nach Gaza gekommen. Genau die Lockerung der Gazablockade war jedoch Teil der im Sommer vereinbarten Waffenruhe gewesen. Die Blockade Gazas hat eine humanitäre Katastrophe verursacht, die von fehlendem Trinkwasser über fehlende Medikamente bis zu Nahrungsmittelmangel nahezu alle Bereiche des Alltags in Gaza betrifft. Die Arbeitslosigkeit war in Gaza auch vor der Blockade hoch, das Ausbleiben von Rohstofflieferungen und die Unmöglichkeit von Exporten haben jedoch dem noch existierenden Mittelstand in Gaza völlig den Garaus gemacht. Die Menschen machen dafür nicht die Hamas verantwortlich, sondern die israelische Regierung. Damit geht das Konzept der israelischen Regierung, auf diese Weise die Hamas zu schwächen, nicht auf.

Kein „sauberer“ Krieg

Die Menschen in Gaza erlebten 23 Tage lang, wie wenig ein Menschenleben wert ist. Das zeigten schon die ersten Angriffswellen der israelischen Armee, die stattfanden als Tausende von Schulkindern auf den Straßen Gazas unterwegs waren. Wegen des knappen Schulraumes werden Schüler in mehreren Schichten unterrichtet. Um 11:30 Uhr endete die erste Schicht und begann die zweite. Genau zu diesem Zeitpunkt fanden massive Bombardements statt. Entsprechend viele schulpflichtige Kinder waren unter den Opfern. Das zentrale Shifa-Krankenhaus brach nicht nur unter der Menge der gleichzeitig eintreffenden Verwundeten nahezu zusammen, es wurde auch durch den Beschuss benachbarter Gebäude in Mitleidenschaft gezogen und kann wegen Stromausfall nur mühsam mit Notstromaggregaten betrieben werden. Im Laufe des Krieges spitzte sich die Problematik der völlig unzureichenden Gesundheitsversorgung immer weiter zu. Medikamente und Blutkonserven waren kaum noch verfügbar. Strom zum Betreiben medizinischer Geräte konnte auch mit Generatoren kaum noch produziert werden. Viele Verwundete blieben völlig unversorgt, da Ambulanzen beschossen und zerstört wurden oder das israelische Militär den Zugang zu Verwundeten verweigerte.[2] „Den Verwundeten

nicht zu helfen, verstößt gegen das Kriegsrecht“, berichtet das Internationale Rote Kreuz (ICRC) das sich sehr selten in dieser Weise politisch äußert. „Das ICRC ist überzeugt, dass das israelische Militär seiner Verpflichtung nach dem internationalen humanitären Recht, sich um die Verwundeten zu kümmern und sie zu evakuieren, nicht nachgekommen ist.“[3] Darüber hinaus wurden zahlreiche Bildungseinrichtungen im Krieg zerstört. Einen traurigen Höhepunkt erreichte das leid der Zivilbevölkerung am 6. Januar als zwei UN-Schulen beschossen wurden, in denen Hunderte von Flüchtlingen Zuflucht gesucht hatten. Insgesamt wurden UN-Einrichtung auffallend häufig Opfer von Bombardements. Dazu kommen Angriffe auf zahlreiche Polizeistationen, wobei es sich hier nicht um „Terrorstützpunkte“ der Hamas handelt, sondern um Polizei, die von den BürgerInnen in Anspruch genommen wird, wenn diese bei Eigentumsdelikten oder anderen Verbrechen Hilfe benötigen.[4] Das ist auch die Polizei, die zum Einsatz kommt, wenn militante Gruppen daran gehindert werden sollen, israelische Städte zu beschießen. Eine Aufgabe, die diese Polizei von Juni bis November 2008 verhältnismäßig effektiv wahrnahm. Wie das geforderte Ende der Kassam-Angriffe umgesetzt werden soll, wenn Polizisten weiter umgebracht werden und ihre Infrastruktur zerstört wird, ist fraglich. Alles deutet jedoch darauf hin, dass es der israelischen Regierung nicht (oder wenigstens nicht in erster Linie) um den Schutz der eigenen Bevölkerung geht, sondern um eine Demonstration ihrer Stärke und „Handlungsfähigkeit“. Das 48-Stunden-Ultimatum der israelischen Regierung an Hamas zur Einstellung des Raketenbeschusses auf israelische Städte war erst zur Hälfte verstrichen, als die Bombardierung Gazas am Samstag, den 27. Dezember 2008 begann. Ein deutlicheres Zeichen für ein Desinteresse an einer friedlichen Lösung kann es kaum geben. Diesen Eindruck bestätigt eine Studie von Nancy Kannwisher, vom Massachusetts Institute of Technology (MIT), die sie zusammen mit ihrer Kollegin Anat Biletzki von der Tel Aviv University veröffentlichte. Die Autorinnen untersuchten die Fragestellung, welche Seite jeweils seit der zweiten Intifada die Waffenruhen zuerst gebrochen hatte. Das Ergebnis ist so eindeutig wie erschreckend, in 79 Prozent der Fälle wurde die Waffenruhe durch das israelische Militär zuerst gebrochen. Betrachtet man nur die Phasen, in denen die Waffenruhe länger als 9 Tage dauerte, dann fällt auf, dass diese „längeren“ Phasen der Ruhe zu hundert Prozent durch die israelische Armee gebrochen wurden.

Militär kann asymmetrisch Konflikte nicht lösen

Die Bevölkerung der israelischen Grenzstadt Sderot bekommt seit Jahren die Auswirkungen des ungelösten Konfliktes zu spüren. Der Raketenbeschuss aus Gaza besteht zum allergrößten Teil der Geschosse aus improvisierten, in Hinterhöfen produzierten und äußerst unpräzisen „Kassam“-Raketen und die meisten davon erreichen ihr Ziel nicht. Im Verhältnis zur Menge der abgeschossenen Raketen ist ihre Auswirkung deswegen relativ gering. Dennoch darf die psychologische Wirkung dieser alltäglichen Bedrohung auf die Bevölkerung nicht unterschätzt werden. Zudem werden die Raketen immer präziser und erreichen immer weiter entfernt liegende Städte wie Aschkelon oder Aschdod. Die Raketen gefährden bewusst die israelische Zivilbevölkerung und verstoßen damit klar gegen das Kriegsvölkerrecht. Die Bevölkerung dieser Städte befindet sich in doppelter Geiselhaft. Sie sind Geiseln palästinensischer Militanter, die auf diesem Weg auf die verfahrene politische Situation und die Blockade Gazas aufmerksam machen wollen. Die Menschen sind aber auch in Geiselhaft ihrer eigenen Regierung und müssen den Preis zahlen für deren Unfähigkeit oder Unwilligkeit, eine politische Lösung zu finden. Jeder Militärschlag kann den Beschuss bestenfalls kurzfristig eindämmen. Da Kassam-Raketen in jedem Hinterhof gebaut werden können, wird selbst die Zerstörung sämtlicher zur Zeit betriebener Werkstätten niemanden daran hindern, weitere Raketen zu bauen. Auf asymmetrische Konflikte gibt es keine wirksame militärische Antwort. Nicht nur die israelische Regierung muss dies lernen, sondern auch die Besatzungsmächte im Irak und Afghanistan. Der israelische Bombardierungsterror und die Massaker unter der Zivilbevölkerung haben lediglich mehr Hass und Wut erzeugt und damit noch mehr Menschen in die Hände militanter Gruppen getrieben.

Ohne Kooperation mit Hamas wird es keine Lösung geben. „Peace is with enemies“, Frieden schließt man mit Feinden, betont Gush Shalom immer wieder. Je härter das Vorgehen der israelischen Armee ist, desto mehr werden jedoch die verhandlungsbereiten Kräfte innerhalb von Hamas geschwächt. Nur sehr langsam setzt sich die Einsicht durch, dass die bisherige Strategie der Ausgrenzung und militärischen Bekämpfung der Hamas, grundlegend falsch war. Immerhin kommt auch eine Studie[5] des „Strategic Studies Institute“ am United States Army War College zu dem Ergebnis, dass die bisherigen Versuche, ohne Verhandlungen mit der Hamas zu einer Lösung zu kommen, zum Scheitern verurteilt waren.

Deutsche Scharfmacher

Die deutsche Regierung hat jedoch nichts zu einer Deeskalation der Situation beigetragen. Der stellvertretende deutsche Regierungssprecher Thomas Steg sah im Einklang mit Kanzlerin Angela Merkel die Verantwortung „eindeutig und ausschließlich“ bei Hamas. Die Verlautbarungen der Bundesregierung nach dem Telefongespräch von Kanzlerin Merkel am 29. Dezember mit Ministerpräsident Ehud Olmert konnte als Ermutigung zur Fortsetzung der Militärschläge interpretiert werden, da sie nur ein „schnelles“ und nicht sofortiges Ende der israelischen Militäroperationen forderte – und als Bedingung für dieses mehr oder weniger schnelle Kriegsende ein Ende des Raketenbeschusses durch Hamas vorausgesetzt wurde. Da die Raketen jedoch nicht nur von Gruppierungen abgeschossen werden, die der Hamas nahe stehen, ist ein Ende der Bombardierung zwar nötig und wichtig, jedoch keineswegs von heute auf

Gaza - Bebauung und Grenzübergänge, Karte Wikipedia

morgen umsetzbar. All die Regierungen, die nun mit ihrem Schweigen oder ihren Rechtfertigungen die israelische Regierung auf ihrem militärischen Irrweg ermutigt haben, sind mitschuldig an der militärischen Eskalation und den Opfern des Krieges.

Mitschuldig sind die westlichen Verbündeten Israels, allen voran die USA und Deutschland, auch durch ihre fortgesetzten Waffenlieferungen in die Region. Es ist sinnvoll und richtig, die illegalen Waffenlieferungen in die besetzten Gebiete zu stoppen. Mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger, ist aber das Ende der so genannten „legalen" Waffenlieferungen nach Israel und in andere Staaten der Region.

Es gibt nach wie vor zahlreiche politisch gewollte Lücken in der Kontrolle von Waffenexporten. So fällt der Export von Weißem Phosphor, dessen Einsatz in Gaza zum qualvollen Tod zahlreicher Menschen führte, nach wie vor nicht unter das Kriegswaffenkontrollgesetz, da er als Nebelmunition behandelt wird. Zudem werden die Eigner deutscher Schiffe, die verbotenen Ladungen unter anderer Flagge transportieren, nicht zur Rechenschaft gezogen. Nur so war es möglich, dass mitten im Krieg ein deutsches Schiff Munition, wahrscheinlich sogar weißen Phosphor geladen hatte, Richtung Israel unterwegs sein konnte.

Wie weiter?

Der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur in Gaza wird mindestens 2 Milliarden Dollar kosten. So seltsam es klingen mag: das Geld für den Wiederaufbau ist das kleinste Problem. Saudi-Arabien hat bereits eine Milliarde Dollar zugesagt. Wichtiger wird es sein, wie umfangreich und wie schnell die benötigten Rohstoffe für den Wiederaufbau nach Gaza geliefert werden können. Bis heute jedenfalls sind lediglich einige Zelte der UN in Gaza angekommen. Baumaterialien werden in kleinem Umfang durch die Tunnel aus Ägypten geschmuggelt. Das reicht jedoch nur für wenige Haushalte. Die Hilfszusage der deutschen Regierung für die Kontrolle der Grenze zwischen Gaza und Ägypten trägt nicht zur Lösung des Konfliktes bei. Sechs deutsche Polizisten sollen der ägyptischen Polizei beim Aufspüren von Tunneln unter die Arme greifen. Doch wenn dieser Transportweg vollständig unterbrochen wird, ohne dass es zu einer Aufhebung der Blockade Gazas kommt, dann wird die Versorgung der Bevölkerung Gazas noch lückenhafter sein, als sie dies heute schon ist. Ein weiteres Problem ist die offene Unterstützung von Präsident Abbas durch Israel, die USA und viele europäische Staaten. Dadurch wurde die PLO massiv geschwächt und eine politische Alternative zur Hamas muss sich den Vorwurf der Kollaboration mit Israel stellen. So entsteht wenig Spielraum für Verhandlungen.

Wie lange es dauern wird, bis der materielle und der politische Scherbenhaufen dieses Krieges beseitigt ist, bleibt abzuwarten. Ohne ein Ende der Blockade von Gaza sowie ernsthafte und zügige Friedensverhandlungen mit allen Beteiligten wird es auf jeden Fall keine Lösung geben können. Beide Seiten, die israelische Armee und die Hamas, müssen das Recht der jeweils anderen Zivilbevölkerung auf ein menschenwürdiges Leben ohne Krieg, Bombardements und Sperranlagen anerkennen. Solange die USA, Deutschland und andere europäische Staaten jedoch weiter an ihrer einseitigen Parteinahme für die israelische Militärpolitik festhalten, besteht wenig Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten.

Anmerkungen

[1] Six Months of the Lull Arrangement Intelligence Report: http://tinyurl.com/baswel

[2] Vgl. Berichte der Menschenrechtsorganisation Btselem, z.B.: http://tinyurl.com/c7cqz9

[3] Zitiert nach: Financial Times Deutschland, 5.2.2009

[4] Vergleiche hierzu den Bericht von Amira Hass, Korrespondentin der israelischen Tageszeitung Ha'aretz: http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1864

[5] Sherifa Zuhur, Hamas and Israel. Conflicting Strategies of Group based Politics. December 2008 (Strategic Studies Institute United States Army War College)

Kein Frieden mit der NATO

Informationen zu einem Kriegsbündnis. Zusammengestellt und herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung und der DFG-VK. Mit Beiträgen zu: *Strukturen und Strategien der NATO / Globale NATO / Kurze Bilanz einer kriegerischen Geschichte / Kanonenboote und Piraten / NATO und Migrationsbekämpfung / Aggressive Atompolitik und Raketenabwehr der NATO / Der NATO-Krieg in Afghanistan / Die NATO im Irak / Die Kolonialpolitik der NATO auf dem Balkan / Die NATO in Afrika / Kameraden im Kaukasus / Das EUCOM in Stuttgart-Vaihingen / Marshall-Center & NATO-Schule / Die Deutsch-französische Brigade in Müllheim / Kriegsführung aus der Provinz / Mit AWACS gegen das Grundgesetz / NATO-Pipeline / Das Militärdrehkreuz Halle/Leipzig*

72 Seiten / 2 € Stück zzgl. Porto

Zu beziehen über:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
imi@imi-online.de, www.imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

DFG-VK

Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco

Der Neue Kalte (Gas-)Krieg zwischen EU und Russland geht in die nächste Runde

von Jürgen Wagner

Mittlerweile ist es unübersehbar, dass die machtpolitischen Konflikte zwischen den USA und der Europäischen Union auf der einen sowie Russland (und China) auf der andern Seite immer weiter zunehmen. Nüchtern beschreibt Robert Kagan, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, diese „Rückkehr der Geopolitik" mit folgenden Worten: „Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position."[1] Aufgrund ihrer Relevanz ist die Energiefrage derzeit der Schauplatz, auf dem die Auseinandersetzungen am deutlichsten zutage treten: „In den Köpfen vieler Strategen ist die traditionelle Geopolitik des militärischen Gleichgewichtes durch die Geopolitik der Energiebeziehungen ersetzt worden. [...] In Europa haben Sorgen über die North-Stream-Pipeline Bedenken über die Fulda-Lücke abgelöst. Und Neuerwerbungen von Gazprom werden mit fast derselben Ängstlichkeit betrachtet wie lokale Stimmgewinne kommunistischer Parteien in verschiedenen westlichen Ländern während des Kalten Krieges."[2]

Tatsächlich droht ein neuer Kalter (Energie-)Krieg, zu dieser Schlussfolgerung gelangt auch eine vom Bundeskanzleramt bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Auftrag gegebene Studie zur Energiesicherheit Deutschlands im Jahre 2050. Dort wird gleich zu Anfang folgendes Szenario beschrieben: „Berlin im Winter 2050: Die Bundesregierung sieht sich gezwungen, bei der Europäischen Energieagentur in Brüssel eine Vergrößerung des deutschen Energiebudgets noch im laufenden Zuteilungsjahr einzufordern. Erkältungswellen und Grippeepidemien als Folgen der durch die Energie- und Wärmerationalisierungen verursachten unzureichenden Heizmöglichkeiten [drohten] eine bisher einmalige Staatskrise der Bundesrepublik Deutschland zu verursachen [und] haben die Regierung zu diesem Schritt bewogen. *Dabei nimmt sie das Risiko in Kauf, den zwischen der Europäischen Union und der Chinesisch-Russischen Föderation im Jahr 2045 nach einer drohenden bewaffneten Auseinandersetzung erzielten Ressourcenpakt indirekt in Frage zu stellen.*"[3]

Die Konturen dieser Blockkonfrontation zeichnen sich bereits heute ab, vor allem im Gasbereich wird derzeit mit den härtesten Bandagen gekämpft. Im Zuge einer immer anti-russischer agierenden EU-Politik setzte Moskau zu einer energiepolitischen Gegenoffensive an, die zum Ziel hat, die europäische Gasversorgung unter seine Kontrolle zu bringen. Würde dies gelingen, würde dies in Zeiten rapide schwindender Energievorkommen bei gleichzeitig schnell wachsendem Verbrauch einen machtpolitischen Hebel allererster Güte darstellen. Da diese Vorstellung in den EU-Hauptstädten fast panikartige Reaktionen auslöst, ist die Europäische Union bestrebt, ihre Abhängigkeit von Russland durch die Erschließung alternativer Energievorkommen und den Bau russisches Territorium umgehender Pipelines zu reduzieren („Diversifizierung"). Moskau wiederum kontert jeden dieser Schachzüge gegenwärtig mit eigenen Maßnahmen. Mit dem Georgienkrieg im Sommer 2008 und den neuen Auseinandersetzungen um das Nabucco-Pipelineprojekt, der vor kurzem auf russisches Betreiben erfolgten Gründung einer Gas-OPEC und den EU-Plänen, eine Pipeline quer durch die Sahara zu verlegen, geht der bereits mehrere Jahre andauernde Neue Kalte (Gas-)Krieg nun in die nächste Runde.

EU-Politik und Russlands energiepolitische Gegenoffensive

Ungeachtet aller wohlfeilen Absichtserklärungen, die Abhängigkeit von Öl und Gas durch den Einstieg in die erneuerbaren Energien drastisch reduzieren zu wollen, geht man in Sicherheitskreisen fest davon aus, dass Auseinandersetzungen um die Kontrolle von Energievorkommen künftig massiv zunehmen werden. So liefert die Army Modernization Strategy Juni 2008, ein wichtiges Pentagon-Planungsdokument, folgende Lageeinschätzung: „Uns droht eine mögliche Rückkehr zu traditionellen Sicherheitsbedrohungen durch neu auftretende, fast ebenbürtige Mächte, und zwar jetzt, wo wir im weltweiten Wettstreit um knapper werdende Rohstoffe und Überseemärkte stehen."[4]

Die Europäische Union befindet sich dabei in einer besonders misslichen Lage, denn aufgrund ihrer rapide zur Neige gehenden eigenen Reserven (v.a. in der Nordsee) ist sie in immer größerem Maße auf Energievorkommen im Ausland angewiesen. So prognostiziert die EU-Kommission für das Jahr 2030 einen Anstieg der Importabhängigkeit im Gasbereich von gegenwärtig 57% auf 84% und was Öleinfuhren anbelangt gar von heute 82% auf 93%. Im Gasbereich wird künftig ein Großteil der Einfuhren aus Russland stammen. Schon heute importiert die EU knapp 45% ihres Gasbedarfs von dort, ein Wert, der sich in wenigen Jahren auf schätzungsweise 60% erhöhen wird.[5]

Angesichts dieser – absehbaren – Entwicklung darf gefragt werden, ob es von EU-Seite sonderlich klug war, Moskaus ausgestreckte Hand und das Angebot einer engen Partnerschaft in den Wind zu schlagen: „Insgeheim hoffte er [Wladimir Putin] bei seinem Amtsantritt, Europa würde Russland beim Wiederaufstieg helfen und Russland in der gesamteuropäischen Familie akzeptieren. Zwei Wochen nach den Anschlägen vom 11. September kam er nach Berlin, um im deutschen Bundestag eine versöhnliche Grundsatzrede über das Ende des Kalten Kriegs zu halten und eine strategische Partnerschaft, beispielsweise bei gemeinsamen Modernisierungsprojekten in Sibirien, anzuregen. Eine konkrete Antwort ist der Westen Putin schuldig geblieben. Heute kann Putin seine Wut und Enttäuschung über seine im Großen und Ganzen verfehlte Westoffensive kaum verbergen."[6]

Noch im unmittelbaren Vorfeld des US-Angriffskrieges gegen den Irak war allenthalben die Rede von der sich herausbildenden Achse Paris-Berlin-Moskau, die symbolhaft für die Formierung eines gegen die Vereinigten Staaten gerichteten Gegenblocks stand. Ihren energiepolitisch-geostrategischen Niederschlag fand dieses Bündnis bspws. im Vorhaben, eine Gaspipeline von Russland durch die Ostsee nach Deutschland zu verlegen (North Stream bzw. Ostseegaspipeline), die das Ziel hat, Moskaus Einfluss auf die bisherigen Transitländer für westeuropäisches Gas, v.a. die Ukraine, zu vergrößern. Nun hat sich bekanntlich der Wind gedreht, eine neue Eiszeit im russisch-europäischen Verhältnis ist ausgebrochen, selbst eine neuerliche Blockkonfrontation, ein Neuer Kalter Krieg, ist nicht mehr ausgeschlossen. Dies hängt einerseits mit den Regierungswechseln und der Rückkehr zu einer stark pro-amerikanischen – und damit anti-russischen - Politik in Frankreich und Deutschland zusammen, aber mindestens ebenso mit der Tatsache, dass Moskau nicht gewillt war, in besagter Achse länger den Juniorpartner zu spielen, der jeden russlandfeindlichen Schachzug seiner „Partner" klaglos hinnimmt.

In diesem Kontext war es neben den

NATO-Osterweiterungen vor allem die europäische (und natürlich amerikanische) Unterstützung der „bunten“ Revolutionen, bei denen pro-russische Regierungen in unmittelbarer Nachbarschaft Moskaus u.a. in Georgien (2003) und in der Ukraine (2004) durch pro-westliche Machthaber ersetzt wurden, die Russland zu einer Neubewertung seines Verhältnisses mit der Europäischen Union veranlassten. Moskau reagierte hierauf, indem es - zuweilen recht raubeinig - eine energiepolitische Gegenoffensive einleitete. Ein wesentliches Element hierfür ist der offensichtliche Versuch, die europäische Gasversorgung so weit wie möglich auf sich zu monopolisieren. Hierfür verfolgt Russland ein ganzes Bündel an Strategien: Verstärkte staatliche Kontrolle der eigenen Energieversorgungs- und Transportunternehmen; Zurückdrängung in Russland operierender westlicher Firmen; Einkauf in den westeuropäischen Energiesektor etc. Vor allem aber strebt Russland – teils unter massiven Drohungen bis hin zum Einsatz der „Energiewaffe“ (wie etwa in den russisch-ukrainischen „Gaskriegen“) – die Übernahme der osteuropäischen Energie- und Transportunternehmen und vor allem der Leitungsnetze nach Westeuropa an. Parallel dazu arbeitet Russland darauf hin, die kaspischen Reserven langfristig an das eigene Leitungsnetz zu binden und sich so ein – politisch mächtiges – Monopol für die europäische Gasversorgung zu verschaffen (siehe ausführlich AUSDRUCK Juni 2007).

Nabucco und Georgienkrieg

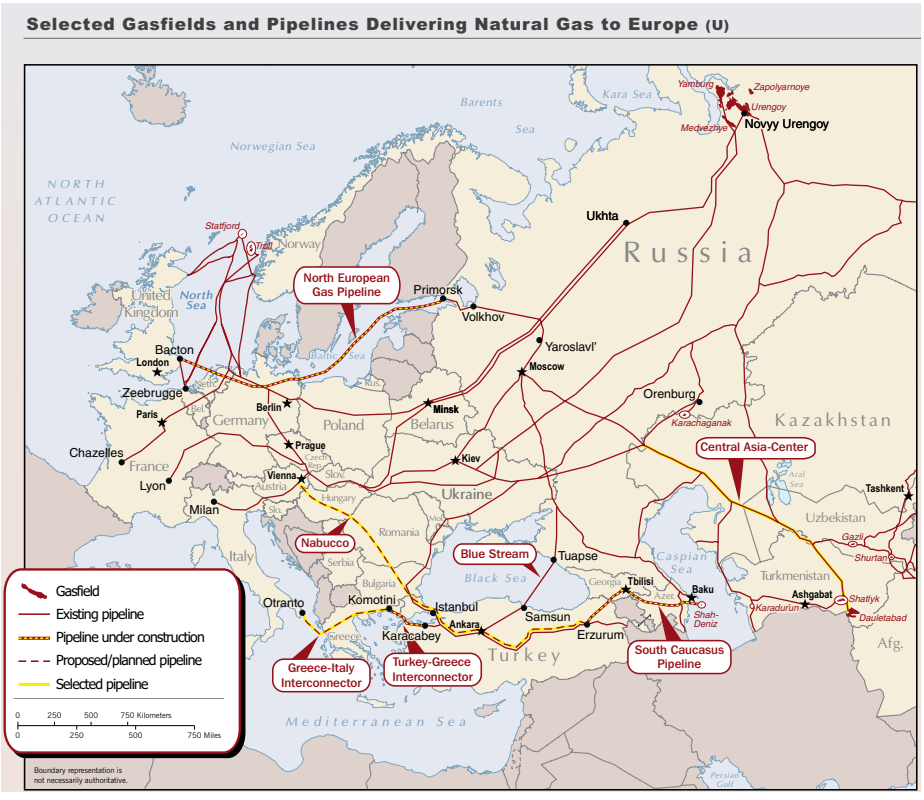
Bislang können die erheblichen kaukasischen und zentralasiatischen Gasvorkommen nur über das russische Leitungssystem nach Westeuropa befördert werden, womit Moskau de facto auch diese Reserven kontrolliert. Um dieses Transportmonopol zu brechen, will die EU mit dem 8 Mrd. Euro teuren (ursprünglich waren es einmal 4 Mrd.) Pipeline-Projekt Nabucco ab 2013 eine alternative Trasse bereitstellen. Hierdurch solle ein „Bypass“ um Russland gelegt werden, heißt es dazu in der Presse.[7]

Das Projekt, mit dem kaspisches Gas u.a. über Aserbaidschan, Georgien und die Türkei nach Westeuropa geleitet werden soll, erfreut sich höchster EU-Unterstützung. „Zwei Drittel sollen von institutionellen Geldgebern wie der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Österreichischen Kontrollbank kommen.“[8] Ende 2007 wurde darüber hinaus mit dem ehemaligen niederländischen Außenminister Jozias van Aartsen ein eigener Nabucco-Koordinator ernannt. Seine Drohungen gegenüber Russland sind gleichzeitig auch die Begründung, weshalb sich die EU so massiv für die Nabucco-Pipeline einsetzt: „Energie muss im Zentrum des Sicherheitsdenkens stehen. [...] Die EU muss auf den gegenwärtigen Druck seitens der Energieversorger mit einer kohärenteren internationalen Energiestrategie reagieren. [...] Es geht um wirklich viel. Was können wir tun? Die EU kann Klartext reden – Russland muss aufhören, seine Energie für politische Zwecke einzusetzen.“[9]

In der ersten Ausbaustufe soll Nabucco 8-10 Mrd. Kubikmeter Gas transportieren, um aber rentabel zu sein, muss diese Zahl langfristig auf 31 Mrd. steigen. Dies stellte das Projekt aber vor immense Probleme, einzig Aserbaidschan konnte bzw. wollte genug Gas für die erste Ausbaustufe zusagen, woher der Rest kommen sollte, stand lange in den Sternen. Nachdem es Wladimir Putin im Mai 2007 auch noch gelang, über neue Verträge sicherzustellen, dass ein Großteil des zentralasiatischen Gases für Jahrzehnte an das russische Leitungssystem gebunden bleibt, befand sich das Nabucco-Projekt kurz vor dem Aus. Die einzige nennenswerte Alternative, um an ausreichend Gas zu gelangen, wäre der Iran gewesen, was aber aus politischen Gründen abgelehnt wurde.

In diesem Zusammenhang konnte EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner im April 2008 aus ihrer Sicht erfreuliche Neuigkeiten verkünden, als sie der Presse mitteilte, das gasreiche Turkmenistan habe der Nabucco-Pipeline jährlich zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas zugesagt. „Das ist ein Durchbruch“, so Ferrero-Waldner. „Bisher hat es nur allgemeine Äußerungen gegeben, doch jetzt haben wir eine echte, zusätzliche Perspektive für neue Gasfelder.“ Die verbindliche Zusage sei „ein wichtiger erster Schritt für die Nabucco-Pipeline.“[10] Schon kurz zuvor vermeldete BP, das aserbaidschanische Gasfeld Shah Deniz II berge deutlich größere Reserven als erwartet, womit größere Mengen für Nabucco bereitgestellt werden könnten.[11] Somit schien sich alles zum Positiven für das Nabucco-Projekt zu entwickeln – doch dann kam der Krieg in Georgien, der bislang letzte Akt der Nabucco-Arie.

Auch wenn es sicher wichtige andere Gründe für den Krieg zwischen Georgien und Russland im Sommer 2008 gegeben hat, wäre es blauäugig seine energiepolitische Dimension zu vernachlässigen, denn sowohl die bereits gebaute wichtige Ölpipeline Baku-Tiflis-Ceyhan als auch die künftige Nabucco-Trasse verlaufen über Georgien. So zitiert das Insiderblatt Caspian Investor einen Kommentator mit folgenden Worten: „Das größte Opfer des Showdowns ist die naive westliche Vorstellung, Georgien könne einen sicheren alternativen Energiekorridor liefern, der sowohl Russland als auch den Iran als Mitglied der ‚Achse des Bösen‘ umgeht.“[12] Die um klare Worte selten verlegene Vizepräsidentschaftskandidatin John McCains, Sarah Palin, äußerte sich mitten im US-Wahl-



Europas Versorgungsnetz der Gas-Pipelines, Karte: EIA/US-Regierung

kampf über den Zweck der in den abtrünnigen georgischen Provinzen Süd-Ossetien und Abchasien stationierten russischen Truppen folgendermaßen: „Wir sehen, wie Russland eine wichtige Pipeline im Kaukasus in Schach hält. Seine Strategie besteht darin, unsere europäischen Verbündeten zu entzweien und einzuschüchtern, indem Energielieferungen als Waffe eingesetzt werden.“[13] Sollte dies tatsächlich eines der russischen Interessen gewesen sein, so war Moskau damit jedenfalls erfolgreich: „Die russische Invasion Georgiens hat ernsthafte Zweifel an der Durchführbarkeit von Nabucco verursacht, nicht zuletzt da sie droht, astronomische Versicherungskosten zu verursachen, um die Risiken eines bewaffneten Konflikts abzudecken.“[14]

Der russische Einmarsch in Georgien wird von vielen Anrainern als das wahrgenommen, was er zumindest in Teilen auch war: ein Fingerzeig, dass Russland machtpolitisch im Ringen um die kaspischen Energieträger nicht klein beigeben will und hierbei nötigenfalls auch bereit ist, auf Gewalt zurückzugreifen. So erhielt die Europäische Union aus Kasachstan eine Abfuhr, was die Bereitstellung von Gasreserven für die Nabucco-Trasse anbelangt. „Wir bekommen mächtigen Druck aus Moskau, bei Nabucco nicht mitzumachen“, sagte der kasachische Wirtschaftsminister Bachyt Sultanow dem Handelsblatt.[15]

Vor diesem Hintergrund äußern sich mittlerweile zahlreiche Beobachter skeptisch, was die Perspektiven des Projektes anbelangt. „Führende Energieexperten haben [am 19. Januar 2009] im Europäischen Parlament schwierige Fragen zur Zukunft des EU-Vorzeigeprojektes der Nabucco-Gaspipeline aufgeworfen. [...] Auf politischer Ebene sah es zunächst so aus, als ob die Nabucco-Pipeline durch die Krise an Glaubwürdigkeit gewonnen habe. Den Europaabgeordneten wurde gestern jedoch ein eher pessimistischer Berichtsentwurf über die Energiesicherheit der EU vorgelegt, in dem auch die Nabucco-Pipeline umfassend behandelt wird. Der Bericht wurde nur wenige Tage vor dem ‚Nabucco-Gipfel’ vorgelegt, der am 27. Januar 2009 von Ungarn in Budapest veranstaltet wird.“[16]

Dennoch betonten schon unmittelbar nach dem Georgien-Krieg zahlreiche EU-Spitzenpolitiker, die Nabucco-Pipeline müsse nun umso dringender realisiert werden. Nach dem letzten der schon fast zur Routine gewordenen russisch-ukrainischen Gaskriegen zum Jahreswechsel 2008/2009 und den damit einhergehenden Versorgungsengpässen in zahlreichen EU-Staaten wurde dem Projekt noch mehr Rückendeckung gegeben. So äußerte sich Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMWi): „Der aktuelle Streit zwischen Russland und der Ukraine über den Transit nach Europa hat uns noch einmal drastisch vor Augen geführt, wie wichtig die Nabucco-Pipeline zur Erschließung zusätzlicher Lieferquellen ist.“[17]

Folgerichtig sicherten auf der bereits erwähnten Nabucco-Konferenz Ende Januar 2009 sowohl die tschechische EU-Ratspräsidentschaft als auch die EU-Kommission dem Projekt ihre Unterstützung zu. Auch die Europäische Investitionsbank erneuerte ihre Zusagen, zu einer Teilfinanzierung des Projektes bereit zu sein. Mehr noch: 200 bis 300 Mio. Euro sollen sofort zur Verfügung gestellt werden, um umgehend mit dem Bau beginnen zu können.[18] Aserbaidschan vermeldete zudem nun, es sei in der Lage, die 8-10 Mrd. Kubikmeter, die für die Inbetriebnahme 2013 benötigt werden, bereitzustellen, weshalb die „Welt“ vermeldete, der Baubeginn könne nun noch auf dieses Jahr vorverlegt werden.[19]

Wo allerdings tatsächlich die für die späteren Ausbauphasen benötigten Gasmengen herkommen sollen, um die Rentabilität des Projektes zu gewährleisten, ist weiterhin unklar - der Iran jedenfalls dürfte hierfür auch nach dem Regierungswechsel in den USA weiterhin ausscheiden. Gegenwärtig hofft man darauf, dass sich in Turkmenistan deutlich größere Vorkommen befinden als bisher angenommen. Doch selbst wenn dies so wäre, ist es keineswegs ausgemacht, dass diese Nabucco zur Verfügung gestellt werden. Noch weniger existiert bislang eine – aus vielen Gründen – schwierig zu bauende Pipeline durch das Kaspische Meer, die erforderlich wäre, um turkmenisches Gas an die Nabucco-Pipeline anzuschließen. Zumal Russland alles daran setzen dürfte, dies zu verhindern.

So steht das Nabucco-Projekt, allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, weiterhin vor enormen Hürden. Deshalb - und da selbst eine erfolgreiche Realisierung die Abhängigkeit von Russland nur bedingt reduzieren würde, Nabucco würde lediglich ein Drittel des deutschen Gasbedarfs decken – werden fieberhaft weitere Alternativen gesucht.

Afrikanische Nabucco: Die Trans-Sahara Gas-Pipeline

Das geopolitische Fingerhakeln zwischen Russland und der Europäischen Union bleibt nicht auf die kaspische Region begrenzt. Nach den russischen Teilerfolgen sieht Brüssel dringenden Handlungsbedarf: „In der EU gibt es von Seiten der Mitgliedsstaaten, besonders nach dem Georgienkrieg, eine erhebliche Nachfrage nach einer Diversifikation, einer wirklichen Diversifikation der Versorgung“, so EU-Energiekommissar Andris Piebalgs nach einem Gespräch mit hohen nigerianischen Energiebeamten. „Die EU-Regierungen sind besorgt über eine zu große Abhängigkeit von Russland.“[20] Ganz ähnlich äußerte sich EU-Kommissionschef José Manuel Barroso: „Wir werden nicht untätig herumsitzen und zuschauen, wie die EU in eine Energieabhängigkeitskrise gerät.“[21]

Afrika spielt in diesen Überlegungen schon länger eine wichtige Rolle: „Europas Interesse an Energielieferungen aus Afrika wurde im November 2006 wiedererweckt, als feststand, dass man zu keinem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland gelangen werde, das den gemeinsamen Beziehungen im Energiebereich eine offizielle Grundlage hätte geben können.“[22] Schon auf dem Afrika-EU-Gipfel im Dezember 2007 vereinbarten beide Seiten eine engere Kooperation in „Energiefragen mit strategischer Bedeutung“. In der Zwischenzeit wurde die Zusammenarbeit weiter konkretisiert: „Bei einem Treffen der EU-Kommissare Piebalgs und Michel mit Vertretern der Afrikanischen Union (AU) im September 2008 in Addis Abeba bezeichneten beide Seiten die geplante Transsahara-Pipeline als ‚ersten konkreten Schritt‘ hin zur Energie-Partnerschaft EU-AU. [...] Gegenwärtig gibt es innerhalb der EU zudem Überlegungen, die Energieimporte aus Afrika durch Inve-

Trans-Sahara-Pipeline

stitionen in die dortige Infrastruktur nochmals deutlich zu steigern."[23]

Vor allem die nigerianischen Gasvorkommen sind dabei derzeit das Objekt der Begierde – immerhin verfügt das Land über die größten Reserven Afrikas. Dieses Gas soll nun mit einer Trans-Sahara-Gaspipeline (TSG) durch halb Afrika geleitet und dann über das algerische Leitungsnetz nach Europa geschleust werden: „Das Ausgangsterminal dieser insgesamt 4300 km langen Pipeline wäre Brass im Nigerdelta. Die Pipeline würde durch Nigeria (1050 km), Niger (750 km) und Algerien (2500 km) verlaufen und entweder in Beni Saf oder in El Kala an der algerischen Mittelmeerküste enden. Von dort könnte das Gas durch die Medgaz- und die Galsi-Pipeline nach Spanien und Italien weiter transportiert werden. Ab 2015 könnten so jährlich ca. 20 Mrd. Kubikmeter und ab 2030 sogar 30 Mrd. Kubikmeter Erdgas nach Europa gelangen."[24]

Wichtiges EU-Projekt

Von EU-Seite wird das Vorhaben massiv unterstützt. So äußerte sich Energiekommissar Piebalgs folgendermaßen: „Die Trans-Sahara Gaspipeline könnte eine viel versprechende Versorgungsroute für die EU darstellen."[25] Auch in ihrer „Zweiten Überprüfung der Energiestrategie" vom November 2008 hob die EU-Kommission die Bedeutung der Pipeline hervor: „Die Transsahara-Gaspipeline ist für die EU eine wichtige zusätzliche Gelegenheit zur Diversifizierung ihrer Versorgungswege und -quellen. Die EU ist bereit, die Realisierung dieser Pipeline durch unterschiedliche Instrumente zu fördern, namentlich im Zuge einer bilateralen Zusammenarbeit, durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument, den Europäischen Entwicklungsfonds und die Europäische Investitionsbank."[26] Die Nigeria-Reise der EU-Kommissare Piebalgs und Michel im September 2008 diente explizit dem Zweck, „das Projekt voranzutreiben."[27]

Auch in Deutschland wurden die Zeichen der Zeit erkannt: „Im Rennen um Rohstoffe in Afrika darf Deutschland nicht im Abseits stehen, hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier diese Woche in Berlin gewarnt. Nun schmiedet die Bundesrepublik eine Energiepartnerschaft mit Nigeria. ‚Andere haben die Investitionsbedingungen erkannt und sind dabei, sich politische Einflusssphären zu schaffen', mahnte der SPD-Politiker auf der diesjährigen Botschafterkonferenz. In Nigeria immerhin versuchen die Deutschen, mit der Konkurrenz aus Asien und Russland mitzuhalten. Berlin schmiedet derzeit eine Energiepartnerschaft mit dem westafrikanischen Land, die in Afrika ihresgleichen sucht. Im Gegenzug für technologische Unterstützung habe Nigeria ‚uns zugesagt, Zugang zu Gasvorkommen zu verschaffen', pries Steinmeier das Projekt."[28]

Konkurrenz zu Russland

Kaum ein Hehl wird daraus gemacht, dass dieses Pipeline-Projekt darauf abzielt, Russlands energiepolitische Position zu schwächen, nicht umsonst wird sie in manchen Medien als „afrikanische Nabucco" bezeichnet.[29] Doch überall wo die EU wildert, ist Russland derzeit nicht weit entfernt. „Der neueste Schauplatz im Kampf um Energiequellen liegt in Nigeria. Die EU und Russland wetteifern um das Recht, eine Gaspipeline durch die Sahara zu bauen", titelte Ende 2008 die Neue Züricher Zeitung.[30] Das Nachrichtenportal Euractiv überschrieb einen Artikel ganz ähnlich mit den Worten „EU und Russland reißen sich um nigerianisches Gas." Weiter heißt es dann: „Die parallelen Schachzüge Brüssels und Moskaus illustrieren den Wettlauf um Rohstoffe."[31]

Selbst der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages betont in einem Gutachten die geopolitische Konfliktkonstellation, vor deren Hintergrund die Sahara-Pipeline gebaut werden soll: „Die EU steht mit ihren Bemühungen um eine Erschließung der nigerianischen Gasvorkommen in Konkurrenz zum russischen Monopolisten Gazprom. Wenige Wochen vor dem Besuch der EU-Kommissare in Lagos schloss Gazprom sowohl mit Nigeria als auch mit Algerien Abkommen zur Exploration ihrer Gasvorkommen und zur Beteiligung an der Transsahara-Pipeline ab. Damit unterläuft Gazprom, wie in der jüngeren Vergangenheit schon häufiger, die Versuche der EU, unabhängiger von russischen Energielieferungen zu werden."[32]

Mit dieser Absichtserklärung scheint Russland die Europäische Union einmal mehr im Pipeline-Poker ausgestochen zu haben. „Gazprom – Europas Alptraum" titelte im September 2008 die russische Zeitung „Gaseta": „Gestern hat der russische Gasmonopolist ein Verständigungs-Memorandum mit der Nigerian National Petroleum Corporation (NNPCA) unterzeichnet und somit die energiewirtschaftliche Schlinge um Europas Hals noch fester zugezogen. [...] Nach dem gestrigen Memorandum mit der NNPCA zweifeln Experten nicht mehr daran, dass der Bau der Trans-Sahara ohne Gazprom kaum erfolgen könnte."[33]

Militarisierung der Region

Ein weiterer bislang kaum thematisierter Aspekt des TSG-Projektes stellt dessen Absicherung dar. „Im Nigerdelta um Port Harcourt machen Aufständische die Ölförderung unsicher; sie haben bereits damit gedroht, eine allfällige Trans-Sahara-Pipeline in die Luft zu sprengen. In Niger kämpfen Tuareg-Rebellen, in Algerien Islamisten gegen die Regierungen."[34] Nicht nur Infrastruktur in Nigeria selbst, der gesamte Streckenverlauf soll „beschützt" werden: „Die lange Strecke durch politisch instabile Regionen wie das nigerianische Niger-Delta, der wichtigsten Fördergegend auch für Gas, oder den Norden des Niger müsste gesichert werden."[35] Was dies bedeutet, erläutert Susanne Nies vom French Institute of International Relations: „Das wäre dasselbe, wie eine Pipeline durch Afghanistan zu bauen – sie würde permanent bombardiert und angegriffen werden. [...] Man müsste die gesamte Pipeline militarisieren und eine Pipeline erfordert ein 20 bis 30jähriges Engagement."[36]

Solche Überlegungen sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass Afrika immer stärker in den Fokus der EU-Militärpolitik gerät, schließlich betrachtet nicht zuletzt der EU-Außenbeauftragte Javier Solana den Schutz sog. „kritischer Infrastruktur" als eine militärische Aufgabe: „Im Bereich der Krisenreaktion [...] müssen wir mehr tun, um zu gemeinsamen Risiko- und Bedrohungseinschätzungen zu gelangen. Damit zusammen hängt die Frage der physischen Absicherung – Raffinerien, Terminals, Pipelines, etc."[37]

Afrika: Schauplatz im Neuen Kalten Krieg

Afrika droht wieder verstärkt Austragungsort von Großmachtkonflikten zu werden. China liefert sich bereits im Sudan eine Art Stellvertreterkrieg mit den USA und der Europäischen Union. Nun kommt auch noch Russland, das ebenfalls nicht gerade für seinen rücksichtsvollen Umgang mit schwächeren Staaten bekannt ist, als Akteur hinzu: „Was sich jetzt in Afrika abspielt, ist in jeder Beziehung ein Neuer Kalter Krieg um Energie. Jetzt ist auch Russland als Mitspieler in diesem dreidimensionalen Wettlauf um Ressourcen auf den Plan getreten."[38]

Gas-OPEC und Energie-NATO

Aufgrund der beschriebenen erfolgreichen russischen Maßnahmen, die EU-Diversifikationsstrategie im Pipelinebereich zu durchkreuzen, versucht Brüssel auf anderem Wege an neue Gasquellen zu gelangen. Das Hauptproblem der EU ist, dass

es augenblicklich nicht möglich ist, flexibel und kurzfristig auf Lieferengpässe zu reagieren, sollte ein Land die viel beschworene „Energiewaffe“ einsetzen. Denn weil Gas bislang nahezu ausschließlich über langfristige Verträge und via Pipelines bezogen werden kann, stellt es derzeit – noch – keine globale Handelsware wie Öl dar, die aus jedem Winkel der Welt gekauft werden könnte. In den vergangenen Jahren ist die Produktion von Flüssiggas, bei der der Stoff aufwendig heruntergekühlt und damit verschiffbar gemacht wird, jedoch effizienter, die Herstellung der für den Transport notwendigen Tanker um die Hälfte günstiger geworden. Die EU setzt deshalb massiv auf den Ausbau dieses Bereiches, womit mittelfristig ein globaler Gasmarkt entstehen dürfte.

Doch auch diese Entwicklung macht sich Russland zunutze. Ohne globalen Gasmarkt machte bislang ein OPEC-ähnliches Kartell, mit dem Angebot und Nachfrage und damit der Preis bestimmt werden kann, ebenso wenig Sinn wie ein Zusammenschluss, um die eigenen Gasressourcen als machtpolitischen Hebel zu verwenden. Mit dem Ausbau des Flüssiggasbereiches ändert sich diese Konstellation jedoch grundlegend. Schon als sich Russland erstmals positiv zu Überlegungen zur Gründung einer Gas-OPEC äußerte, löste dies deshalb hysterische Reaktionen in den westlichen Hauptstädten aus.

Bereits im November 2006 warnte der NATO-Wirtschaftsausschuss in einer an sämtliche Mitglieder verschickten Studie, Russland strebe ein Gaskartell mit dem Ziel an, seine Ressourcen als machtpolitischen Hebel zu verwenden. Am Ende desselben Monats ging US-Senator Richard Lugar, einer der führenden NATO-Strategen, buchstäblich in die Offensive. Am Rande des NATO-Gipfels in Riga kritisierte er Moskau für seine Versuche, Öl als „Waffe“ gegen den Westen einzusetzen und schlug die Bildung einer „Energie-NATO“ vor. Kernidee dabei ist es, dass die NATO künftig eine Unterbrechung der Öl- und Gaszufuhr wie einen militärischen Angriff behandeln soll (siehe AUSDRUCK Juni 2007).

Anfang 2008 veröffentlichten fünf hohe NATO-Generäle ein Grundlagenpapier, das explizit als Forderungskatalog für die anstehende Aktualisierung des Strategischen Konzeptes der NATO in die Debatte eingespeist wurde: „Es wird eine zunehmende globale Konkurrenz um knappe Ressourcen geben, auf alle Fälle wird dies für fossile Brennstoffe zutreffen, was die Möglichkeiten für die Versorger anwachsen lässt, ihre Stellung und ihren Hebel zu missbrauchen. […] Die Abhängigkeit von Öl und Gas ist eine Verwundbarkeit, die manche Regierungen versuchen werden auszunutzen – die Gazprom-Krise hat unter Beweis gestellt, wie einfach die Nachfrage manipuliert werden kann. Die Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) ist ein Mechanismus – und wird es wohl auch bleiben –, um die Ölpreise künstlich hoch zu halten und jüngst haben Russland und die Vereinigten arabischen Emirate die Möglichkeiten zur Bildung einer Gas-OPEC untersucht. […] Aus diesem Grund könnte es überlegenswert sein, in Betracht zu ziehen, die NATO als ein Instrument zur Energiesicherung zu verwenden.“[39]

Pressekonferenz der SCO Peace Mission 2007 mit Vertretern der beteiligten Streitkräfte, Bild: Russisches Verteidigungsminsterium

Mitte 2008 erneuerte Richard Lugar, der zwischenzeitlich als Obamas Verteidigungsminister im Gespräch war, bei einer Senatsanhörung seine Vorschläge zur Gründung einer Energie-NATO und setzte sich vehement für den Bau der Nabucco-Pipeline ein.[40] Bei derselben Anhörung lobte der neue US-Vizepräsident Joseph Biden ausdrücklich Lugars energiepolitische Arbeit und betonte die Bedeutung der Auseinandersetzungen in der kaspischen Region: „Es geht um viel, um hunderte von Milliarden Dollar Öl und Infrastruktur, den Wiederaufstieg Russlands und die Energiesicherheit Europas. [...] Die Russen lieben Schach. Unsere strategische Antwort auf dem Schachbrett Zentralasiens muss es sein, eine Präsenz auf den Teilen des Bretts zu etablieren, die sie noch nicht kontrollieren. Das bedeutet neue Pipelines zu verlegen, die Alternativen [...] zum russischen Monopol eröffnen.“[41]

Russland ließ sich von diesem Säbelrasseln jedoch nicht beirren, am 23. Dezember 2008 fand der Gründungsgipfel von 16 gasexportierenden Ländern in Moskau statt, die Gas-OPEC ist damit Realität geworden.[42] Manche Experten bezweifeln zwar die Durchschlagskraft dieses Kartells[43], aber allein schon die westlichen Reaktionen zeigen deutlich, wie ernst dieser Versuch genommen wird. So warnte David Clark, ein ehemaliger Berater des britischen Außenministeriums: „Dabei handelt es sich um einen eindeutigen Versuch Russlands und anderer Staaten, ihren Einfluss zu vergrößern und Energie als geopolitische Waffe zu verwenden.“[44] Etwas weniger brachial, aber dennoch deutlich war auch die Kritik vonseiten der EU-Kommission: „Die Kommission ist grundsätzlich gegen Kartelle zum Verkauf und Marketing von Produkten und Kohlenwasserstoffe machen da keine Ausnahme“, so Ferrán Tarradellas Espuny, Energiesprecher der Kommission. „Wir glauben, die besten Bedingungen für den Verkauf eines Produktes wie Gas sind freie und transparente Märkte.“[45]

SCO und die Konturen des Neuen Kalten Krieges

In Russland reagiert man auf die westlichen Versuche, die Energiefrage zu militarisieren, äußerst empfindlich. „In letzter Zeit haben neue Mitglieder der Allianz vorgeschlagen, eine ‚Energie-NATO‘ zu gründen, ein Vorschlag, der in Washington auf enthusiastische Unterstützung traf. [...] Angesichts dieser Entwicklungen kann sich Russland nicht mehr länger auf die allgemeinen Versicherungen freundlicher Absichten des Blocks verlassen.“[46] Moskau reagierte hierauf, indem es die lange vor sich hindämmernde Shanghai Cooperation Organization (SCO), ein Bündnis mit China und vier zentralasiatischen Staaten, stärkte.

Schon heute stellt die SCO einen überaus potenten Machtblock dar, dessen sechs Mitglieder 25% der Weltbevölkerung, 8% der Öl- und 31% der Gasvorkommen auf sich vereinen. Während dabei den USA der

beantragte Beobachterstatus verwehrt wird, wurde dieser neben der Mongolei (2004) im Jahr 2005 Pakistan, Indien und ausgerechnet dem Iran eingeräumt. Im Oktober 2008 kündigte Wladimir Putin darüber hinaus an, dass die Zusammenarbeit mit den Beobachterstaaten deutlich intensiviert und sie sukzessive in sämtliche SCO-Aktivitäten eingebunden werden sollen.[47] Dies könnte eine Vorstufe zu einer Vollmitgliedschaft darstellen, um die der Iran bereits ersucht hat. Sollte dies eintreffen, so würden die Mitgliedsstaaten über 18% der weltweiten Öl- und 37% der Gasvorräte verfügen.[48] Darüber hinaus wurde auf russische Initiative bereits im August 2007 ein „SCO-Energieclub" eingerichtet, in dem im Rahmen des Bündnisses auch rohstoffrelevante Fragen diskutiert werden.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch Pressemitteilungen, die angeben, die OPEC suche „den Schulterschluss mit den Nicht-Opec-Anbietern, um den Fall der Ölpreise zu stoppen. Opec-Präsident Chakib Khelil hat die Ölförderländer außerhalb seiner Organisation aufgefordert, sich an Produktionskürzungen zu beteiligen."[49] Umgekehrt scheint sich auch Russland, das bislang einen solchen Schritt immer kategorisch abgelehnt hatte, künftig an die OPEC-Mengenbegrenzungen halten zu wollen: „Das russische Energieministerium plant die Einführung von ‚inneren Quoten', die die Erdölförderung in Russland regeln sollen. Dies würde zwangsläufig zur Begrenzung des Erdölexports und zur Stärkung von staatlich kontrollierten Ölunternehmen führen. Marktteilnehmer sind der Auffassung, Moskau könne alsbald vollwertiges OPEC-Mitglied werden."[50] Ganz deutlich äußerte sich der russische Präsident Dmitri Medwedew über einen möglichen OPEC-Beitritt Ende 2008: „Wir sind dazu bereit, wir müssen uns und unsere Einkommensbasis verteidigen."[51]

So zeichnen sich derzeit gravierende Veränderungen innerhalb des internationalen Mächtegefüges ab. Insbesondere nach den heftigen Konflikten mit dem Westen im Kontext des russisch-georgischen Krieges im Sommer 2008 mehren sich in Russland die Stimmen, die dafür plädieren, die SCO als anti-westlichen Gegenblock massiv auszubauen. So äußert sich etwa der Chef der Fernostabteilung der russischen Akademie der Wissenschaften, Anatoly Bolyatko, folgendermaßen: „Die SCO sollte möglicherweise damit beginnen, eine neue Rolle sowohl im als auch außerhalb des Kaukasus zu spielen. Was wir gegenwärtig beobachten, ist eine konkrete Krise der Vorstellung von einer unipolaren Weltordnung [...]. Ich bin der Ansicht, dass Organisationen wie die SCO und BRIC, die Russland mit Brasilien, Indien und China vereinigt, eine wichtigere Rolle spielen sollten. Viele Menschen haben bereits den Bedarf realisiert, dass die SCO und andere internationale Organisationen damit beginnen, sich stärker darauf zu konzentrieren, globale Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten." Im Anschluss an diese Sätze warb Bolyatko dafür, Länder wie Indien, Pakistan und den Iran in die SCO aufzunehmen.[52]

Bereits im Sommer 2007 fand im Rahmen der SCO das erste Militärmanöver („Peace Mission 2007") aller sechs Mitgliedsstaaten statt, an dem 6.500 Soldaten teilnahmen. Innerhalb des US-Militärs wird diese Übung als ein alarmierender Schritt gewertet, dass sich die SCO rasant in Richtung eines voll ausgewachsenen Militärbündnisses entwickelt.[53] Tatsächlich wird die SCO in russischen Zeitungen teils offen als „Anti-NATO" und „Warschauer Pakt II" bezeichnet.[54] Solche Aussagen werden in westlichen Sicherheitskreisen sehr ernst genommen, wo teils scharf vor dem neuen Militärblock gewarnt wird: „Das Jahr 2001 hätte ein Augenöffner sein können, aber der Westen, zu traumatisiert von den islamistischen Angriffen auf Amerika, versäumte es, eine ähnlich bedeutsame wenn auch weniger spektakuläre Entwicklung zu bemerken: […] Es dauerte fünf weitere Jahre, bis westliche Außenpolitikexperten realisierten, dass die sich herausbildende Shanghai Cooperation Organization de facto eine OPEC mit Bomben ist, die das Potenzial hat, sich mit der Zeit zu einer ‚NATO des Ostens' zu entwickeln."[55]

Ausstieg aus der Eskalationsspirale

Der Aufstieg Russlands (und Chinas) ist unvermeidlich, die Vorherrschaft des Westens und ihres militärischen Durchsetzungsorgans, der NATO, steht fundamental in Frage: „Zwar basiert die Weltordnung des beginnen - den 21. Jahrhunderts weiterhin auf der Sicherheitsarchitektur der Transatlantischen Gemeinschaft und ihrem soliden Verteidigungsinstrument, der NATO. [...] Am fernen Horizont sind die Konturen einer neuen Weltordnung mit ihren Begriffen wie BRIC (inoffizielle Bezeichnung der am schnellsten wachsenden Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China), Schanghai Organisation für Zusammenarbeit und der Gas OPEC zu erkennen."[56]

Wird der Westen bereit sein, Macht und Einfluss abzugeben oder (militärisch) auf seiner Vorherrschaft beharren? In Russland jedenfalls stellt man sich inzwischen auf heftige Konflikte ein. Die Einschätzung herrscht vor, der Westen wolle einen Wiederaufstieg Russlands unter allen Umständen verhindern.[57] Auch von Obama scheint man diesbezüglich keine substanzielle Verbesserung zu erwarten. Leonid Ivashov, ehemaliger russischer Generalstabschef, schreibt hierzu: „Die globale US-Führerschaft und die Förderung amerikanischer Interessen waren schon immer die Prioritäten der politischen Elite der Vereinigten Staaten. [...] Kein US-Präsident wird die US-Strategie je ändern, noch würde ihm dies durch die finanziellen Schattenorganisationen erlaubt werden. Es ist diese Allianz aus Obama und dem globalen Finanzwesen (global finances), die bei den Wahlen am 4. November triumphierte. Gegenwärtig ist es eine Priorität dieser Allianz, den Aufstieg der Vereinigten Staaten zur globalen Vorherrschaft fortzusetzen, während dieser Kurs im Namen einer neuen US-Politik angekündigt werden wird."[58]

Der Vorschlag Dmitri Medwedews, eine „alternative Sicherheitsarchitektur" zu schaffen, die im Gegensatz zur NATO auch Russland einbindet, verhallte bislang ungehört. Auch der neue US-Präsident Barack Obama scheint davon nichts wissen zu wollen. Schlimmer noch: mit Michael McFaul ernannte er einen ausgewiesenen Russland-Hardliner zum Leiter des Arbeitsgebietes Russland im Nationalen Sicherheitsrat. Somit deutet wenig darauf hin, dass es unter Obama zu einem dringend erforderlichen Kurswechsel kommen wird, vielmehr läuft auch er Gefahr, den Neuen Kalten Krieg zu einer self-fullfilling prophecy zu machen.

Anmerkungen

[1]Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008, S. 7.

[2] Trenin, Dimitri: Energy geopolitics in Russia-EU relations, in: Pipelines, Politics and Power: The future of EU-Russia energy relations, Centre for European Reform, October 2008, S. 15-24, S. 15.

[3] Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Energiesicherheit 2050. Eine ressortübergreifende Herausforderung, Berlin, Juni 2008. Hervorhebung JW.

[4] America's Army: The Strength of the Nation, The Army Modernization Strategy 2008, S. 5f.

[5] Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament: Eine Energiepolitik für Europa, Brüssel, den 10.1.2007 KOM(2007) 1 endgültig.

[6] Rahr, Alexander: Putin nach Putin – das kapitalistische Russland am Beginn einer neuen Weltordnung, Tübingen 2008, S. 29f.

[7] Friedl, Dieter: Ein Bypass für die Gasversorgung, Wiener Zeitung, 28.01.2009.

[8] Seiser, Michaela: Projekt „Nabucco" für Europa, faz.net, 18.01.2009.

[9] Aartsen, Jozias: Why energy must be the core of EU security thinking, Europesworld, 18.02.2008.

[10] EU emanzipiert sich von russischem Gas, Die

Presse, 14.04.2008.
[11] Nothegger, Barbara: Europas lange Leitung, Die Zeit, 2/2008.
[12] Georgian Conflict Obliges Export Route Reality Check, Excerpt from Caspian Investor by Dr. Kent Moors, Contributing, 21.08.2008, URL: http://tinyurl.com/ckvugn (02.02.2008). Siehe auch Georgia crisis could thwart EU project to bypass Russia for natural gas, International Herald Tribune,28.08.2008.
[13] US-Wahlkampf: Palin sieht in Russlands Energiepolitik Bedrohung für USA und Europa, RIA Novosti, 30.10.2008.
[14] Europolitics, 16.09.2008.
[15] Pany, Thomas: Europas Abhängigkeit von Russland, Telepolis, 13.11.2008.
[16] Gaskrise sorgt für neuerliche Zweifel an Nabucco-Pipeline der EU, euractiv, 20.01.2009.
[17] Glos will Einhaltung der Erdgas-Lieferversprechen, faz.net, 27.01.2009.
[18] EU will Pipeline-Projekt Nabucco vorantreiben, yahoo Nachrichten, 27.01.2009.
[19] Schraven, David: EU will Bau der Nabucco-Pipeline beschleunigen, Die Welt Online, 27.01.2009.
[20] Green, Mathew: Brussels takes on Gazprom in Nigeria, Financial Times, 17.09.2008.
[21] Pop, Valentina: EU to help Africa expand energy sector, Euobserver, 09.09.2008.
[22] EU und Afrika: Ehrgeizige Energiepartnerschaft eingeleitet, euractiv, 09.09.2008.
[23] Schneider, Jörg/Pohl, Marionka: Eine Gaspipeline von Nigeria bis zum Mittelmeer? Überlegungen in der Europäischen Kommission zum Bau einer Pipeline durch die Sahara, Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, Nr. 30/08, 03.12.2008, S. 1.
[24] Ebd.
[25] Trans-Sahara Gas Pipeline conference: future possibilities for diversification of EU energy supply, Europaworld, 13.07.2007.
[26] Zweite Überprüfung der Energiestrategie, KOM(2008) 781 endgültig, Brüssel, den 13.11.2008, S. 11.
[27] Schneider/Pohl 2008, S. 2.
[28] Zapf, Marina: Deutsche hoffen auf Nigerias Gas, Financial Times, 11.09.2008.
[29] EU und Afrika: Ehrgeizige Energiepartnerschaft eingeleitet, euractiv, 09.09.2008.
[30] Green, Mathew: Die EU will an Nigerias Erdgas, Neue Züricher Zeitung, 21.09.2008.
[31] EU und Russland reißen sich um nigerianisches Gas, euractiv, 18.09.2008.
[32] Schneider/Pohl 2008, S. 2.
[33] Gazprom - Europas Albtraum - „Gaseta", RIA Novost, 04.09.2008.
[34] Green 2008.
[35] Claasen, Heimo: Wettlauf um afrikanisches Gas, welt-sichten 10-2008.
[36] EU seeks best of bad options for energy security, Reuters, 17.09.2008.
[37] Javier Solana, EU High Representative for the Common Foreign and Security Policy, Address at the Conference Towards an EU External Energy Policy, S324/06, Brüssel, 20. November 2006.
[38] Engdahl, William F.: »Gazprom« und der Neue Kalte Krieg um die afrikanischen Bodenschätze, 16.01.2008, URL: http://tinyurl.com/bzlsxm (02.02.2008).
[39] Naumann, Klaus u.a.: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, Januar 2008, URL: http://tinyurl.com/5bujl9 (02.02.2009), S. 47f.
[40] U.S. Senate Committee on Foreign Relations, Senator Richard G. Lugar Opening Statement for Hearing on Oil, Oligarchs and Opportunity: Energy from Central Asia to Europe, 12.06.2008, URL: http://tinyurl.com/df7tg8 (02.02.2009)
[41] BIDEN: We Need to Confront Russia's Oil Dominance with Aggressive, 12.06.2008, URL: http://tinyurl.com/crjhol (02.02.2009). Vgl. auch Hantke, Martin: Imperiale Geopolitik: Ukraine, Georgien und der Neue Kalte Krieg zwischen der NATO und Russland, in: DFG-VK/IMI (Hg.): Kein Frieden mit der NATO, Tübingen 2009, S. 52-56.
[42] Blick in die Röhre, ntv, 06.01.2009.
[43] Vgl. etwa Götz, Roland: Pipeline-Popanz. Irrtümer der europäischen Energiedebatte, in: Osteuropa 1/2009.
[44] European exports help Gazprom profits soar by 30%, Guardian, 23.10.2008.
[45] Hotten, Russel: Gas producers plan Opec-style cartel, The Telegraph, 22.10.2008.
[46] Kokeyev, Mikhail: Russia-NATO Relations: Between the Past and the Future, in: Russia in Global Affairs, April/Juni 2007.
[47] Putin promotes SCO at international summit, Moscow News, 30.10.2008.
[48] Pham, Peter: NATO's New Rival, National Interest Online, 19.08.2008.
[49] Palm, Regine/Wiede, Thomas: Russland und Opec nähern sich an, Handelsblatt, 21.10.2008.
[50] Gründet Russland Gas-Kartell für OPEC-Beitritt? RIA Novosti, 23.10.2008.
[51] Russland kann in OPEC eintreten, Ölförderung drosseln, Russland Aktuell, 12.12.2008.
[52] Korotun, Lada: Russia-China: SCO Military Alliance Challenges US-NATO Unipolar World, Globalresearch.ca, 07.09.2008.
[53] Nerlich, Uwe: Energy Security or a New Globalization of Conflicts? Oil and Gas in Evolving New Power Structures, in: Strategic Insights, Volume VII, Issue 1 (February 2008).
[54] Blomfield, Adrian: Putin praises strength of 'Warsaw Pact 2', London Telegraph, 17.08.2007.
[55] Dillon, Dana: The Civilian Side Of the War on Terror, Policy Review, October/November 2007.
[56] Rahr 2008, S. 10f.
[57] Karaganov, Sergei: A New Epoch of Confrontation, Russia in Global Affairs, Oktober/Dezember 2007.
[58] Ivashov, Leonid: Obama to Move Into the White House: Do Changes Await the US Geopolitics? Strategic Culture Foundation, 09.11.2008, URL: http://en.fondsk.ru/article.php?id=1724 (02.02.2009).

Wir brauchen keine effizientere Rüstungsindustrie!

Die vom Europäischen Parlament verabschiedete Richtlinie zur Vergabe öffentlicher Aufträge im Verteidigungs- und Sicherheitssektor ist Teil des defence pakkage, der Kontext ist – ich zitiere: „Die Strategie für eine stärkere und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie".

Oberste Leitlinie ist der freie Markt, wie bei so vielem, auch für Rüstungsgüter, also für Waffen, und Waffen sind zum Töten und Kriegführen da. Ziel der Richtlinie ist es, größere Effizienz und Konkurrenzfähigkeit der Rüstungsindustrie in der EU zu schaffen. Kollege Swoboda hat bei der letzten Debatte Klartext geredet. Er sagte, es bedürfe besserer Startbedingungen für die europäische Rüstungsindustrie angesichts der Konkurrenz, insbesondere aus den Vereinigten Staaten.

2005 sind die EU-Staaten zusammen erstmals weltweit zum Rüstungsexporteur Nr. 1 geworden. 70 % dieser Exporte werden von den großen vier – Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien – durchgeführt. Hauptimporteurstaaten sind Staaten des Nahen Ostens. Unsere Sorge sollte nicht eine effizientere Rüstungsindustrie sein, sondern Abrüstung, und dazu gibt es anders als zur Effizienz der Rüstungsindustrie keine Richtlinie. Es ist schon sehr klar, worum es hier eigentlich geht.

Tobias Pflüger

Europäisches Spitzenprodukt für den Export

Beijinger Täubchen

Beijing rüstet sich für die Absicherung der Macht - Harmonische Weltsicht auch nach Innen?

von Andreas Seifert

Weißbücher verschweigen traditionell mehr als sie offenbaren und das chinesische Weißbuch macht hier keine Ausnahme. Dabei ist es weniger die übliche Undurchsichtigkeit der Zahlenbezüge und das Fehlen einer Aufstellung über die tatsächlichen Truppenstärken noch ist es das wiederholt eingefügte Attribut der „informationization", mit dem man zukünftige Cyberwars zu antizipieren scheint. Vielmehr fällt auf, dass man bei lauter ausgesprochenem Friedenswillen und dem Ziel einer „harmonischen Welt" leicht übersieht, dass es hier immer noch um eine schlagkräftige Armee und ihren möglichen Einsatz geht.

In vielen Punkten ist das am 20.1.2009 vorgestellte Weißbuch 2008 中国国防白皮书[1] eine Fortschreibung vergangener Editionen und so gilt vieles in der bisher geäußerten Kritik auch für die neue Edition. Es gibt aber auch interessante Neuerungen, die in gewisser Weise ein Licht auf eine neue Interpretation der Welt durch die militärische Führung in China werfen. Auffälligstes Element ist dabei die neue Sicht auf die Absicherung der Entwicklung, die stärker nach Innen zu schützen ist, als nach Außen. Das Weißbuch schreibt eine Umgestaltung des Gewaltmonopols zugunsten zentraler Institutionen fort und legt damit die Grundlage dafür, dass die politische Führung bei inneren Konflikten handlungsfähig bleibt:

- (bewaffnete) Macht wird von den Regionen in die Zentren zurückverlagert,
- Ressourcen werden in den Städten konzentriert und ländliche Gebiete zusehends abgehängt,
- das Militär wird auf „Kernaufgaben" konzentriert und andere Funktionen zu Polizeiaufgaben erklärt und auf andere Institutionen übertragen.

Zahlenspiele - Truppenstärke

Chinas Militäretat ist für die Außenwelt bisher ein kleines Rätsel geblieben - daran ändert auch das neue Weißbuch nicht viel. Das us-amerikanische Verteidigungsministerium geht nach alter Gewohnheit von einem mindestens doppelt so hohen Budget aus[2], womit China zumindest zu Großbritannien aufschließen würde. Anstelle von brauchbaren Zahlen wird der chinesische Etat in verschiedene Relationen gesetzt, die ihn als Anteil am Bruttosozialprodukt, als pro-(Soldaten-)Kopf-Ausgabe gemessen an der Truppenstärke oder gar als Anteil am Staatshaushalt ausweisen (siehe Grafik). Diese Form der Darstellung macht aus chinesischer Sicht durchaus Sinn, denn China kann so bei einem Vergleich mit anderen Ländern nur ein besseres Bild abgeben - die Ausgaben an sich sind damit allerdings noch nicht gerechtfertig. Am tragfähigsten ist dabei der Vergleich von Ausgaben für Verteidigung gemessen am Bruttosozialprodukt - so wandern nach chinesischen Angaben in den USA 4,5% der Wirtschaftsleistung in die Bewaffnung, in Großbritannien noch 2,7% aber in China nur 1,38%. Die chinesische Regierung rechnet dabei allein die staatlichen Ausgaben als Anteil im Staatshaushalt und übergeht dabei großzügig die lokalen Ausgaben (nicht wenige Garnisonen erhalten z.B. Wasser und Strom umsonst von der Kommune, in der sie stationiert sind). Auch vorhandene Querfinanzierungen über Subventionen für bestimmte Unternehmen oder sogar für die Armee direkt, wenn sie sich denn an anderen als militärischen Programmen beteiligt (z.B. Aufforstung, Bereitstellung von medizinischen Dienstleistungen, etc.), werden nicht berücksichtigt. Überdies offenbart der Vergleich mit dem Weißbuch von 2006[3] einen anderen Punkt, der die Validität der Zahlen mehr als in Frage stellt: so war im Weißbuch von 2006 die Rede davon, dass „die Bewaffnete Polizei ein unabhängiges Budget innerhalb des Staatshaushaltes hat".[4]

Die Bewaffnete Polizei 武装警察部队, von der weiter unten noch die Rede sein wird, ist Teil der „Bewaffneten Kräfte der Volksrepublik China" und untersteht dem Staatsrat und der Zentralen Militärkommission - sie ist damit Teil der chinesischen Armee. Im Weißbuch von 2006 blieb bereits unklar, inwieweit die Ausgaben der PAP (People's Armed Police Force) in das Verteidigungsbudget eingerechnet wurden, oder ob überhaupt. Für 2008 verwischt dies endgültig, da nicht einmal der Verweis auf die separate Budgetierung angebracht wurde - ein durchaus interessanter Punkt, da das Aufgabenspektrum der PAP deutlich erweitert wurde und es nicht um eine kleine Truppe geht, sondern um mehr als 660.000 Mann.[5] Letztlich ist anzunehmen, dass das Budget der PAP nicht im angegebenen Gesamtetat enthalten ist und sich so Aufgabenverschiebungen „erleichternd" auf das Budget der PLA auswirken.

Spannender aber als die totalen Zahlen sind die Anteile für verschiedene Arten von Ausgaben, die eine Änderung verdeutlichen. Aufgeteilt in „Ausrüstung", „Personal" und „Training und Pflege der Einrichtungen" werden nur drei Positionen benannt (siehe Tabelle).

Die „leichte Verschiebung" von „Ausrüstung" zu „Training" ist eine in der Strategie angelegte Tendenz und kein Zufall. Personalabbau in der Armee ist auch in China ein Thema - diese Budgetverschiebung ist ein Anzeichen dafür, dass die Umstrukturierung der PLA 中国解放军 (People's Liberation Army) im Gang ist: weg von der Massenarmee hin zu einer technisierten kleineren Truppe, die speziellere Aufgaben auf einem Schlachtfeld wahrnehmen kann. Dazu gehören mehrere Elemente, wie die Reduktion der Gesamttruppe, aber besonders des Offizierkorps und die Aufstockung von Zeitsoldaten. Bisher teilen sich die bewaffneten Kräfte der VR ungefähr jeweils in ein Drittel Wehrpflichtige, Zeitsoldaten und Berufssoldaten. Mit der Reduktion des Wehrdienstes auf 2 Jahre durch alle Waffengattungen 1999 stellte sich für die Marine, wie für die Luftwaffe, aber auch für die technisierte 2. Artillerie (strategische Interkontinentalwaffen/Raketen) das Problem ein, nicht genügend qualifiziertes Personal zu haben, da Wehrpflichtige kaum „Einsatzreife" erlangen.

Dass die PLA versucht, als Arbeitgeber attraktiver zu werden, erkennt man genau an diesen Ausgaben für Personal und Training, in denen alle damit zusammenhängenden Kosten verbucht werden. Die Zielgröße für die Umgestaltung ist eine Erhöhung des Anteils der Zeitsoldaten und eine Reduktion der anderen Bereiche. Sollte China eine weitere[6] signifikante Reduktion der Truppenstärke erreichen, wird sich auch das Verhältnis der Ausgaben zueinander verändern und technische Neuerungen kostentreibend auf das Budget durchschlagen.

Mit Bezug zur Rekrutierung von hochqualifiziertem Personal enthält das neue Weißbuch interessante Verweise. So sind knapp 1000 Mittelschulen[7] ausgewählt worden, von denen man zu einem möglichst frühen Zeitpunkt bevorzugt Kandidaten für Offizierslaufbahnen auswählt und ihnen ein Studium ermöglicht. Des Weiteren werden die Programme für Zeitsoldaten, die erst

	2005*	Anteil %	2007*	Anteil %
Ausrüstung	**83.654**	33,8	**114.434**	32,19
Personal	**83.159**	33,6	**120.015**	33,76
Training, Maintenance	**80.683**	32,6	**121.042**	34,05
Summe	**247.496**		**355.491**	

**alle Angaben in Millionen Yuan (1 Yuan ca. 0,1 Euro)*

ein Studium absolvieren bevor sie in den aktiven Dienst treten, weiter ausgebaut. China schließt sich hier internationalen Trends an, reduziert damit aber nach Innen das Image der PLA als „Armee des Volkes". Strukturschwache Gebiete, in denen nur bedingt eine höhere Schulbildung möglich ist, werden so dauerhaft von Karrieren in der Armee ausgeschlossen. Die Armee, bisher gerade in solchen Gebieten als Institution zur „Ausbildung" angesehen, vertieft damit die Kluft zwischen Stadt und Land, indem sie Zeitsoldaten aus Städten vorzieht (vorziehen muss, will sie die Technisierung der Truppe vorantreiben) und nur noch wenige qualifizierte Kandidaten aus ländlichen Regionen (als Wehrdienstleistende) einzieht.

Als „Armee des Volkes" griff die PLA bis 1983 allein auf die Miliz 民兵 als Reserve zurück. Die Miliz wird von der Armee organisiert, ausgerüstet und trainiert und ist in Kriegsfällen direkt den Kommandostrukturen der Armee unterstellt - ansonsten hat auch die (lokale) Parteizelle Zugriff auf Einheiten der Miliz. Die Miliz war lange Zeit vor allem ein ländliches Phänomen und umfasst heute 110 Millionen registrierte Mitglieder, von denen eine Truppe von 10 Millionen als ausgebildete Kerntruppe begriffen werden kann. Die Miliz wurde bisher vor allem für Großvorhaben, Katastropheneinsätze, aber auch in kleineren lokalen Konflikten eingesetzt. In staatlichen Betrieben sind Milizangehörige für Trainingszwecke freizustellen. Auch hier sind in den letzten Jahren Veränderungen bemerkbar, die sich nun im Weißbuch niederschlagen: die Milizstärke wird reduziert (um 2 Millionen auf dann 8 Millionen im Jahr 2010) und Milizeinheiten werden vor allem in Bereichen gebildet und trainiert, wo sie ergänzend zu den militärischen Anforderungen an die PLA sinnvoll erscheinen und das sind technisch spezialisierte Einheiten in den Städten.[8] Diese Bewegung an sich entfernt die Miliz weiter von ländlichen Regionen und kommt einer „Entwaffnung" der Landbevölkerung gleich.

Im Gegenzug wird die Reserve 预备役部队 der PLA als eigenständige Truppe weiter ausgebaut. Erst 1983 überhaupt eingerichtet ermöglicht sie es der PLA auf qualifiziertes Personal zurückzugreifen, was das Einsatzspektrum der Armee erweitert. Die Aufstellung einer regulären Reserve bedeutet aber in erster Linie die Entkoppelung von lokalen Machtstrukturen und eine „Re-Zentralisierung" der bewaffneten Kämpfe, da die Reserve immer und ausschließlich den militärischen Kommandostrukturen untersteht.

Verschiebung der Aufgabenspektren zur PAP

Die Struktur des Weißbuchs von 2008 wurde gegenüber der von 2006 verändert. Einerseits sind die Waffengattungen Heer, Marine, Luftwaffe und 2. Artillerie ausdifferenziert, was anzeigt, dass die Teilstreitkräfte sich stärker von dem alles (vor allem zahlenmäßig) dominierendem Heer emanzipieren, andererseits wurde das Kapitel zur Grenzverteidigung fallen gelassen und Teile des ursprünglich dort aufgeführten Einsatzspektrums finden sich nun verteilt in den Abschnitten zur Armee und der PAP. Zusätzlich wird mit „Die bewaffneten Kräfte und das Volk" ein Kapitel eingeführt, das die Problemlage einer Armee und ihres Einsatzes im Inneren mehr als deutlich hervorhebt.

Die Geschichte der PLA ist in erster Linie eine Geschichte des Heeres - die Waffengattungen von Marine und Luftwaffe waren lediglich ein notwendiges Anhängsel, dem man sich nicht verschließen konnte. So ist die Marine mit ihren drei Flotten entlang der Küste (Qingdao Nordmeerflotte, Ningbo, Ostmeerflotte und Zhanjiang, Südmeerflotte) den Regionalkommandos der Militärregionen unterstellt und damit dem Heer untergeordnet. Sie nun eigenständig zu behandeln zollt dem Umstand ihres gestiegenen Gewichts Rechnung. Hier wäre es in der Tat interessant gewesen, anhand der Veränderung der Truppenstärken zu sehen, ob sich hinter diesem Schritt der Anerkennung auch eine Verschiebung im Etat ergeben hat. Gerade die Marine wie die Luftwaffe sind zentrale Kräfte, wenn es darum geht, die Drohgebärde einer militärischen Lösung der „Taiwanfrage" aufrecht zu erhalten. Chinas Bestrebungen auch auf hoher See eigene Interessen abzusichern sind im Weißbuch nicht aufgeführt, sondern lassen sich nur aus anderen Texten ablesen. Dass die Konflikte um die Inseln im südchinesischen Meer und mit Japan um mögliche Gas-Fördergebiete im Seegebiet zwischen beiden Ländern nicht einmal erwähnt werden stimmt eher suspekt.

Die Verteidigung der Landesgrenzen ist Kernaufgabe der PLA, doch wird diese Aufgabe hier schrittweise auf die PAP übertragen, die nun erstmals offiziell für die öffentliche Sicherheit in Grenzregionen zuständig ist. Diese Rolle hat sie in der Vergangenheit in bestimmten Fällen bereits übernommen, doch war sie hier immer der PLA untergeordnet. Nun ist sie es, die in polizeilicher Arbeit illegale Grenzübertritte ahndet und Schmuggel zu unterbinden sucht.[9] Die grenzpolizeilichen Aufgaben werden damit weiter von der Armee isoliert - ebenso, wie die Bewachung (und der Betrieb) von Gefängnissen endgültig an die PAP übergeht.

Weitere Punkte, die in das Aufgabenspektrum der PAP fallen, sind die Bewachung zentraler Einrichtungen wie Brücken, staatlicher Gebäude und Goldminen, die PAP ist auch für sämtliche Feuerwehren in China zuständig. Zudem übernimmt die PAP in „ausgewählten Städten und Regionen"[10] die öffentliche Sicherheit und damit die Aufgaben der Polizei. Die Formulierung im Weißbuch beschränkt diesen Einsatz auf mittelgroße bis große Städte[11] und ausgewiesene Gebiete, lässt aber offen, was sich dahinter verbirgt - letztlich zieht die Zentralmacht die Verantwortung für Öffentliche Sicherheit an sich, ein Vorgang der einem „Entzug" lokaler Autonomie gleicht - rechtlich auch in China kein einfacher Vorgang. Terrorismusbekämpfung wird ebenfalls in Teilen der PAP zugesprochen. Sie hat hierfür Spezialeinheiten (Schneewölfe 雪狼)

und administrative Abteilungen gebildet. Die PAP entsendet im Zusammenhang mit Terrorbekämpfung Delegationen in andere Länder und führt selbst Schulungen in anderen Ländern durch (Rumänien und Aserbaidschan werden erwähnt). Mit russischen Einheiten hat man 2007 z.B. bereits eine größere Übung durchgeführt.[12]

Die PAP, noch vor einigen Jahren vom Westen als kleine Truppe ohne nennenswerte Relevanz behandelt hat sich, und dies verdeutlicht das Weißbuch in seltener Klarheit, zu der zentralen Sicherheitsinstitution Chinas entwickelt, die auf unterschiedlichsten Ebenen agieren kann. Einerseits ist dies das Ergebnis der Konzentration der Armee auf ihre Kernaufgaben, andererseits möchte die Zentralregierung neue Aufgaben, wie z.B. Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung keiner untergeordneten Polizeibehörde überlassen. Teilweise paramilitärisch organisiert greifen bestimmte Einheiten der PAP ebenso wie die PLA auf Wehrpflichtige zurück. Bisher ist die Kommandostruktur der PAP so vielseitig wie das Einsatzspektrum, doch zeigt sich die Tendenz, spezielle Aufgaben stärker in die Hierarchie vom Staatsrat abwärts einzubinden als sie lokalen Behörden zu überlassen. Prinzipiell sind PAP-Einheiten den lokalen Innenministerien zugeordnet und können von diesen, der örtlichen Polizei und selbstverständlich von der Partei angefordert werden. Im Falle von Katastrophen und lokalen Krisen behält sich der Staatsrat vor, die Koordination der Einsätze zu übernehmen.

Deutlich wird, dass der Begriff der öffentlichen Sicherheit erweitert und vom eigentlichen Militär entkoppelt wird, aber weiter militärisch/hierarchischen Strukturen unterliegt. Mit der Umgestaltung der PAP zu einer universellen Sicherheitstruppe gewinnt die Zentralregierung Handlungsspielraum gegenüber den Regionen und verfügt über eine schlagkräftige Truppe, ohne auf die Armee (und mögliche Befindlichkeiten) Rücksicht nehmen zu müssen. Auch dies zeigt das Weißbuch auf, indem es als Beispiele die Einsätze von PAP-Einheiten im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Lhasa und Xinjiang erwähnt.[13]

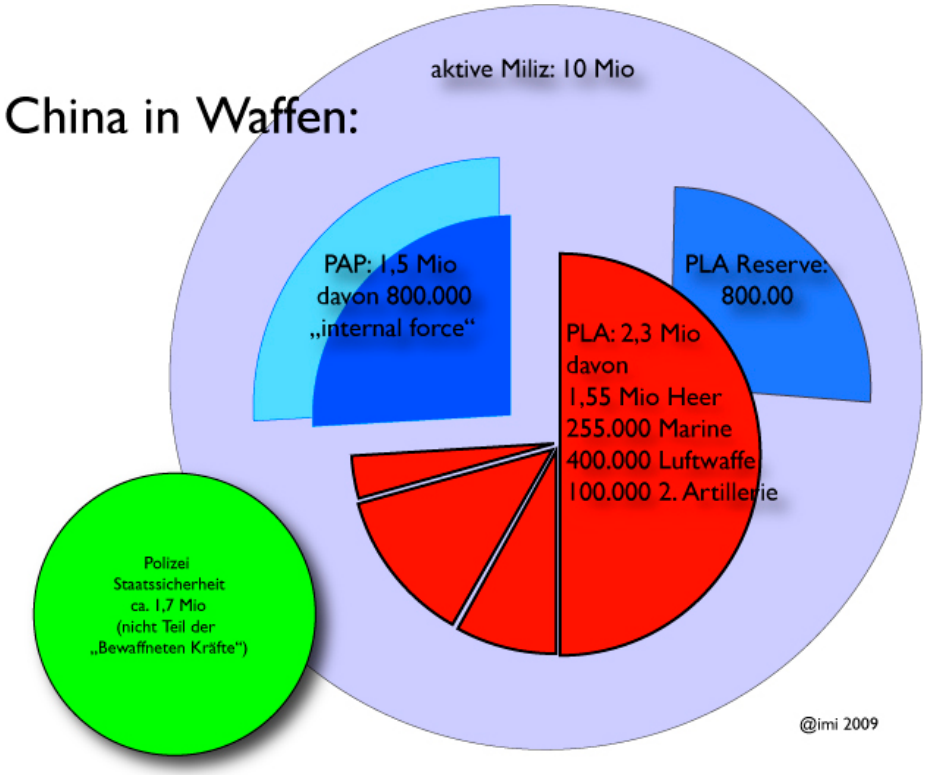
Die Nennung zweier Gebiete, in denen ethnische Konflikte eine Rolle spielen, führt allerdings ein wenig an den Intentionen dieser Umgestaltung vorbei. Yu Jianrong, Wissenschaftler der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und spezialisiert auf soziale Konflikte, geht davon aus, dass soziale Konflikte in China immer öfter zwischen den ländlichen Regionen und den Städten entstehen werden. Solche Konflikte an der Grenze von Stadt und Land haben für ihn das Potential, gewaltsam ausgetragen zu werden.[14] Angesichts aufkommender Massenarbeitslosigkeit erhöht sich diese Gefahr weiter, da es gerade die ländliche Bevölkerung ist, die nun als „Wanderarbeiter" keine Anstellung mehr findet.[15]

… und das „Volk"

Unter der etwas pathetischen Überschrift „Die bewaffneten Kräfte und das Volk" führt das Weißbuch Beispiele jüngster Einsätze und ihre unmittelbaren Konsequenzen für die Organisation von militärischer Macht in China auf.[16] So ist die PLA in den letzten Jahren immer wieder zu Katastropheneinsätzen ausgerückt und hat Einheiten für spezielle Einsatzarten (Flutkatastrophen, Evakuierungseinsätze, u. a.) ausgebildet. Darüber hinaus offeriert sie unter anderem im Umfeld ihrer Standorte medizinische Dienstleistungen für die Bevölkerung.

Bei der Schneekatastrophe, die Südchina Anfang 2008 heimsuchte, sind Einheiten der PLA, der PAP (zusammen 224.000) und Milizen (1,2 Millionen) zum Einsatz gekommen, um Hilfeleistungen zu erbringen und Reparaturen an beschädigten Straßen, Gleisen und Stromnetzen durchzuführen. Beim Erdbeben in Wenchuan (Provinz Sichuan) sind über 200.000 Soldaten und Milizionäre zum Einsatz gekommen. Mit solch gigantischen Einsätzen profiliert sich die Zentralregierung einerseits gegenüber der Bevölkerung als kompetente Staatsführung, zum anderen unterstreicht sie damit auch ihren Anspruch gegenüber den Regionen, nach eigenem Ermessen, in ihre Angelegenheiten einzugreifen. Nach Jahren, in denen die Autonomie der einzelnen Provinzen gestärkt wurde, sind diese Einsätze ein Beleg für den Willen der Regierung, Kompetenzen zurück in die Hauptstadt verlagern zu wollen. Letztlich erscheint dies der Führung in Beijing unumgänglich, um die ausstehenden Umverteilungsprozesse von den reichen Küstenregionen in die ärmeren Provinzen zu ermöglichen, zu denen diese nicht aus eigenem Antrieb bereit sind. In dieser Logik ist die Verschiebung zugunsten der Zentralregierung aber auch notwendig, um das Übergreifen von (sozial motivierten) Protesten von einer Region auf die andere verhindern zu können.

Die Olympiade, ebenfalls prominent im Weißbuch angesprochen, gibt hier ein gutes Beispiel. Zu den Aufgaben der PLA gehörte die Luft- und Seeraumüberwachung um die Stätten der Spiele, wozu sie nach dem Weißbuch 46.000 Mann, 98 Flugzeuge, 60 Hubschrauber, 63 Schiffe und ein paar Raketen einsetzte. Die PAP stellte für den Einsatz nicht nur 85.000 Mann ab, die für die Sicherheitsbelange zentraler Ereignisse und den geordneten Ablauf der Spiele sorgten, sondern war letztlich auch für die Notfallszenarien terroristischer Bedrohungen zuständig. Allerdings erscheinen im Weißbuch nicht nur überflüssige Details, sondern auch ein paar brauchbare und neue Informationen. So war die PAP demnach auch dafür zuständig, die Wege nach Beijing zu kontrollieren und so großräumig für Sicherheit zu sorgen, d.h. über Stadt und Provinzgrenzen hinweg (Beijing entspricht in etwa der Fläche Thüringens).



Adrett in Uniform - Selbstbild der chinesischen Streitkräfte, Comictitel aus den 70er Jahren: Nachtfahrt

Dem Wortlaut nach dienen alle diese Elemente dazu, dass Leben der Chinesen sicherer zu machen, sie bedeuten jedoch eine fortschreitende Zentralisierung militärischer Kräfte und die Verschlankung der Sicherheitsorgane auf effizientere Strukturen. Das dabei die polizeiliche Hoheit der Regionen ausgehöhlt und die Kontrolle der Bevölkerung perfektioniert wird, ist ein gewollter Umstand.

Fazit und Ausblick

Im Hinblick auf die internationale Gemeinschaft betont die chinesische Regierung, dass sie zu allem bereit ist, was den Frieden in der Welt fördert und so nimmt sie zusehends mehr an internationalen Verträgen und Manövern auf dem Gebiet der militärischen Kooperation teil. Dies immer stärker und immer öfter unter dem Aspekt einer vertrauensbildenden Maßnahme. Der durchgängig defensive Grundtenor der Aussagen des Weißbuchs hierzu steht im Einklang mit den Aussagen, wie sie seit dem Ende des Koreakrieges in Beijing wiederholt werden. Bewaffnung stellt für China, folgt man der offiziellen Argumentation, lediglich ein Abschreckungspotential dar, das in erster Linie stabilisierend wirken soll. Konsequent wird der Bewaffnung des Weltraums und der allzu leichtfertigen Auflösung von Souveränitätsrechten widersprochen. Womit China sich bewusst gegen die Position u. a. der der USA stellt. In beiden Fällen liegt in den Aussagen des Weißbuchs also Konfliktpotential.

Aber auch hier ist ein wenig mehr Bewegung im Spiel - in den vergangenen Jahren übten chinesische Soldaten erstmals zusammen mit russischen außerhalb des chinesischen Territoriums und man verankerte im neuen Weißbuch als neues Element „military operations other than war (MOOTW)“ als wichtigen Bestandteil zukünftigen Handels, dem auch das Training der Truppen angepasst wird.[17] Hier wird auch auf den Terrorismus verwiesen, womit deutlich wird, dass China zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus als mögliches Einsatzgebiet auch Orte außerhalb des eigenen Territoriums begreift. China signalisiert damit nicht nur der UNO den Willen in mehr und komplexeren Missionen eingebunden werden zu können, sondern auch die Bereitschaft nicht nur Pioniertruppen zu stellen.

China fühlt sich nach wie vor von den USA und anderen bedrängt und weist in der Analyse des Weißbuchs durchaus scharfsinnig darauf hin, das die generelle Tendenz, diplomatische Auseinandersetzungen militärisch zu unterfüttern, in nicht wenigen Regionen zu Aufrüstung führt und somit eine neue Herausforderung für die Kontrolle des Waffenhandels bedeutet. In der Tat sind oftmals die USA direkter Adressat des Papiers, die als destabilisierend empfunden werden. Gepaart mit dem Datum der Veröffentlichung, am Tag der Vereidigung des neuen amerikanischen Präsidenten, wird deutlich, dass man sich einen neuen Stil in internationalen Angelegenheiten wünscht. Das Papier schließt die Analyse der internationalen Situation mit einem umfassenden Versprechen: China wird weder jetzt noch in Zukunft nach Hegemonie streben, noch eine militärische Expansion betreiben, unabhängig davon, wie entwickelt es sein wird.[18] Umgekehrt wird bei dem Papier aber auch deutlich, dass China keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten wünscht, egal wie sehr es sich rüstet, die Herrschaft der augenblicklichen Elite auch militärisch abzusichern.

Anmerkungen

[1] Information Office of the State Council, Whitebook on China's National Defense in 2008, January 2009, Volltext unter http://www.china.org.cn/government/central_government/2009-01/20/content_17155577.htm; im Folgenden wird die Bezeichnung Weißbuch 2008 angeführt.

[2] Office of the Secretary of Defense (US), Annual Report to Congress, Military Power of the People's Republic of China, Washington 2006, S. 20 (http://www.dod.mil/): „DIA estimates that China's total spending will amount to between $70 billion and $105 billion in 2006 - two to three timest he announced budget.“, Office of the Secretary of Defense (US), Annual Report to Congress, Military Power of the People's Republic of China, Washington 2008, S. 33 (http://www.defenselink.mil/): „The Department of Defense estimates China's total military-related spending for 2007 could be between $97 billion and $139 billion.“ (ebenfalls das Doppelte des angegebenen).

[3] Information Office of the State Council, Whitebook on China's National Defense in 2006, December 2006 (Weißbuch 2006).

[4] „The State Council exercises leadership over the PAPF through relevant functional departments, assigns routine tasks to it, decides its size and number of organizations, and is responsible for its command, operations, and financial and material support. The PAPF has an independent budgetary status in the financial expenditure of the state.“ Weißbuch 2006.

[5] Weißbuch 2006. Die Truppenstärke der PAP ist über das Weißbuch 2008 nicht nachzuvollziehen - so gibt das Weißbuch eine Zahl von 260.000 *Servicemen* an, beschreibt aber nur einen Teil des Aufgabenspektrums. Blasko rechnet die Gesamtstärke der PAP auf über 1,5 Millionen hoch. Dennis Blasko, The Chinese Army Today: Tradition and Transformation for the 21st Century, New York 2006, S. 23.

[6] Seit 1952 wird die chinesische Armee permanent reduziert, besonder aber seit den 1980er Jahren: 1985-1987 um 1.000.000; 1997-2000 um 500.000 und zuletzt 2003-2004 um weiter 200.000 auf die heutige Größe von 2.3 Millionen. Nach: Office of Naval Intelligence (US), China's Navy 2007 (http://www.fas.org/irp/agency/oni/chinanavy2007.pdf). Es ist hinzuzufügen, dass die Demobilisierung von mehreren Bataillonen im ersten Zeitrahmen (1985-1987) eine Umwandlung von Einheiten von PLA zu PAP war - also in Teilen lediglich eine Verschiebung und keine wirkliche Truppenreduktion.

[7] Mittelschulen sind die höchste Schulstufe in China und der Abschluss der oberen Mittelschule qualifiziert zum Hochschulstudium.

[8] Weißbuch 2008, S. 52.

[9] Weißbuch 2008, S. 47-49.

[10] Weißbuch 2008, S. 44.

[11] Der Terminus große Städte verweist in der Regel auf Städte oberhalb der Millionengrenze.

[12] Weißbuch 2008, S. 47.

[13] Weißbuch 2008, S. 46.

[14] Yu Jianrong, Social Conflict in Rural China, China Security, Vol. 3, No. 2, S. 2-17, S. 3.

[15] Bernhard Bartsch, Hiobsbotschaften aus China, 20 Millionen Wanderarbeiter verlieren ihre Jobs/ Regierung befürchtet Unruhen, Frankfurter Rundschau, 3 Februar 2009, S.22.

[16] Weißbuch 2008, S. 44-59.

[17] Weißbuch 2008, S. 12.

[18] Weißbuch 2008, S. 7.

Länderübergreifender Ausnahmezustand im April

Zum NATO-Jubiläumsgipfel in Baden-Baden, Kehl und Straßburg wird alles aufgefahren, was der Sicherheitsstaat zu bieten hat

von Christoph Marischka

Über den Köpfen sowohl der feiernden und tagenden NATO-Vertreter als auch der protestierenden NATO-Gegner wird Anfang April 2009 im deutsch-französischen Grenzgebiet der Krieg gegen den Terror stattfinden. Wir erinnern uns: Nach den Anschlägen vom 11.9.2001 erklärten die NATO-Staaten unverzüglich, es hätte sich bei dem Terrorakt um einen bewaffneten Angriff im Sinne des Artikel fünf des Nordatlantikvertrages gehandelt. Das bedeutet, dass sich alle NATO-Mitglieder seitdem im Krieg mit einem abstrakten Feind, dem „internationalen Terrorismus", befinden. Wie dieser Kriegszustand beendet werden kann, darüber herrscht Unklarheit, denn Artikel fünf trat zuvor noch nie in Kraft.

Die unmittelbaren Auswirkungen des Kriegszustandes waren zunächst kaum spürbar: Weder der Krieg in Afghanistan noch der Einsatz Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika (und weit darüber hinaus) fanden in dessen Rahmen statt. Die Aushöhlung von Grundrechten und die Einführung neuer Repressionsinstrumente wurden weitgehend auf nationaler und zwischenstaatlicher Ebene außerhalb des NATO-Rahmens vollzogen. An konkreten Artikel-Fünf-Maßnahmen sind in Europa v.a. zwei Einsätze relevant. Erstens der Einsatz „Active Endeavour", mit dem die NATO seit 2001 die zivile Handelsschifffahrt im Mittelmeer kontrolliert, zweitens der Einsatz der Großraumaufklärer AWACS im Rahmen des „Krieg gegen den Terrorismus". Seit 2001 kommen die 17 in Geilenkirchen, nahe der niederländischen Grenze, auf einem NATO-Flughafen stationierten Überwachungsflugzeuge bei „Großereignissen" aller Art zum Einsatz: ob es sich um Besuche des US-Präsidenten oder des Papstes handelt, um Gipfeltreffen oder größere Sportereignisse. Einer der größten dieser Einsätze fand im Rahmen des NATO-Gipfels 2006 in Riga mit sechs AWACS und insgesamt 13 Flügen statt. Den bisher längsten Einsatz stellte die FIFA-WM im selben Jahr in Deutschland dar. Bei der Investitur des Papstes waren fünf, bei den G8-Gipfeln in Gleaneagles 2005 und Heiligendamm 2007 je drei AWACS im Einsatz. Die AWACS-Flugzeuge gehören der NATO selbst, ihre Besatzung ist multinational, etwa ein Drittel besteht aus Bundeswehrsoldaten. Der Einsatz von AWACS in Deutschland stellt insofern - vermittelt über die NATO - einen Bundeswehreinsatz im Inneren dar. Der offizielle Zweck für den Einsatz der Aufklärer ist die Überwachung des Luftraums, insbesondere um Terrorangriffe mit Flugzeugen zu vereiteln und das erhöhte Aufkommen an militärischem Luftverkehr, der mit solchen Ereignissen einhergeht, zu koordinieren. AWACS können aber auch Ziele am Boden ausspionieren und bei ihren bisherigen Einsätzen in Konfliktgebieten wie Bosnien, dem Irak und Afghanistan wurde die eher defensive Funktion der Luftraumüberwachung stets auch mit der offensiven Funktion der Erfassung von Bodenzielen kombiniert.

Erfahrungen bei der Fußball-Europameisterschaft

Sicherlich ist es nicht zu erwarten, dass die NATO-Gegner im April aufgrund von AWACS-Aufklärungsdaten bombardiert werden, wie dies in internationalen Konflikten der Fall sein kann. Möglich ist aber beispielsweise, dass sie aufgrund von AWACS-Aufklärungsdaten kontrolliert oder an der Teilnahme an den Protesten gehindert werden. Im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz wurde erstmals bekannt,[1] dass die Innenministerien von Bayern und Baden-Württemberg im Rahmen der Amtshilfe den Einsatzführungsdienst der Luftwaffe in Meßstetten um „taktische Unterstützung" der Hubschrauberkräfte „per Radar und Funk" baten und zu diesem Zweck je zwei „Verbindungsbeamte" in den Gefechtsstand der Bundeswehreinrichtung entsenden wollten. Diese sollten „Luftlageinformationen" an die Polizei weiterleiten und beim Abgleich der Kennziffern von Luftfahrzeugen beteiligt werden. Das Verteidigungsministerium war für die Prüfung des Amtshilfeersuchens zuständig und genehmigte die Zusammenarbeit.

Die Polizeieinheiten konnten aber nicht nur auf Aufklärungsdaten der Bundeswehr zurückgreifen, auch ihre Unterbringung und Versorgung erfolgte seinerzeit - wie schon zuvor beim Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm - mit Hilfe der Bundeswehr. Die Besatzungen von 10 Polizeihubschraubern der Bundespolizeifliegergruppe, die für den Einsatz bei der EM bereitgehalten wurden, waren in 35 Doppelzimmern der Prinz-Eugen-Kaserne in München untergebracht. Die Bundeswehr bot dem Innenministerium während des Turniers außerdem Unterkünfte in Mittenwald, Kempten und Mühlheim an. Selbst für die „Verpflegungseinnahme von ca. 220 Polizisten" bat die Bundespolizeiinspektion Weil am Rhein um Unterstützung durch die Armee und bekam daraufhin eine Bundeswehrliegenschaft bei Ochtrup zur Verfügung gestellt.

Amtshilfe

Entsprechende Amtshilfeersuchen für den NATO-Gipfel sind mittlerweile bereits eingegangen.[2] Darin bittet das Auswärtige Amt die Bundeswehr u.a. auch um die Errichtung temporärer Hubschrauberlandeplätze im Einsatzgebiet. Damit kann als sicher gelten, dass Polizisten des Bundes und der Länder wieder in Bundeswehrliegenschaften untergebracht und verpflegt werden, dass sie mit Rückgriff auf NATO-Aufklärungsdaten verlegt und auf von der Bundeswehr errichteten Hubschrauberlandeplätzen landen werden. Ob die Bundeswehr auch beim Transport der Polizisten selbst zum Einsatz kommt, wie es 2006 in Heiligendamm geschah,[3] bleibt abzuwarten. Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, dass es wieder zu gemeinsamen Aufklärungsflügen kommen wird, bei denen dann vielleicht nicht nur deutsche Polizisten und Soldaten an Bord sind, sondern auch Beamte und Militärs aus Frankreich und anderen NATO-Staaten.

Doch nicht nur die Protestierenden werden mit der Bundeswehr und evtl. auch Soldaten aus anderen Ländern konfrontiert sein. Das Presse- und Informationsamt bat die Bundeswehr auch um Unterstützung für den Lufttransport und bodengebundenen Transport von etwa 200 Personen, darunter neben Journalisten und die für sie abgestellten Vertreter des Bundespresseamtes auch Beamte des BKA. Die Pressevertreter, die sich bis spätestens 30.3.2009 mit Passbild anmelden müssen, werden bereits jetzt aufgefordert, ihren Presseausweis, der nur an sie persönlich gegen Vorlage eines Ausweises ausgehändigt wird, stets sichtbar zu tragen und auf Durchsuchungen und Kontrollen durch Sicherheitspersonal vorbereitet zu sein. Größere Ausrüstungsgegenstände muss die Presse bis spätestens 2.4.2009 im Medienzentrum in Straßburg genehmigen lassen. Das detaillierte Pro-

gramm erhalten auch die Journalisten erst unmittelbar vor dem Beginn des Gipfels. Dann erfahren sie auch, für welche Veranstaltungen sie zugelassen sind. Die Veranstaltungen in Deutschland werden nur ausgewählte Journalisten verfolgen dürfen, die vom Medienzentrum der NATO dorthin gefahren werden. Eine individuelle Anreise wird auch für sie nicht möglich sein. Zu einigen Events werden nur Fotografen und Kameraleute zugelassen werden, d.h. Nachfragen sind hier unerwünscht.[4] Den Medienvertretern, die sich also vermutlich massenweise in verschiedenen Foyers die Füße platt stehen werden, werden ebenfalls Soldaten zur Seite stehen, denn auch für die „Öffentlichkeitsarbeit und Medienbetreuung" hat das Presseamt die Bundeswehr um Unterstützung gebeten.

Vor diesem Hintergrund wundert es freilich kaum mehr, dass die offiziellen Gäste des NATO-Gipfels eine Rundum-Betreuung durch das Militär erfahren werden. Vom Fackelspalier über 150 Kraftfahrer, Reise- und Minibusse, Zelte, Feldküche und Sanitäter hat das Auswärtige Amt bereits alles, was für die Versorgung der Delegationen notwendig ist, bei der Bundeswehr bestellt. In seiner schriftlichen Antwort auf eine Frage der Abgeordneten Ulla Jelpke kündigte Christian Schmidt, parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, dennoch schon mal an, dass weitere Amtshilfeersuchen eingehen und bedient werden. Auch durch Dritte, einschließlich der NATO.[5] Da die NATO nun aber keine Einrichtung des Bundes ist, stellt sich die Frage, auf welcher rechtlichen Grundlage dies geschehen soll. Ohnehin ist zweifelhaft, inwiefern Transport und Betreuung von Staatsgästen und Journalisten (inklusive Fackelspalier) mit dem Auftrag der Bundeswehr in Einklang stehen, der im Grundgesetz eigentlich eindeutig auf die Verteidigung beschränkt ist.

Internationale Zusammenarbeit

Doch das Grundgesetz spielt bei den Vorbereitungen des NATO-Gipfels ohnehin keine bedeutende Rolle. Vieles spricht dafür, dass wesentliche Elemente des Sicherheitskonzepts rund um den Gipfel sozusagen in den internationalen Raum ausgelagert werden, wo der Grundrechteschutz kaum greift. So wie bei den AWACS, die nach offizieller Lesart ja nicht im Inland eingesetzt werden, sondern im Rahmen eines internationalen Konfliktes. Es wird gemeinsame Grenzkontrollen von Beamten aus mehreren europäischen Staaten geben, französische Polizisten werden von der deutschen Regierung Befugnisse auf deutschem Boden zugesprochen bekommen und wahrscheinlich auch andersherum. Wer dann für deren Übergriffe verantwortlich gemacht werden kann, wird sich auch im Nachhinein wahrscheinlich nicht zeigen. Dasselbe gilt auch für den ungleich hypothetischeren Fall, dass französische Abfangjäger über Deutschland ein Passagierflugzeug abschießen, das dem Gipfel zu nahe kommt. Der Bundesverteidigungsminister wäre jedenfalls um eine folgenschwere Entscheidung erleichtert - und sein französisches Pendant im Namen der Staatsräson vor deutschem Recht nicht verantwortbar. Zuletzt werden wegen des Anlasses und wegen der Anwesenheit Obamas zahlreiche weitere „internationale Verpflichtungen" gegenüber der NATO und den USA im Raum stehen und ihnen wird auch nachgekommen werden. So ist es üblich, dass US-amerikanische Geheimdienste und Militärs bei Besuchen ihres Präsidenten in die Sicherheitskonzeption eingebunden werden und zahlreiche Bedingungen stellen. Unklar ist auch noch, ob die Überwachungszeppeline, die Frankreich einsetzen will, auch über Deutschland fliegen werden. Jedenfalls kann aber davon ausgegangen werden, dass sie ihre Erkenntnisse an deutsche Behörden weitergeben. Frankreich hätte zu diesem Zweck übrigens gerne unbemannte Flugzeuge der Luftwaffe verwendet, muss aber voraussichtlich auf diese verzichten, da sie in Afghanistan im Einsatz sind.[6]

Welche Rolle beim Gipfel Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit spielen, zeigte sich bei einem Vorgespräch des internationalen Aktionsbündnisses gegen den NATO-Gipfel mit der Präfektur in Straßburg. Diese konnte für Demonstrationen etc. noch keinerlei Zusagen machen, obwohl sie das offensichtlich gerne hätte. Es seien zahlreiche internationale Akteure involviert - gemeint waren damit u.a. deutsche und US-amerikanische Sicherheitskräfte sowie die NATO selbst - die ihre Vorstellungen noch nicht konkretisiert hätten. Erst wenn die Veranstalter die Choreografie des Gipfels nach ihren Wünschen festgelegt haben, kann also erörtert werden, wie die Proteste ablaufen dürfen.

Abschreckung

So ist bis heute unklar, ob die wichtigsten Grenzübergänge überhaupt geöffnet bleiben oder - wie voraussichtlich auch die Autobahn A5 - aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Die Europabrücke soll zumindest vorübergehend gesperrt werden, während sich die Staats- und Regierungschefs zum Fototermin auf der benachbarten Mimrambrücke zum Gruppenfoto versammeln. Wann das stattfindet und ob es womöglich den geplanten Ostermarsch von Kehl nach

Zum Gruppenfoto auf die Mimrambrücke, Foto: Remi Leblond

Straßburg verhindert, ist aber bislang nicht zu erfahren.

Die Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Sicherheitsbehörden beschränkt sich ohnehin auf die Verbreitung von Horrorszenarien. Der größte Einsatz in der Geschichte der Baden-Württembergischen Polizei wird es sowieso, nach Konrad Freiberg von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) stellt er sogar bundesweit alle bisherigen Einsätze in den Schatten.[7] 14.000 BeritschaftspolizistInnen sollen eingesetzt werden. Diese Zahl stand übrigens sehr früh im Raum, noch bevor die NATO-Gegner mit ihrer Mobilisierung begannen. Sie scheint sich also weniger an der tatsächlichen „Gefahrenlage" zu orientieren als an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Sicherheitsapparate. Auch die Ortsverbände des THW in Baden-Württemberg bereiten sich auf einen der größten Einsätze ihrer Geschichte vor, dessen Einzelheiten jedoch noch der Geheimhaltung unterliegen. Dass das THW dabei Seite an Seite mit deutschen

Nur zur Sicherheit: AWACS-Aufklärer über den Köpfen der Demonstranten

Soldaten und Polizisten arbeiten wird, ist übrigens nichts Neues, auch in Afghanistan ist das THW im Einsatz. Vermutlich wird das THW vor allem beim Aufbau von Straßensperren und Absperrgittern beteiligt werden. Denn die Polizei plant ein „abgestuftes Sicherheitskonzept", meldet ddp aufgrund von Angaben des Leiters der Kriminaldirektion Rastatt/Baden-Baden, Kriminaldirektor Kurt Wintermantel:

„Eine absolute Sperrzone werde sichtbar abgegrenzt sein, in der man sich ohne Polizeibegleitung nicht bewegen dürfe. Davon würden auch Anwohner ‚im überschaubaren Umfang' betroffen sein. In dieser Sperrzone lägen auch Geschäfte und Gaststätten. Daran schließe sich nach dem Vorbild von ‚Zwiebelschalen' eine weitere Zone an, in der es ‚Einschränkungen für den Individualverkehr geben' werde. Hier werde die Polizei mit starken Kräften ‚verhindern, dass Störer einsickern', sagte Wintermantel. ‚Wir werden versuchen, eine Art Schutzglocke über die Kernstadt Baden-Badens zu legen', betonte er.

Der Kriminaldirektor kündigte an, dass es ‚erhebliche Beeinträchtigungen im Verkehr geben' werde. Am 3. April sollten die Bürger deshalb ‚auf den Pkw verzichten', riet er. Die Bürger würden voraussichtlich an den Absperrgittern keinen Sichtkontakt zu den Delegationen haben. ‚Wenn man was sehen will, sieht man sicher am Fernseher am meisten', sagte Wintermantel."[8]

Statt zu protestieren oder auch nur zum Einkaufen zu fahren, sollten die Bürger also lieber daheim vorm Fernseher sitzen. Wer nach solchen Warnungen noch in der Region unterwegs ist, kann von der Polizei dann auch getrost als „Störer" behandelt werden. Auffällig ist, dass in der Sicherheitskonzeption der Polizei von Menschen, die friedlich von ihrem Recht auf Protest Gebrauch machen wollen, gar keine Rede ist. Diese sollen auch ganz gezielt abgeschreckt werden, denn sie behindern ein allzu wahlloses repressives Vorgehen der Polizei. Zu diesem Zweck meldete sich bereits im Februar das Landesamt für Verfassungsschutz zu Wort und warnte, dass es „mit gewalttätigem Widerstand gegen den Nato-Gipfel im April" durch die „meist linksextremen Gegner" rechne.[9] Als beeindruckende Belege hierfür wurde auf Internetseiten verwiesen, die „Bilder von umgestürzten Panzern oder Straßenschlachten" zeigen.[10]

Das Chaos ist garantiert

Diese atemberaubenden Ermittlungsergebnisse stammen aus dem frisch eingeweihten, 380.000 Euro teuren „Internet-Zentrum" Baden-Württembergs, einer Art Internet-Café für Schlapphüte aller Couleur nach dem Vorbild des Gemeinsamen Internetzentrums (GIZ) auf Bundesebene. Hier surfen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, des Bundesnachrichtendienstes, der Bundesanwaltschaft, des BKAs und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) gemeinsam auf Terroristenjagd im Internet. Von einer Trennung zwischen Polizei, Militär und Geheimdiensten ist auch hier nicht mehr viel übrig geblieben. Diese Trennung wurde jedoch nicht nur in „Leuchttürmen" wie dem GIZ aufgehoben, sondern spätestens seit 2007 auch flächendeckend: In diesem Jahr wurden in allen Landratsämtern und Regierungspräsidien Arbeitsplätze für Reservisten der Bundeswehr eingerichtet, die als Beauftragte der Bundeswehr für die zivil-militärische Zusammenarbeit (BeaBWZMZ) berufen wurden. Ihnen stehen mittlerweile auch ebenfalls aus Reservisten zusammengestellte „Landeskommandos" zur Verfügung, um im Falle von Großschadensereignissen die Unterstützung der Polizei und des THWs durch das Militär zu gewährleisten. Da der NATO-Gipfel offensichtlich die Gefahr eines solchen Großschadensereignisses birgt, sind auch die BeaBWZMZ in dessen Vorbereitung eingebunden. Bei so viel Vernetzung und Zusammenarbeit kann also auch schon ohne angereiste Demonstranten von einem heillosen Chaos im Umfeld des Gipfels ausgegangen werden.

Anmerkungen

[1] Bundestag Drucksache 16/9886
[2] Frank Brendle: Stuttgart ordert Luftwaffe, in: junge welt (22.01.2009)
[3] Christoph Marischka: Militarisierung bis zum Mückenschutz - Amtshilfe um Heiligendamm, in: AUSDRUCK (August 2007)
[4] „Summit Meeting of NATO Heads of State and Government", NATO Press Release (2009)008 (26.1.2009)
[5] „Einsatz der Bundeswehr in Zusammenhang mit dem bevorstehenden NATO-Gipfel in Straßburg/Kehl/Baden-Baden", Schreiben von Christian Schmidt an Ulla Jelpke (MdB) vom 20.1.2009 (http://www.ulla-jelpke.de/uploads/0109_buwe-nato-gipfel.pdf)
[6] „OTAN: un Zeppelin sur Strasbourg?", in: www.libestrasbourg.fr (23.1.2009)
[7] „NATO-Gipfel im April stellt Polizei vor Mammutaufgabe", Pressemitteilung der GdP vom 29.1.2009
[8] „Polizei plant ‚abgestuftes Sicherheitskonzept' für NATO-Gipfel", ddp-Meldung vom 22.1.2009
[9] Andreas Böhme: Im Internet machen Radikale mobil, in: Badische Zeitung (28.11.2009)
[10] „Gewalt-Demos bei Nato-Gipfel erwartet", www.swr3.de (27.11.08)

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154